

Studienkreis Rundfunk und Geschichte e.V. (Hg.)

1980 | 1

1980

<https://doi.org/10.25969/mediarep/18302>

Veröffentlichungsversion / published version

Teil eines Periodikums / periodical part

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Studienkreis Rundfunk und Geschichte e.V. (Hg.): 1980 | 1, Jg. 6 (1980),
Nr. 1. DOI: <https://doi.org/10.25969/mediarep/18302>.

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Creative Commons -
Namensnennung - Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0/
Lizenz zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu dieser Lizenz
finden Sie hier:

<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/>

Terms of use:

This document is made available under a creative commons -
Attribution - Share Alike 4.0/ License. For more information see:

<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/>

Studienkreis Rundfunk und Geschichte Mitteilungen

6. Jahrgang Nr. 1 - Januar 1980

Nachrichten und Informationen:	Seite	1
Zum 8. Doktoranden-Kolloquium in Grünberg/Hessen am 3./4. Mai 1980 - 50 Jahre Radio Moskau in deutscher Sprache - NBC-Schallarchiv im New Yorker Museum of Broadcasting - Französischer Exilrund- funk im Zweiten Weltkrieg		
Schwarzes Brett: Horst Dreßler-Andreß (1899-1979) Charles Edward Coughlin (1891-1979) - Samuel Isaac Newhouse (1895-1979) - Roy Edward Lar- sen (1899-1979) - An die Redaktion der MIT- TEILUNGEN	Seite	3
Horst O. Halefeldt: Hans Bredow und die Organisa- tion des Rundfunks in der Demokratie	Seite	10
Winfried B. Lerg: Hans Bredow - Schwierigkeiten mit einem 100. Geburtstag	Seite	28
Dieter Roß: Rundfunkpolitik vor 1933 und nach 1945	Seite	37
Aus gegebenem Anlaß...	Seite	38
Michael Groth: Hans Fritzsche - Karriere eines Publizisten	Seite	42
Walter Klingler: Die Rolle des Unterhaltungs- rundfunks im Kriegswinter 1941/42	Seite	50
Deutschsprachige Programme von Radio Moskau und Radio Peking (Rudolf Heim und Christina Holtz)	Seite	63
Bibliographie: Zeitschriftenlese 14 (1.9.-31.12.1979 und Nach- träge)	Seite	68
Besprechungen: Ludwig Maaßen: Der Kampf um den Rundfunk in Bayern	Seite	79
Handbücher der Deutschen Welle	Seite	82
Christopher H. Sterling and John M. Kittross: Stay Tuned	Seite	85
Frank W. Peers: The public eye	Seite	87
30 Jahre Bundesrepublik Deutschland, Bd.2	Seite	88
Tondokumente im NDR-Schallarchiv, Bd.7	Seite	90

NACHRICHTEN UND INFORMATIONEN

Das 8. Doktoranden-Kolloquium des Studienkreises findet am 3. und 4. Mai 1980 in der Landessportschule Grünberg/Hessen statt. Es ist allgemein für Studierende offen, die eine wissenschaftliche Abschlußarbeit zur Rundfunkforschung schreiben.

Die Kolloquien haben bisher gezeigt, daß diese Treffen in erster Linie dem Erfahrungsaustausch und der Schaffung und Intensivierung von Kontakten zwischen Examenskandidaten sowie Wissenschaftlern und Rundfunkpraktikern dienen ("Kontaktbörse"). Bei dem breitgefächerten Themenkatalog rundfunkbezogener Arbeiten und den sich damit befassenden Wissenschaftsdisziplinen ist es für die Strukturierung des Kolloquiums, besonders auch unter dem Gesichtspunkt unterschiedlicher Forschungsphasen, in denen sich die Teilnehmer befinden, wichtig, rechtzeitig den Interessentenkreis und die bearbeiteten Themen zu kennen, um danach die Arbeitsgruppen einzurichten.

Dieses Vorgehen zielt darauf ab, den unterschiedlichen Interessenlagen der Teilnehmer gerecht zu werden, ihre jeweiligen Fragen, Anregungen und Wünsche so konkret wie möglich und an ihren Projekten orientiert vortragen und diskutieren zu können.

Daher werden die Interessenten gebeten, sich und ihre Forschungsvorhaben nach dem nachstehend angegebenen Schema schriftlich vorzustellen und sich damit gleichzeitig anzumelden. Anmeldeschluß ist der 1. April 1980. Die Anmeldungen werden erbeten an: Walter Först, WDR, Landesredaktion, Postfach 101950, 5000 Köln 1.

Schema:

Name	Methode(n)
Studienort	Stand der Forschung (Themenfindung, Quellenlage)
Studienfächer	Arbeitsergebnisse
Semesterzahl	konkrete Wünsche (z.B. Kontakte, Archivzugang, Erwartungen an die Tagung)
Thema der Arbeit (incl. Kurzbeschreibung des Erkenntnisinteresses)	

50 Jahre Radio Moskau in deutscher Sprache

Im Herbst 1978 erschienen zahlreiche Beiträge in der Presse der Bundesrepublik über einen 40-jährigen Geburtstag: Im September 1938 waren die ersten Programme in deutscher Sprache - aus Anlaß der Sudetenkrise - von der British Broadcasting Corporation (BBC) verbreitet worden, aus denen ein gutes Jahr später der German Service der BBC entstand.

Im Herbst 1979 fand ein 50-jähriger Geburtstag in der Presse der Bundesrepublik beinahe keine Beachtung; nur das Berliner Blatt "Die Neue" druckte in seiner Ausgabe vom 6.12.1979 einen Beitrag von Ansgar Diller aus dem Fachpressedienst "Kirche und Rundfunk" (Nr. 93 vom 28.11.1979) nach: "Ideologiepfeile im Äther". Der Langwellenbetrieb des Zentralrats der Gewerkschaften hatte am 7. November 1929 - aus Anlaß der Übertragungen einer Feier zum 12. Jahrestag der Oktoberrevolution - sein deutschsprachiges Programm eröffnet. Die Zeitschrift "Wochenpost" (Berlin-DDR) brachte im November vorigen Jahres in ihren Ausgaben Nr. 43 bis 46 eine Serie von Margot Zielinski: "Seit 50 Jahren Radio Moskau in deutscher Sprache".

WBL

NBC-Schallarchiv im New Yorker Museum of Broadcasting

Die National Broadcasting Company (NBC) hat ihr gesamtes Schallarchiv dem Museum of Broadcasting und der Library of Congress übergeben. Die Kongreßbibliothek nimmt die Originale - rd. 175.000 Schallplatten, über 100 Tonnen Gewicht, mit Wort- und Musikaufnahmen aus den Jahren 1933 bis 1970 - in Verwahrung und stellt Sicherheitsumschnitte her, in Portionen von rd. 500 Stunden jährlich. Zunächst werden 2000 Programme aus den Jahren 1933 bis 1936 umkopiert. Die Benutzerkopien stehen im Museum of Broadcasting zur Verfügung. Wegen der noch geltenden Urheberrechte und der Stiftungsverträge mit der NBC sind Umschnitte für Dritte oder die Ausleihe der Tonträger nur in begrenzten Ausnahmefällen möglich.

WBL

Französischer Exilrundfunk im Zweiten Weltkrieg

Im ersten Band seiner "Grande Histoire des Français sous l'Occupation" schilderte Henri Amouroux die Auswirkungen der französischsprachigen Programme des Reichssenders Stuttgart in den Jahren 1939/40 (s. MITTEILUNGEN Nr. 1/1977, S. 6).

Unter dem Titel "Le Peuple Réveillé" (Paris 1979: Robert Laffont) ist nun der vierte Band der Besatzungsgeschichte erschienen. Amoureux widmet ein ausführliches Kapitel dem französischsprachigen Programm des Europa-Dienstes der British Broadcasting Corporation (BBC) und den Maßnahmen der deutschen Besatzungsbehörden, die Franzosen am Abhören zu hindern. Sieben junge Leute, Pressejournalisten und Schauspieler, bauten eine Redaktion auf und meldeten sich mit "Ici Londres ... Les Français parlent eux Français!"; keiner von ihnen hatte irgendwelche Rundfunkerfahrung. Ihre Stars waren die exilierten Militärs und Politiker, Charles de Gaulle und vor allen Dingen Maurice Schumann, der zwischen Juli 1940 und Mai 1944 mehrere Tausend Ansprachen im Frankreich-Dienst der BBC hielt.

WBL

SCHWARZES BRETT -----

Horst Dreßler-Andreß (1899 - 1979)

Am 19. Dezember 1979 ist in Berlin-Karlshorst Horst Dreßler-Andreß im Alter von 80 Jahren verstorben. Sein Name ist mit der deutschen Rundfunkgeschichte während der ersten Jahre der NS-Herrschaft verknüpft. Im Juni 1933 hatte er die Leitung der damals nur kleinen, fünf Personen zählenden Rundfunkabteilung im Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda nach der Entlassung von Günter Krukenberg übernommen. Nach knapp fünf Jahren schied er dort und in der Reichsrundfunkkammer ebenso aus seinen Ämtern wie er die Reichspropagandaleitung der NSDAP zu verlassen hatte. Dreßler-Andreß war konsequent seinen bereits am Ende der zwanziger Jahre formulierten Ideen verpflichtet geblieben. Im Rundfunk sah er nicht nur ein Propagandainstrument des Staates oder der Parteien, sondern primär ein Medium der "Massenkultur", das zur Unterhaltung und zur künstlerischen Bildung breiter Bevölkerungsschichten eingesetzt werden sollte. Künstlerische Anliegen in kulturpolitische Aktion umzusetzen, die in weitestem Umfange auch den Mittel- und Unterschichten zugute kämen, waren Ziele, die Dreßler-Andreß auch in der NS-Gemeinschaft "Kraft durch Freude" oder während eines ersten internationalen Kongresses über Probleme der Freizeitgestaltung im Jahre 1936 verfolgte. Seine Gegner hatte Dreßler-Andreß in all jenen Kräften, die aus ideologischen wie vordergründigen ökonomischen Interessen eine Politik der Mobilisierung zur Kriegsbereitschaft betrieben. Insofern signalisierte die Entbindung Dreßler-Andreß' von seinen Ämtern in Staat und Partei in den Monaten der Zusammenfassung rüstungswirtschaftlicher Kapazitäten im Vierjahresplan zugleich die weitere Mediatisierung kulturpolitischer Anliegen in der NSDAP. Die Ablösung Dreßler-Andreß' konnte auch als die Niederlage eines Individualisten gegenüber um ihre Karriere bemühten anpassungsbereiten Funktionären begriffen werden. Horst Dreßler-Andreß verstand sich zeit seines

Lebens stets als sozial engagierter Künstler. Am 8. April 1899 in Zeitz (Sachsen) geboren, hatte er nach dem Ersten Weltkrieg die Reinhardt-Schule am Deutschen Theater in Berlin besucht und in den folgenden Jahren als Schauspieler und Regisseur vornehmlich in Gera gearbeitet. Seit 1927 beschäftigten ihn Gedanken um die sozialen Konsequenzen des Rundfunks für die künstlerischen Berufe, und 1929 war der Gauleiter von Berlin, Josef Goebbels, auf seine Denkschrift über den "Rundfunk als Propaganda-Instrument für die Kunst" aufmerksam geworden. Fortan wurde Dreßler-Andréß für die Propaganda-Unternehmungen von Goebbels ebenso tätig wie er in der Reichsorganisationsleitung der NSDAP unter Gregor Strasser kulturpolitische Aufgaben übernahm. Das frühzeitige Ausscheiden aus dem Funktionärskorps von Partei und Staat in den Jahren 1937 und 1938 ermöglichten ihm nach dem Zweiten Weltkrieg die Übernahme neuer politischer Aufgaben in der Nationaldemokratischen Partei unter Lothar Bolz, dem langjährigen Außenminister der DDR. Seit 1954 arbeitete er wieder in seinem angestammten künstlerischen Beruf als Regisseur in verschiedenen Städten der DDR. Seine Lebenserinnerungen, an denen er im Ruhestand unter dem Arbeitstitel "Begegnungen, Konflikte, Wandlungen" schrieb, kamen nicht zur Veröffentlichung.

Friedrich P. Kahlenberg

Charles Edward Coughlin (1891 - 1979)

Der katholische "Rundfunkpriester (radio priest)" Reverend Charles E. Coughlin, geboren am 25. Oktober 1891 in Hamilton (Kanada), betreute eine kleine Pfarrei (Shrine of the Little Flower) in Royal Oak/Michigan bei Detroit und verbreitete seit 1926 ein zunächst rein kirchliches Programm regelmäßig über den Sender der örtlichen Rundfunkgesellschaft. Von 1930 an übernahm das Columbia Broadcasting System (CBS) seine immer noch als Predigten ausgegebenen Kommentare zu politischen, sozialen und wirtschaftlichen Zeitfragen. In populistischer Manier wandte er sich vor allem an die von der Depression radikalisierte untere Mittelklasse und gründete mit seinen Anhängern eine landesweite Bewegung, die "National Union of Social Justice (NUSJ)". Zunächst unterstützte Coughlin den Präsidentschaftskandidaten Franklin D. Roosevelt. Aber nach dessen Wahlerfolg im Jahre 1933 bekämpfte der Geistliche und seine Bewegung den neuen Präsidenten und sein Reformprogramm (New Deal); er entfachte dazu eine bis dahin in den Vereinigten Staaten noch niemals erlebte politische Propagandakampagne, - nicht mehr allein über den Rundfunk, sondern auch mit Hilfe der Tagespresse (Hearstgruppe), bestimmter Zeitschriften, Broschüren, Flugblätter und Diskussionsgruppen, an vielen Orten getragen von katholischen Vereinen. 1931 und 1934 erschienen bereits Sammlungen von Coughlin's Rundfunkreden. Als Coughlin sich weigerte, seine Manuskripte vor der Sendung

einzureichen, sperrte CBS ihm die Mikrophone. Aber es fanden sich im ganzen Land genügend lokale Rundfunkgesellschaften, die im Verbund nunmehr seine Ansprachen übertrugen; der Rundfunkpriester hatte zeitweise 30 Millionen Hörerinnen und Hörer. Nach einer Rede im Jahre 1935 folgten 200.000 seinem Aufruf und schickten Protesttelegramme an den Kongreß. 1938 telegraphierten nach einer Rundfunkrede 100.000 Hörerinnen und Hörer an den Senat. Coughlin's NUSJ trat im Wahlkampf von 1935/36 als dritte Partei auf; der militante Geistliche versprach seinen Ätherkrieg einzustellen, wenn die NUSJ weniger als neun Millionen Stimmen bekommen würde. Nach der Auszählung waren es weniger als eine Million Stimmen für die Coughlin-Bewegung, doch der eifernde Gottesmann machte weiter und driftete dabei immer weiter nach rechts ab. Gleichzeitig entwickelte er eine besondere Form des Antikommunismus, der die amerikanischen Liberalen auf den Plan rief: Nach Art der europäischen Nationalsozialisten und Faschisten erklärte er den Kommunismus als eine besonders raffinierte Tarnorganisation des "Weltjudentums". 1939 verteidigte Coughlin sich mit seiner Schrift: "Am I an Anti-Semite?" (1939). Im Juni 1939 erschien auch die erste wissenschaftliche Untersuchung über die Rundfunkansprachen Coughlin's. Nach dem Beginn des Zweiten Weltkriegs setzte Coughlin seine Kampagne zunächst unvermindert fort und sparte auch nicht an wohlwollenden Anspielungen auf die Politik Hitlers und Mussolinis und die Kriegsziele der Achsenmächte. Diese Ausfälle wollten freilich angesehene Katholiken der USA, darunter der Postminister James Farley, nicht mehr hinnehmen. Sie setzten den amerikanischen Episkopat unter Druck, damit er seinen demagogischen Seelenhirten zum Schweigen bringen sollte. Die Bischöfe verdonnerten Coughlin 1942 tatsächlich zur Einstellung seiner sämtlichen publizistischen Aktivitäten. Gehorsam versah Father Coughlin noch bis 1966 in Royal Oak seinen Pfarrdienst. Am 27. Oktober 1979 starb er in Bloomfield Hills/Michigan. Das Seelenamt fand in seiner alten Kirche statt, wo alles begonnen hatte, im Shrine of the Little Flower.

Arbeiten über Rev. Charles E. Coughlin

Alfred McClung Lee and Elizabeth Briant Lee (Hrsg.):
The Fine Art of Propaganda. A Study of Father Coughlin's
Speeches. New York 1939.

John Louis Spivak: Shrine of the Silver Dollar. New York
1940.

Nicholas Arthur Masters: Father Coughlin and Social
Justice. A Case Study of a Social Movement. Diss. Uni-
versity of Wisconsin 1955.

James Paul Shenton: The Coughlin Movement and the New
Deal. In: The Political Science Quarterly 73 (1958),
S. 352-373.

David Terence Coe: A Rhetorical Study of Selected Radio Speeches of Reverend Charles Edward Coughlin. Diss. Michigan State University 1970.

Winfried B. Lerg

Samuel Isaac Newhouse (1895-1979)

Sein Vater kam aus Witebsk in Rußland, seine Mutter aus Österreich-Ungarn. Sam Newhouse, geboren in New York am 24. Mai 1895 als ältestes von acht Kindern, begann in einem Anwalts- und Maklerbüro Geld zu verdienen. In diesem Büro bearbeitete er, gerade 16 Jahre alt, den Aufkauf einer Tageszeitung, der "Bayonne Times". Der Fall sollte zu seinem Schlüsselerlebnis werden. 1922 kaufte er zum erstenmal auf eigene Rechnung - für 98.000 Dollar - eine Zeitung, den "Staten Island Advance", und zog von nun an nacheinander seine Geschwister in ein publizistisches Familienunternehmen hinein. Als der Patriarch am 29. August 1979 in einem New Yorker Krankenhaus starb, gehörten der Familie 31 Tageszeitungen in 22 amerikanischen Städten mit einer Gesamtauflage von über drei Millionen Exemplaren, ferner sieben Publikumszeitschriften, darunter die Modezeitschrift "Vogue", die mit einer deutschen Ausgabe nun auch in der Bundesrepublik erscheint. Was in den Nachrufen über den "Medien-Zar" (FAZ) in der deutschen Presse nur am Rande erwähnt wurde, ist die Tatsache, daß die Newhouse-Gruppe ein Multimedienunternehmen ist, zu dem außer den Presseverlagen auch eine Rundfunkgesellschaft gehört. Diese Newhouse Broadcasting Corp., Sitz Syracuse, N.Y., betreibt zwei Mittelwellensender in Birmingham, Alabama und in Syracuse, drei UKW-Sender u.a. in Harrisburg, Pennsylvania sowie eine Kabelfernsehgesellschaft mit insgesamt 14 Systemen in den Bundesstaaten New York und Alabama. In den deutschen Zeitungsberichten war auch von fünf "Fernsehstationen" der Newhouse-Gruppe die Rede. Tatsächlich hatte die Newhouse Broadcasting Corp. aber bereits im Dezember 1978 beschlossen, ihren gesamten Fernsehbesitz abzustoßen. Als Grund gab die Unternehmensleitung an, sie weiche dem wachsenden Druck der Bundesfernmeldeverwaltung (FCC), die seit einiger Zeit aus kommunikationsmarktpolitischen Gründen die Entflechtung intermediärer Besitzverhältnisse - besonders von Presseverlagen und Fernsehgesellschaften am selben Ort - fordert. Newhouse Broadcasting verkaufte ihre fünf Fernsehbetriebe in Birmingham, St. Louis, Syracuse, Elmira und Harrisburg - in vier dieser Städte erscheinen Newhouse-Zeitungen - für 82,38 Millionen Dollar an das Multimedienunternehmen Times Mirror Co., Sitz Los Angeles. Newhouse will dagegen weiter im Kabelgeschäft investieren, das nicht der Aufsicht der FCC unterliegt.

Roy Edward Larsen (1899 - 1979)

Für 40 Dollar die Woche trat Roy Larsen, geboren am 20. April 1899 in Boston, im Januar 1923 seinen Job als Vertriebsleiter der neuen Wochenzeitschrift "Time" an, - noch ehe die erste Ausgabe erschienen war. Er stieg bald auf zum engsten Mitarbeiter des Gründers Henry Robinson Luce (1898-1967). Von 1939 bis 1960 leitete er als Präsident das Unternehmen, die Time, Inc. 1978 setzte er sich als stellvertretender Vorstandsvorsitzender zur Ruhe. Am 9. September 1979 starb R.E. Larsen in Fairfield (Conn.). Larsen entwickelte die aktuelle Hörfunk-, Film- und schließlich Fernsehreihe "The March of Time". 1928 begann unter diesem Titel eine Zeitfunkserie, die zuerst landesweit über die Sender und Zuschalter des Columbia Broadcasting System verbreitet wurde, seit 1931 über die Rundfunkgesellschaften des Time-Verlags. Der besonders ausdrucksvoll artikulierte Satz des langjährigen Sprechers Westbrook Van Voorhis (1904-1968): "Time ... marches on!" im Nachspann jeder Ausgabe wurde zu einer werbewirksamen Redensart in den Vereinigten Staaten. Aus der Hörfunkreihe, jeweils zusammengestellt aus Beiträgen der Wochenzeitschrift "Time", entstand 1935, in Zusammenarbeit mit Louis de Rochemont (1899-1978), vormals Kameramann bei der Wochenschau "Fox Movietone News", die aktuelle Filmserie "The March of Time", die bis 1951 alle sechs Wochen erschien, auch noch ins Fernsehen überwechselte und im übrigen zweimal mit dem Oscar-Filmpreis ausgezeichnet worden ist; 1937 nahm Larsen den ersten Oscar für die Filmreihe aus der Hand von Shirley Temple entgegen. Kopien der Filmreihe befinden sich auch im amerikanischen Staatsarchiv (s. MITTEILUNGEN Nr. 2/1979, S. 84 f.).

WBL

An die Redaktion der MITTEILUNGEN

"Noch niemals in der deutschen Geschichte sind so viele Menschen auf der Welt täglich mit der deutschen Sprache in Kontakt gekommen wie gegenwärtig. Noch niemals haben so viele Menschen regelmäßig an der Entwicklung der deutschen Sprache und an den kulturellen Strömungen des geschlossenen deutschen Sprachraumes teilhaben können wie jetzt." So begann der Vortrag von Werner Bader ("Brücke zu den Landsleuten in der Welt", 10. Jahrestagung Köln 31.8./1.9.1979; siehe auch: MITTEILUNGEN 4/1979, S.190-204), und man muß wenigstens noch einmal diesen Anfang zitieren, wenn man verständlich machen will, was mich und einige andere Kollegen nach dem Referat zu der Frage veranlaßte, ob es sich hier um den Geist von heute oder den von 1914 handele. Denn in diesen euphorischen Tönen ging es nun auf mehr als drei (von insgesamt vierzehneinhalb) Seiten fort - so als habe es nie einen deutschen Imperialismus gegeben, als gelte es erneut die Welt einzuteilen in jene Gegenden, in denen endlich! endlich! Deutsch gesprochen werde, und jene anderen, in denen das leider! leider! noch nicht der Fall sei. Was uns

erstaunte und fast umwarf, war die völlig undistanzierte, von keiner historischen Reflektion getrübt Naivität und Begeisterung, mit der hier eine Erfolgsfanfare nach der anderen losgelassen wurde - bis hin zur "überregionalen kulturellen Aufgabe" der "Zentralstelle für den deutschsprachigen Chorgesang in der Welt" - und die Art und Weise, wie in Baders Vortrag das "Panorama" für "die Arbeit des Deutschen Programms der Deutschen Welle", die "faszinierende Dimension für die Programmarbeit" beschrieben wurde. Wer die Literatur der "deutschen Sendung" im wilhelminischen Kaiserreich - von den Alldeutschen bis zu den liberalen Imperialisten - noch im Gedächtnis und die Bestrebungen des "Vereins für das Deutschtum im Ausland" noch in Erinnerung hatte, der mußte sich einfach wundern über diese Jubel-Litanei. Mir jedenfalls war, als ob Paul Rohrbach mit seinem weltpolitischen Bestseller von 1912 über den "deutschen Gedanken in der Welt" wieder auferstanden sei, der von der "deutschen Idee" sagte: "Nur als Mitbeherrscherin der Weltkultur wird sie sein, oder sie wird nicht sein." Aus dieser Zeit stammt ja auch die immer noch gern erzählte Fabel, daß es nur an einem Haar gehangen habe, und die Landessprache der USA wäre Deutsch geworden.

Ich weiß natürlich, oder ich nehme es doch wenigstens stark an, daß Werner Bader nicht Paul Rohrbach ist, und ich würde ihm glauben, wenn er versicherte, daß ihm jeglicher Kulturimperialismus fernliege. Meine Kritik richtete sich auch nicht gegen die Sendungen der Deutschen Welle - dazu kenne ich sie gar nicht gut genug. Ich habe mich lediglich gewundert, wie unkritisch der Leiter des Deutschen Programms der DW über die Voraussetzungen seiner Arbeit sprach, und mich gefragt, ob das der Geist des Hauses sei, das er vertrat. Ich hoffe natürlich, daß das nicht der Fall ist. Von Vorurteilen gegen den Sender kann also keine Rede sein. Aber wundern wird man sich doch dürfen über diese Euphorie in Baders Text, zumal ich gar nicht sicher bin, ob die Erfolgsbilanz, die da in absoluten Zahlen aufgemacht wurde, die Begeisterung wirklich rechtfertigt: Prozentual gesehen, so sagen mir einige Leute, sei die Verbreitung der deutschen Sprache nämlich eher rückläufig und Englisch weiter auf dem Vormarsch. Ich bin aber sicher, daß für die Deutsche Welle immer noch genügend Hörer übrigbleiben; und dabei wollen wir's denn auch bewenden lassen.

Osnabrück, im Dezember 1979

Wilhelm van Kampen

Der 100. Geburtstag von Hans Bredow am 26. November 1979 ist in der Öffentlichkeit unterschiedlich begangen, gewertet und interpretiert worden. Das neueste biographische Porträt schrieb Horst O. Halefeldt, einer der beim Deutschen Rundfunkarchiv in Frankfurt tätigen Historiker (S.10-28). In einem nachdenklich stimmenden Essay gibt Winfried B. Lerg (S.28-36) Anregungen für eine neue wissenschaftliche Auseinandersetzung mit der Stellung Bredows in der deutschen Rundfunkgeschichte. Beide Autoren nahmen auch an der Hamburger Tagung des Hans-Bredow-Instituts über "Strukturfragen des Rundfunks in Geschichte und Gegenwart" teil, über die Dieter Roß (S.37/38) für die MITTEILUNGEN einige Nachbemerkenngen geschrieben hat. Daß die Pressestelle des SFB den 100. Geburtstag von Hans Bredow für eine Broschüre nutzte, liegt sicher nicht nur in der Berliner Tradition der Rundfunkgeschichte begründet; in einer kritischen Anmerkung stellt Winfried B. Lerg (S.38-41) die Frage, inwieweit editorische Sorgfalt und öffentlichkeitswirksame Bildunterschriften sich gegenseitig ausschließen müssen.

HORST O. HALEFELDT

Hans Bredow und die Organisation des Rundfunks in der Demokratie

Hans Bredow - wer diesen Namen heute hört oder liest und (noch) etwas mit ihm verbindet, sei es als jemand, der Bredow kannte oder der sich forschend mit dem Rundfunk beschäftigt, der wird bei dem Namen Bredow zunächst an die legendäre, gleichwohl nicht unumstrittene Gestalt denken, die sich selbst nur allzugern als "Wegbereiter des Funkverkehrs" und "Vater des deutschen Rundfunks" verehren ließ, und er wird, je nach Standpunkt und Kenntnis, Bredows Vaterschaft beteuern, bezweifeln oder bestreiten 1).

Wem hingegen der Name Bredow (im Zusammenhang mit Funk oder Rundfunk) nichts sagt - und das dürfte heute die überwiegende Mehrheit derer sein, die sich beruflich oder politisch mit dem Rundfunk beschäftigen -, der wird in einem der gängigen Nachschlagewerke neben Geburts- und Todesjahr kaum mehr finden als die Auskunft, Bredow sei der Begründer und Organisator des modernen deutschen Rundfunkwesens gewesen und habe den Anschluß Deutschlands an das Weltfunknetz erreicht (Duden-Lexikon). Andere Worte für "Vater" und "Wegbereiter".

Bredows 100. Geburtstag könnte und sollte Gelegenheit geben, diese Klischees zu überspringen, verlässlicher und kritischer über Bredow zu informieren, als dies bei vergleichbaren Anlässen bisher geschah. Kritisch informieren meint in diesem Zusammenhang vor allem, nicht in die Bredow-zentrische Betrachtungsweise früherer Jahre zurückfallen 2), sondern den Versuch zu unternehmen, entlang dem Lebensweg Hans Bredows die Phasen der Geschichte des deutschen Rundfunks, die Bredow mitprägte, ins Blickfeld zu rücken - nicht Bredows wegen, sondern wegen der Bedeutung, die sie als Aufbau- bzw. Wiederaufbauphasen für die Struktur des Rundfunks in den parlamentarisch-demokratischen Systemen der Weimarer und der Bundesrepublik erlangten.

Der Weg zum Rundfunk

Hans Carl August Friedrich Bredow wurde am 26. November 1879 in Schlawe (Pommern) geboren. Seine Kindheit war geprägt von der "preußische Disziplin" fordernden Erziehung des Vaters und dem frühen Verlust der geliebten Mutter, der in dem Jungen den "selbstquälerischen Zwang" hinterließ, "bei größeren persönlichen Enttäuschungen alles hinzuwerfen" 3). 1889 übernahm der

1) In seinen Memoiren (Im Banne der Ätherwellen. Bd. 1. Stuttgart 2 1960) stellt Bredow auf Seite 25 fest: "Seitdem wurde ich in Fachkreisen vieler Länder als einer der Wegbereiter des Funkverkehrs anerkannt, seit 30 Jahren werde ich 'Vater des deutschen Rundfunks' genannt."

2) Vgl. hierzu bes. Roß, Dieter: Hans Bredow - Legende und Wirklichkeit. In: Rundfunk und Fernsehen. Jg. 14. 1966. H. 2. S. 150 ff.

3) Bredow: Im Banne der Ätherwellen. Bd. 1. S. 13.

Vater eine Stellung als mittlerer Beamter beim Bau des Kaiser-Wilhelm-Kanals, erst in Holtenau bei Kiel, dann in Rendsburg, wo Hans Bredow bis 1898 das Realgymnasium besuchte. Der junge Bredow registrierte den "ausgeprägten Klassengeist" im Rendsburg jener Jahre, in dem alte Patrizierfamilien, höhere Beamte und Akademiker die "bessere Gesellschaft" 4) bildeten. Schwierigkeiten in der Schule, ein durch den Kanalbau erwecktes Interesse an der Technik, der Ehrgeiz, auf eigenen Füßen stehen und etwas werden zu wollen, verleiteten den 17jährigen, die Schule vorzeitig zu verlassen. Für ein Jahr ließ er sich in Hamburg praktisch und theoretisch in Elektrotechnik ausbilden, kehrte anschließend aber reumütig auf das Rendsburger Gymnasium zurück, um sich den Zugang zum Hochschulstudium zu verbauen.

Nach dem Schulabschluß belegte Bredow 1898 an der Kieler Universität Physik und Chemie. Gleichzeitig arbeitete er als Hilfsmonteur, später als selbständiger Monteur für eine Elektrizitätsgesellschaft in Kiel, Dänemark und Nordschleswig. Das selbst ersparte Geld und eine kleinere, von der Stiefmutter zur Verfügung gestellte Erbschaft reichten jedoch nur für ein kurzes Studium. Bredow wechselte daher 1900 an das nicht vollakademische Friedrich-Polytechnikum in Cöthen (Anhalt). Obwohl er weiterhin in den Ferien arbeitete - bei Siemens in Berlin -, kam er 1903 in Geldschwierigkeiten, verzichtete notgedrungen auf das angestrebte Ingenieur-Diplom und ging endgültig in die Praxis.

Erste Station war die russische AEG in Riga. Doch kein Jahr später, am 1. Mai 1904, kehrte er nach Berlin zurück, um fortan für die 1903 mit dem Segen Wilhelms II. gegründete "Gesellschaft für drahtlose Telegraphie m.b.H." (Telefunken), gemeinsame Tochter von AEG und Siemens 5), tätig zu sein. Ein Studienfreund, Mitarbeiter des für AEG und später Telefunken tätigen Erfinders Georg Graf von Arco, hatte die Verbindung zum Funk und zu Telefunken hergestellt. Die "Allgemeine Elektrizitäts-Gesellschaft" (AEG) und Siemens zählten zu dieser Zeit bereits zu den führenden Elektrotrusts der Welt. Ein für ihren Aufstieg, parallel dem des kaiserlichen Deutschland zum Industriestaat, nicht unwesentliches Entwicklungsgebiet war das elektrische Telegraphenwesen. So liegen beispielsweise die Ursprünge des Siemenskonzerns in der 1847 von Werner von Siemens und J.G.Halske gegründeten Telegraphenbauanstalt 6).

4) Bredow: Im Banne der Ätherwellen. Bd. 1, S. 15. Die Angaben über Bredows Jugend stützen sich auf seine Memoiren. Die heute im Deutschen Rundfunkarchiv (DRA), Frankfurt (Main), befindlichen Materialien seines Nachlasses (DRA BN) beziehen sich primär auf seinen Berufsweg ab 1903.

5) Vgl. bes. Lerg, Winfried B.: Die Entstehung des Rundfunks in Deutschland. Frankfurt (Main) 2 1970. S. 30 f.

6) Vgl. z.B. Sonnemann, R.: Siemens Werner v., In: Gerhard Hass u.a.: Biographisches Lexikon zur deutschen Geschichte. Berlin (Ost) 1970. S. 648 ff.

Die Interessen der Elektroindustrie, seit den 1890er Jahren einer der industriellen Leitsektoren und als solcher ein Motor der industriellen Hochkonjunktur ab 1895, einerseits und die des kaiserlichen Staates andererseits, der in der Reichsverfassung von 1871 und im Telegraphengesetz von 1892 seine Hoheitsansprüche festgeschrieben hatte, dominierten die technische, wirtschaftliche und rechtlich-politische Entwicklung des gesamten Fernmeldewesens, der drahtgebundenen Übermittlung von Zeichen (Telegraphie) und Sprache (Telephonie) wie der drahtlosen Übertragung von codierten Mitteilungen (Zeichenfunk) und gesprochenen (Sprechfunk) auf elektrischem Wege 7).

Die drahtlose Übermittlung, basierend auf den Entdeckungen des schottischen Physikers James C. Maxwell (1865), die der Hamburger Heinrich Hertz 1888 experimentell belegte, wurde nach 1897 von Guglielmo Marconi in England, Adolf Slaby und Graf Arco (AEG) sowie Ferdinand Karl Braun (Siemens) in Deutschland zur Anwendungsreife entwickelt. Die Gründung der AEG-Siemens-Tochter Telefunken 1903 beendete nicht nur die entwicklungs-technische Konkurrenz der beiden Mutter-Firmen auf dem Gebiet des Funks, sie bedeutete auch die Errichtung einer gemeinsamen deutschen wirtschaftlichen und politischen Front gegen das industriell führende Großbritannien, das mit seinem Weltkabelnetz bereits die drahtgebundenen Nachrichtenwege beherrschte und sich anschickte, diese Vormachtstellung auch auf das Funkwesen auszudehnen.

Es lag im gemeinsamen Interesse des kaiserlichen Staates und der führenden Funkfirmen - neben Telefunken die "C. Lorenz A.G." und die kleinere "Dr. Erich F. Huth GmbH.", beide ab 1906 für die drahtlose Telegraphie engagiert -, England auch auf diesem Gebiet die Stirn zu bieten. Das Reich brauchte das seinerzeit modernste Nachrichtenmittel in Heer und Marine, für den Kontakt zu den Kolonien sowie als Welt- und Schiffsfunkverkehr, die als öffentliche Dienste für den zivilen Bereich betrieben wurden. Konsequenterweise dehnte es daher 1908 seine Hoheitsrechte auch auf die Funktelegraphie aus. Die Funkindustrie ihrerseits konnte sich angesichts der begrenzten zivilen Anwendungsmöglichkeiten des Funks im Inland nur im militärischen Bereich und jenseits der Grenzen lukrative Märkte erschließen. In enger Zusammenarbeit mit staatlichen, zumal militärischen Stellen baute sie in den Jahren vor dem Ersten Weltkrieg deutsche Funkverkehrsnetze auf.

Da die Absatzchancen ihrer Produkte in hohem Maße davon abhängen, daß diese technisch auf dem letzten Stand, gleichwohl ausgereift und zuverlässig waren, mußte die Funkindustrie ständig hohe Summen in die eigene Forschung und den Aufkauf fremder Patente investieren, ohne sicher sein zu können, ob der gerade

7) Vgl. bes. Wehler, Hans-Ulrich: Das deutsche Kaiserreich 1871-1918. Göttingen 1973. S. 48 ff. und Lerg: Die Entstehung des Rundfunks, S. 24 ff.

geförderten oder gekauften Entwicklung auch die Zukunft gehörte. Telefunken ließ sich 1906 die Rechte an dem zukunftssträchtigen Patent des Lichtbogensenders entgehen und stürzte daraufhin in eine Krise, die u.a. ein Revirement an der Spitze des Unternehmens nach sich zog 8).

Am 1. April 1908 übernahm Hans Bredow, der sich inzwischen als Techniker und Manager profiliert hatte, zusammen mit Graf Arco die Leitung von Telefunken. Mit Geschick und Glück führte das neue Direktorengespann die Gesellschaft binnen kurzem aus der Talsohle heraus und entfaltete Hand in Hand mit den übrigen Trägern der überseeischen Ambitionen des Reichs weltweite Aktivitäten 9). Bredow, schon als Corpsstudent auf die Normen und Wertvorstellungen der bürgerlichen Elite des Kaiserreichs eingeschworen, von der Technik und ihren wirtschaftlichen Anwendungsmöglichkeiten fasziniert, vom Großmachtanspruch seines Vaterlandes überzeugt, identifizierte sich voll mit den imperialistischen außen- und kolonialpolitischen Zielen des Kaiserreichs. Selbst kriegerische Ereignisse wie die brutale Niederwerfung der Herero in Südwestafrika 1904 waren ihm nur "längst erwünschte Gelegenheit", die Brauchbarkeit der Funkentelegraphie "unter besonders schwierigen Umständen" zu beweisen 10). Zahlreiche Auslandsreisen ließen Bredow Erfahrungen sammeln und einen fundierten Überblick über den technischen und wirtschaftlichen Stand des internationalen Funkwesens gewinnen. Gelegentliche Begegnungen mit den Größen der damaligen Welt - von Wilhelm II. bis George V. - beeindruckten ihn tief, verstärkten seine Hinwendung zu den "Großen Männern", die später auch Friedrich Ebert und - mit negativem Vorzeichen - Hitler bzw. Goebbels galt, sowie seine bis ans Lebensende fortdauernde, kaum heimlich zu nennende Vorliebe für die Monarchie 11).

8) Vgl. zum Vorstehenden bes. Lerg.: Die Entstehung des Rundfunks, S. 24 ff. (Funk und Politik bis 1918).

9) Vgl. u.a. Bredow: Im Banne der Ätherwellen. Bd. 1, S. 79 ff. (Meine Berufung) und Lerg.: Die Entstehung des Rundfunks, bes. S. 35 f. Vgl. generell auch die Darstellung Bredows aus DDR-Sicht bei Schebaum, Willy: Bredow - Legende und Wirklichkeit. Teil 1-2. In: Beiträge zur Geschichte des Rundfunks. Jg. 2. 1968. H. 3. S. 36-61; H. 4. S. 37-69.

10) "Militär-Wochenblatt" vom März 1905, von Bredow zustimmend zitiert in: Im Banne der Ätherwellen. Bd. 1, S. 366.

11) Die Formulierungen in seinen Memoiren (Im Banne der Ätherwellen) sprechen in dieser Hinsicht zumeist für sich: "Plötzlich kam der Kaiser zum Besuch des Zaren (von Bulgarien, H.O.H.) nach Nauheim, und ich sah ihn zufällig aus nächster Nähe, als er aus dem Hause trat und in seinen Wagen stieg. Es war ein erschütterndes Erlebnis, denn der sonst so straff und forsch auftretende Monarch war ganz zusammengefallen, sein Gesicht grau und faltig. Ein völlig gebrochener Mann." (Bd. 2. S. 82, über Wilhelm II. im Herbst 1918). Vgl. a. die Passagen über Churchill und King George V. in Bd. 1, S. 220.

union führte geradewegs zur Wiedereingliederung des Funkwesens in das Postressort am 9. April 1919 14).

Damit war die traditionelle Abgrenzung staatlicher und privatwirtschaftlicher Interessenbereiche aus dem Kaiserreich in die Republik hinübergerettet: Technische Entwicklung, Produktion und Vermarktung von Funk-, also später auch Rundfunkanlagen blieben der Industrie überlassen, während der Staat weiterhin jeglichen Betrieb derartiger Anlagen in der Hand bzw. unter Kontrolle behielt - schon erkennbar in der Absicht, auch die politisch-publizistische Nutzung der technischen Möglichkeiten zu regulieren. Bevor es den Rundfunk in Deutschland überhaupt gab, waren damit strukturell die Chancen zur Errichtung eines staatsfernen, nicht-kommerziellen, unabhängigen neuen Mediums als Baustein einer demokratisch organisierten Öffentlichkeit auf den Nullpunkt gesunken. Zudem hinterließen die Erfahrungen mit Revolution und ZFL in den Köpfen der Herrschenden die ängstliche Vorstellung, derartiges könne sich womöglich unter krisenhaften Umständen nicht nur wiederholen, sondern gar zum Erfolg führen. Diese Angst prägte entscheidend die Entwicklung vom Funk zum Rundfunk von 1919 bis 1924 wie danach die des Rundfunks bis 1933, als die Ereignisse bewiesen, daß der Feind am Ende rechts und nicht links stand.

Bredows Wirken im Staatsdienst von 1919 bis Mitte 1926, zunächst als Ministerialdirektor, ab April 1921 als Staatssekretär im Reichspostministerium 15), galt in erster Linie dem Wiederaufbau der durch den Krieg arg mitgenommenen Fernmeldedienste, Telephon und Telegraph, und der Weiterentwicklung des Linienfunks, der primär noch Zeichenfunk war, zum Sprechfunk "an alle", d.h. technisch gesehen zum Rundfunk. Seine Kenntnis des internationalen Entwicklungsstands und der technischen Gegebenheiten ließen Bredow frühzeitig künftige technische Möglichkeiten erkennen. Seine Erfahrungen als Industriemanager sagten ihm, daß die Industrie nur innovationsbereit sein und bleiben würde, wenn sie ausreichende Anwendungs- und damit Absatzmöglichkeiten für von ihr entwickelte Anlagen sähe und in ihrer Bereitschaft Rückendeckung von den staatlichen Instanzen erhalte. Seine Einblicke in die Struktur der (Post-) Administration, deren Exponent er wurde, am Scharnier zwischen vorgeblich "unpolitischer" Verwaltung und politisch bestimmtem Minister sitzend, zeigten ihm die Mittel und Wege, den

14) Vgl. bes. Lerg: Die Entstehung des Rundfunks, S. 43 ff. (Funk und Revolution 1918-1919) und Bredows eigene Darstellung (Im Banne der Ätherwellen. Bd. 2, S. 87 ff). Kraß brachte Bredow in einem halb-privaten Brief an Dr. Hans Riesser vom 18.8. 1920 seine Meinung über die Novemberereignisse zum Ausdruck: "Besondere Genugtuung bereitet mir, daß alles Ungesunde und Faule mit Stumpf und Stiel ausgerottet ist. Vor etwa 1 1/2 Jahren hat dies niemand für möglich gehalten," (DRA BN).

15) Ernennungsurkunden in: DRA BN.

Von besonderer Bedeutung für seine spätere Tätigkeit im Staatsdienst waren die Erfahrungen, die Bredow in der Rolle des Industriemanagers mit den staatlichen Behörden machte. Er lernte deren Denk- und Arbeitsweisen, deren Macht- und Interessensstrukturen kennen und für die Privatindustrie nutzen. Gleichzeitig verlor Bredow bei aller Fixierung seiner Telefunken-Tätigkeit auf das Kaufmännische, das primär er AEG und Siemens gegenüber zu verantworten hatte, nicht seinen Überblick über und seinen Einfluß auf die technische Entwicklung des Funkwesens. Während andere die Erfindungen machten, forcierte er die Suche nach praktischen Anwendungsmöglichkeiten, die kommerziellen Erfolg versprachen. So führte er im Februar 1913 während einer USA-Reise stolz die Leistungsfähigkeit eines neuen Telefunken-Systems vor, mit dem es gelang, die amerikanische Nationalhymne von der Station Sayville auf den nach Europa reisenden Dampfer "George Washington" zu übertragen, und betonte vor der Presse, Telefunken habe letztlich die Absicht, "dieses System der drahtlosen Telephonie kommerziell zu verwerten" 12).

1914 ging Bredow als Freiwilliger in den Krieg. Auch hier ließ ihn sein Metier nicht los. An der Westfront erprobte er 1917 zusammen mit Alexander Meißner die ersten deutschen Röhrensender und verbreitete über diese Sender Grammophonmusik zur Zerstreuung der Soldaten.

Vielfach dekoriert und zum Leutnant aufgestiegen kehrte er noch vor Kriegsende herzleidend nach Deutschland zurück. Dem 9. November 1918 erlebte er in der Hauptverwaltung von Telefunken in Berlin. Als Freiwilliger kämpfte er unter dem Oberbefehl Noskes "Nachts gegen Spartakus" 13). Die Bildung der sog. "Zentralfunkleitung" (ZFL), eines zentralen Arbeiter- und Soldatenrats für das gesamte innerdeutsche Funknetz, der das Funkwesen in Selbstverwaltung nehmen und der staatlichen Oberhoheit entziehen wollte, stellte für Bredow eine persönliche Herausforderung dar. Als Autor von Artikeln gegen den "Funkerspuk" in der bürgerlichen Presse und als "Sachverständiger" in den bald beginnenden Verhandlungen mit der ZFL trug er im Verein mit Vertretern von Industrie und Ministerialbürokratie sowie Politikern der regierenden Mehrheitssozialdemokraten dazu bei, daß das Fundament der Zusammenarbeit von Staat und Industrie im Bereich des Funks, das Hoheitsrecht des Reichs und die Anbindung an eine - in Friedenszeiten - zivile Behörde, das Reichspostministerium (RPM), die Novemberrevolution letztlich unbeschädigt überstand. Zum 1. Februar 1919 trat Bredow als Direktor im Reichspostministerium, zuständig für die Funkentelegraphie, in den Staatsdienst; gleichzeitig übernahm er die Leitung der noch selbständigen "Reichsfunk-Betriebsverwaltung". Diese Personal-

12) "The Sun" berichtete am 23.2.1913 unter der Headline "Hear Music by Wireless" über das gelungene Experiment. Diesen Bericht druckte die "Telefunken-Zeitung" ins Deutsche übersetzt im April 1913 nach.

13) Im Banne der Ätherwellen. Bd. 2, S. 85 (Kapitelüberschrift).

Wieder- bzw. Neuaufbau in seinem Einfluß- und Interessenbereich voranzutreiben, zu lenken und ggf. auch zu bremsen 16). Im Hinblick auf die Entwicklung zum Rundfunk wurde er für die kurze Zeitspanne bis Ende 1922, in der die Post einziger Interessent auf staatlicher Seite war, eine entscheidende, vielleicht die entscheidende Figur als Mittler zwischen den Interessen der Post einerseits und der Wirtschaft andererseits.

Die Post mußte ab 1919 als Förderer der technischen (und wirtschaftlichen) Entwicklung des Funks auftreten 17), schon um ihre Zuständigkeit, ihre "Funkhoheit" gegenüber den privaten Interessenten am Funk, am Bau von Funkanlagen, an der Benutzung dieser Anlagen (auch der Betrieb stand zeitweise wieder zur Debatte) und an der Nutzung der auf dem Funkwege übertragenen Informationen (Meldungen von Nachrichtenagenturen und Pressebüros, Börsenberichte) zu legitimieren. Gleichzeitig war das wirtschaftliche Eigeninteresse zu wahren, das die ganze Weimarer Zeit über hieß, möglichst keine Staatsgelder investieren, möglichst kein Risiko auf sich nehmen, möglichst viel am wirtschaftlichen Nutzen teilhaben. Außerdem und nicht zuletzt blieb die publizistisch-politische Seite der nach und nach erprobten Funkdienste im Auge zu behalten, da jeder Schritt aus dem gesicherten postalischen Areal heraus, auch wenn er zunächst nur eine überschaubare Zahl von Teilnehmern erschloß, die zudem nur empfangen und nicht senden sollten, als kaum abwägbares politisches Wagnis galt.

Diese nicht ganz unkomplizierte Ausgangslage inmitten wirtschaftlicher Krisen und politischer Wirren führte dazu, daß die Postverwaltung in der Praxis - verglichen mit den USA (Rundfunk ab Ende 1920) oder Großbritannien (Rundfunk ab Anfang 1922) - eher zögernd vorging. Schwierigkeiten, die potentiellen Benutzer der Funkdienste aus dem Pressebereich unter einen Hut zu bringen, wirkten als zusätzlicher Hemmschuh. Auf der anderen Seite pries die Post öffentlich die technischen, wirtschaftlichen und zunehmend auch die publizistischen Möglichkeiten des Funks, unterstützte damit Erwartungen der Funkindustrie und schließlich sogar eines größeren Kreises privater Interessenten, die auch in Deutschland Radio veranstalten oder schlicht hören wollten. Besonders Bredow trat in diesen Jahren mit Vorträgen, Vorführungen und Presseartikeln an die Öffentlichkeit, ohne damit jedoch - wie er es später darstellte - derjenige gewesen zu sein, der als "Einzelkämpfer"

16) Bredow: "Die Ministerialbürokratie war vorher niemals so mächtig gewesen wie dann in der Weimarer Republik. ... Die eigentliche Führung befand sich in den Händen der Staatssekretäre als Ministerstellvertreter; von ihrer Tätigkeit und Loyalität hing letzten Endes der Erfolg der Minister ab." (Im Banne der Ätherwellen. Bd. 2, S. 103).

17) Vgl. bes. Lerg: Die Entstehung des Rundfunks, S. 72 ff.

gegen Widerstände von allen Seiten den Rundfunk in Deutschland einführte 18).

Der Weimarer Rundfunk

Das erste, von Telefunken und Lorenz getragene Konzessionsgesuch zur Errichtung und zum Betrieb von Sende- und Empfangsanlagen für einen "Broadcasting-Dienst", eingereicht im Mai 1922, brachte das Reichspostministerium in Zugzwang. Da die Ministerialen die publizistisch-politischen Dimensionen des geplanten Mediums sahen und scheuten - das "Chaos" der amerikanischen Rundfunkentwicklung verstärkte diese Scheu noch und lieferte weitere Munition zur Verteidigung der ordnenen Eingriffe des Staates -, wandten sie sich Ende des Jahres an das für "die behördliche Prüfung des auszusendenden Nachrichtensstoffes" 19) zuständige Reichsministerium des Innern (RMI). Damit begannen sich die publizistisch-politischen und teilweise auch die wirtschaftlichen Interessen der staatlichen Seite zu spalten und gerieten zunehmend unter den Einfluß divergierender politischer, manchmal parteipolitischer Ansprüche, aus denen sich unterschiedliche Konzepte für die publizistische Verwendung des kommenden Rundfunks ableiteten. Mit dem Eintritt der Länder des Reichs, vor allem Preußens, in die nicht-öffentliche Debatte um die erste Rundfunkordnung der Weimarer Republik im Frühjahr 1925 traten regional orientierte politische Forderungen als weiterer Faktor hinzu.

Aus der komplizierten Entwicklung der schließlich 1926 endgültig etablierten Rundfunkordnung lassen sich grob zwei politisch-publizistisch divergierende Positionen herauschälen, die nicht nur die institutionelle Aufbauphase des Weimarer Rundfunks bestimmten, sondern seine gesamte Entwicklung bis 1932. Die eine, deren Exponent nach außen hin Bredow war, betonte ausgehend von der überkommenen Arbeitsteilung zwischen Privatindustrie und Staat im Fernmeldewesen die ökonomische Seite des Rundfunks, billigte ihm auch zerstreute und

18) Vgl. zur Vorgeschichte des Rundfunks 1919 bis 1922 bes. Lerg: Die Entstehung des Rundfunks, S. 92 ff (Funk und Publizistik 1919-1922). Zu Bredows späterer Version, selbst die Funkindustrie habe sich bei der Einführung des Rundfunks zurückgehalten, gar "förmlichen Widerstand" geleistet, vgl. z.B. den Bericht der "Vossischen Zeitung" vom 12.2.1924 über einen Vortrag Bredows im Berliner Vox-Haus.

19) Brief RPM an RMI vom 20.12.1920, zit. n. Lerg: Die Entstehung des Rundfunks, S. 139. Vgl. neben Lerg zur Entwicklung des Weimarer Rundfunks vor allem die älteren Arbeiten von Bausch und Pohle (Bausch, Hans: Der Rundfunk im politischen Kräfte-spiel der Weimarer Republik 1923-1933. Tübingen 1956 und Pohle, Heinz: Rundfunk als Instrument der Politik. Hamburg 1955). Lergs neueste Arbeit (Rundfunkpolitik in der Weimarer Republik. München 1980) führt in den hier zur Debatte stehenden Punkten nur wenig weiter.

bildende, d.h. traditionelle Bildungsgüter an "weitere Kreise" 20) verbreitende, Funktionen zu, fürchtete aber eine (offene) politische Nutzung so sehr, daß sie selbst "staatsbejahende", republikfreundliche, Demokratisierung fördernde Rundfunksendungen nur unter strengster behördlicher Kontrolle für diskutabel hielt. Die von Bredow vielzitierten Begriffe "Wirtschafts-" und "Kulturfaktor" Rundfunk kennzeichnen diese konservative bis reaktionäre Position, die sich auf die indirekte politische Wirkung von mangelnder Information, wirklichkeitsferner Belehrung und seichter Muse verließ, gerade durch das, was sie nicht sagen: daß der Rundfunk ein "Politischer Faktor" ist 21).

Demgegenüber gab es ab 1922/23 eine liberalere Position, die den Rundfunk gerade als politisches Instrument begriff, das geeignet wäre, im Sinne der Weimarer Verfassung für Republik und Demokratie zu werben. Dieses Ansinnen beinhaltete nicht den Verzicht auf die ordnende, lenkende und kontrollierende Hand des Staates, sondern lediglich mehr Realitätsnähe und Aktualität im Programm, auch im Bildungsprogramm, und die Bereitschaft, neben der Exekutive die Legislative und die größeren gesellschaftlichen Gruppen (Gewerkschaften, Kirchen etc.) bei Programmkontrolle und -gestaltung stärker zu berücksichtigen. Exponent dieser Position war anfangs Bredows Gegenüber und Gegner im RMI, der linksliberale Presserechtler und Ministerialrat Kurt Haentzschel. Träger dieser Position waren Politiker und Ministeriale aus den Parteien der Weimarer Koalition. Als es Bredow 1923/24 in einer seiner Vorstellungen günstigen politischen Situation gelang, Haentzschel auszuschalten, glaubte er, sich und seine Position weitgehend durchgesetzt zu haben, zumal mit Erich Scholz (DNVP, später Strasser-Flügel der NSDAP) ein Mann Rundfunkreferent im RMI wurde, der noch weiter rechts stand als Bredow (bis zu Stresemanns Tod DVP).

20) Die Standardformel in den Gesellschaftsverträgen der Sendegesellschaften lautete damals - mit geringen Abweichungen im Einzelfall: "Gegenstand des Unternehmens ist die Veranstaltung und drahtlose Verbreitung von Vorträgen, Nachrichten und Darbietungen künstlerischen, belehrenden, unterhaltenden, wirtschaftlichen sowie sonst weitere Kreise der Bevölkerung interessierenden Inhalts..." (Lerg: Die Entstehung des Rundfunks, S. 210).

21) Zu Neujahr 1928 zog Bredow öffentlich Bilanz über den Erfolg des deutschen Rundfunks, zitierte sein berühmtes Geleitwort zur Rundfunkeröffnung vom 14.10.1923, wies ausführlich auf die wirtschaftlichen Auswirkungen des Rundfunks hin und kam zu dem Schluß: "Der Beweis dafür, daß der Rundfunk das ihm 1923 gesteckte Ziel, nicht nur Kulturfaktor, sondern allmählich auch Wirtschaftsfaktor zu werden, erreicht hat, ist damit erbracht." (Der Deutsche Rundfunk. Jg. 6. 1928. H. 1. S. (1)). Demgegenüber stellte Haentzschel schon 1924 fest: "Aber nicht nur als wichtiger Kulturfaktor ist der Rundfunk für den Staat von Bedeutung. Er ist auch ein politischer Faktor ersten Ranges." (zit. n. Lerg: Die Entstehung des Rundfunks, S. 305).

Die ersten regionalen Sendegesellschaften, mit privatem Kapital als Aktiengesellschaften gegründet, auf die zugesagte, aber noch nicht erteilte Konzession der Post angewiesen, nahmen 1923/24 unter der Ägide Bredows und seiner engsten Mitarbeiter ihre Tätigkeit auf, nachdem im Herbst 1922 die Entscheidung zugunsten einer föderalistischen Organisation und zur Ausstrahlung an verstreute private Einzelempfänger gefallen war (die Alternative, zentral ausgestrahlter, gemeinschaftlich empfangener "Saalfunk", scheiterte an technischen Unzulänglichkeiten). Post- und Innenressort gedachten sich die Kontrolle der Sendegesellschaften zu teilen: Federführend für die politische Überwachung das RMI, für Wirtschaft und Technik das RPM.

Durch diese Rechnung machte das Auftreten der Länder 1925 einen dicken Strich. Die Länder entwandten nicht nur gestützt auf ihre Kulturhoheit dem Reichsinnenministerium die Mehrheit in den wichtigen regionalen, 1926/27 eingerichteten Kontrollgremien, den politischen Überwachungsausschüssen und den Kulturbeiräten; das übergroße Preußen verstand es auch - mehr alternative Reichsgewalt als regional interessiertes Land - den seinerzeit von Haentzschel im Verein mit dem SPD-Fraktionsvorsitzenden im preußischen Landtag, Ernst Heilmann, verfolgten Vorstellungen vom Rundfunk Geltung zu verschaffen.

Während die "Richtlinien über die Regelung des Rundfunks" 22), auf die Reich und Länder sich nach zähem Ringen schließlich einigten, nur lapidar bestimmten, der Rundfunk diene keiner Partei und sein gesamter Nachrichten- und Vortragsdienst sei daher "streng überparteilich" zu gestalten, also den kleinsten gemeinsamen Nenner formulierten, versah die in Preußen regierende Weimarer Koalition ihre Gremienvertreter mit eigenen Richtlinien für die politische Überwachung des Rundfunks, die detailliert beschrieben, wie die geforderte Überparteilichkeit nach Meinung der Preußischen Staatsregierung aussehen sollte. Diese preußischen Richtlinien 23) vom 23. Dezember 1926 stellten ausgehend von der Reichs- und Preußischen Verfassung die "Stabilisierung der verfassungsmäßigen Zustände" und die "Stärkung der republikanischen Staatsautorität" in den Vorder-

22) Abgedruckt bei Lerg: Die Entstehung des Rundfunks, S. 368 ff.

23) Schreiben des Preußischen Ministerpräsidenten Otto Braun an die von Preußen benannten Vertreter zu den politischen Überwachungsausschüssen der Sendegesellschaften (St.M.I.11163) betr. Die politische Überwachung des Rundfunks. In: Zentrales Staatsarchiv der DDR, Historische Abteilung II, Merseburg, Preußisches Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung, Rep. 76 V e Sekt. 1 Abt. VII Nr. 67 Bd. 1, f. 290 ff. An dieser Stelle können die rundfunkpolitischen Vorstellungen und Einwirkungen Preußens nur gestreift werden. Ein näheres Eingehen auf dieses bisher fast gar nicht erforschte Kapitel Weimarer Rundfunkgeschichte muß spezielleren Darstellungen vorbehalten bleiben.

grund, forderten die "wirtschaftliche und wirtschaftspolitische Unparteilichkeit des Rundfunks" und plädierten mit dem Beispiel der Berichterstattung über Arbeitgeber- und Arbeitnehmerinteressen für das, was Jahrzehnte später als "Ausgewogenheit" bezeichnet werden sollte.

Bastion der republikanischen, liberaleren Vorstellungen blieb bis 1932 Preußen, das zwischen 1928 und 1930 Unterstützung aus dem von Carl Severing geführten RMI erhielt 24). Bastion der sich selbst als "unpolitisch" bezeichnenden Gegenposition blieb das mehr von seiner Verwaltungsspitze geleitete als von seinen Ministern geführte RPM. Von dieser Bastion aus gelang es Bredow, das Druckmittel Konzessionsverweigerung gegenüber den Privataktionären der Sendegesellschaften in der Hinterhand, 1925/26 die mehrheitlich in Postbesitz übergehende "Reichs-Rundfunk-Gesellschaft mbH." (RRG) als Dach über die Regionalgesellschaften zu setzen und der RRG die Anteilsmehrheit bei ihren Töchtern zu verschaffen. Er selbst übernahm den Vorsitz im Verwaltungsrat der RRG, wurde zumeist stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender bei den Tochtergesellschaften, verließ Mitte 1926 den Staatsdienst und leitete fortan als "Rundfunk-Kommissar des Reichspostministers" die Geschicke des deutschen Rundfunks. Formal zwar nur die wirtschaftlichen Geschicke, doch sein Einfluß auf die Technik, die weiterhin direkt von der Post betreut wurde, darf als gesichert unterstellt werden, und Versuche, mit dem Hebel Finanzen auch die Programmgestaltung im Sinne der von ihm vertretenen (politischen) Vorstellungen zu beeinflussen, so sehr Bredow sie seinerzeit mit dem Hinweis auf die formale Zuständigkeitsabgrenzung auch geleugnet hat 25), sind vielfach nachweisbar.

Bredow und seine Mitarbeiter in der Berliner RRG-Zentrale, vornehmlich die Direktoren Heinrich Giesecke und Kurt Magnus, konnten zwar nicht direkt ins Programm eingreifen wie die Gremien und Regierungen mit ihren Zensurinstrumenten, doch die bis 1932 immer mehr in der RRG zentralisierte wirtschaftliche Verwaltung des Rundfunks eröffnete genügend Möglichkeiten mittelbarer Einflußnahme auf das Programm, konnte z.B.

24) Vgl. hierzu bes. Bierbach, Wolf: Reform oder Reaktion? In: W.B. Lerg und R. Steininger (Hrsg.): Rundfunk und Politik 1923-1973. Berlin 1975, S. 37-85.

25) Vgl. z.B. die Gegendarstellung Bredows in der "Ostdeutschen Illustrierten Funkwoche" vom 24.2.1933, in der er u.a. feststellte: "Wahr ist vielmehr, daß der Rundfunk-Kommissar des Reichspostministers, Bredow, für die Organisation, Technik und Wirtschaft zuständig war, aber keinen Einfluß auf die Programmgestaltung hatte. Für dieses Gebiet waren ausschließlich die künstlerischen Leiter, zusammen mit den Kulturberatern, maßgebend."

kostenintensive Vorhaben wie eine stärkere Berücksichtigung der sog. Nebensender (Regionalstudios) unterstützen oder unterbinden 26). Zudem geriet das auf freiwilliger Basis entstandene Kooperationsgremium der Regionalgesellschaften, der Programmrat, bald völlig unter die Fittiche der RRG, die damit unverhohlen auch in Programmfragen Position bezog 27). Schließlich blieb ein nicht zu unterschätzender Faktor der Einfluß der RRG und Bredows auf die Personalpolitik, dem es mit zu verdanken war, daß Programmverantwortliche und Programme von Sendegesellschaften über Jahre hin konservativer sein konnten als die Mehrheit in den Kontrollgremien dachte 28).

Der Kampf der beiden konträren, den Weimarer Rundfunk bestimmenden Kräfte fand bis 1932 keinen eindeutigen Sieger. Die Programme näherten sich zunehmend der Realität und Aktualität, gefördert auch durch technische Entwicklung, die das Verlassen der Studios ermöglichte. Ausgesprochen politische Programme wie die "Gedanken zur Zeit" (ab 1928/29 der Politik geöffnet) wurden möglich, Programme zur "Hebung der Staatsfreudigkeit" gegen Ende der Republik als Antwort auf die wirtschaftliche und politische Krise geradezu zur vornehmsten Aufgabe des Rundfunks erklärt 29). Andererseits zentralisierte die RRG den Rundfunk

26) Die Hamburger "Nordische Rundfunk A.G." (NORAG) erwog z.B. - von Bredow unterstützt - 1928/30 die Auflösung des Orchesters und der Verwaltung ihres Nebensenders in Hannover und steckte erst nach heftigen öffentlichen Protesten zurück. Geplante sog. Besprechungsstellen in Braunschweig und Göttingen wurden mit "Rücksicht auf die wirtschaftlichen Verhältnisse" - der NORAG ging es glänzend - gar nicht erst eingerichtet (vgl. Bericht des Rundfunk-Kommissars des Reichspostministers über die Vorgänge im Rundfunk während der Monate Jan.-März 1930 bzw. April-Juni 1930). Am 30.10.1930 erklärte Bredow intern vor den kaufmännischen Leitern der Rundfunkgesellschaften unverblümt: "Es gibt mehrere große Sparmöglichkeiten; insbesondere seien genannt: die Verringerung der Programmzahl und die Verkürzung der Sendezeit. Es ist zu erwarten, daß die Presse gegen beides angehen wird. In diesem Falle bleibt nichts anderes übrig, als abzuwarten, bis sich der Sturm gelegt hat." (Sitzungsbericht, S. 3. In: Bundesarchiv Koblenz R 78/893, f. 8).

27) Vgl. Diller, Ansgar: "Höchst Langweiliges, höchst Irdisches, dennoch unumgänglich Notwendiges". In: epd/Kirche und Rundfunk, 1972. Nr. 37. S. 2-5.

28) Ein Beispiel ist die Hamburger NORAG, deren Kontrollgremien von einer Mehrheit liberaler bis sozialdemokratisch orientierter Vertreter geführt wurden, während Intendant und kaufmännischer Leiter nicht zufällig vom ehemaligen Bismarck-Blatt "Hamburger Nachrichten" kamen.

29) Zu den "Gedanken zur Zeit" vgl. zuletzt Lerg: Rundfunkpolitik. Zur "Hebung der Staatsfreudigkeit" via Rundfunk vgl. z.B. Halefeldt: Schul- und Bildungsfunk in Deutschland. Frankfurt (Main) 1976. S. 18 ff.

mehr und mehr, schränkte regionale Entscheidungsbefugnisse ein, schöpfte zugunsten des Post- und letztlich des Reichshaushalts im Zuge der deflationistischen allgemeinen Finanzpolitik Millionen von den Rundfunkgebühren ab, Millionen, die - in die Ausweitung der Programme (sie wurden gar gekürzt), der Sendernetze, die Beseitigung technischer Störungen oder die Verbesserung der Kabelverbindungen investiert - die programmliche Substanz und damit die politisch-publizistischen Chancen des Mediums hätten verbessern können.

1932 erwies sich, daß die gewählte (Finanz-)Politik, die jahrelang auch jeden Versuch, die Rundfunkgebühren auf das tatsächlich benötigte Maß zu senken, zurückgewiesen hatte, zu sehr der sich vermeintlich selbst tragenden Konjunktur des Rundfunks als relativ erschwinglichem Massenkonsumgut vertraut hatte. Die dynamische Entwicklung der Gebühreneinnahmen bekam, u.a. wegen der zwangsläufig auf die Arbeitslosen ausgedehnten Gebührenbefreiungen, einen spürbaren Knick, dem Absatz der Industrie ging es nicht besser. Als dann noch RMI-Referent Scholz unter dem Kabinett von Papen seine Pläne für eine Reform des Rundfunks aus der Schublade zog, die eine völlige Verstaatlichung, eine noch weitere Zentralisierung und die Verpflichtung des Rundfunks auf deutschnational gesoßte Richtlinien vorsahen, und durchboxte, stand Bredow ohnmächtig dabei und sah "seinen" Weimarer Rundfunk im Chaos versinken. Wie schon während der früheren Auseinandersetzungen mit dem Innenministerium des Reichs und den Ländern dachte er an Rücktritt, um dann doch noch einmal den Kampf zu wagen 31).

Am 30. Januar 1933 begriff Bredow, daß er nicht nur seinen Einfluß seit mindestens einem halben Jahr restlos verloren hatte, sondern daß er nun als Gallionsfigur des von den Nationalsozialisten beschimpften "System-Rundfunks" gehen mußte, wollte er nicht gefeuert werden 32). Hans Bredow bat noch am 30. Januar den Reichspostminister um seine Abberufung. Der entband Bredow am 15. Februar mit Wirkung vom 1. März von seinen Pflichten als Rundfunk-Kommissar 33).

Unter dem NS-Regime

Die nach der Machtübernahme eskalierende Kampagne der NS-Propagandisten gegen den "Korruptionssumpf" des Weimarer Rundfunks und die Einlieferung führender Rundfunkleute, darunter

30) Vgl. Halefeldt: Einführung und Entwicklung des Rundfunks in der Weimarer Republik unter ökonomischen Aspekten (Referat zum Hamburger Bredow-Symposion).

31) Vgl. Im Banne der Ätherwellen. Bd. 2, S. 316 ff.

32) Vgl. Bredows Rücktrittsbrief an seine Mitarbeiter im Rundfunk vom 3.2.1933, abgedruckt in: H.J. Weinbrenner (Hrsg.): Auszüge aus Rundfunkveröffentlichungen. Wiesbaden 1954. S. 19.

33) Vgl. Schreiben des Reichspostministers von Eltz an Bredow vom 15.2.1933, abschriftlich in: DRA BN.

Giesecke, Magnus und Heilmann, in das KZ Oranienburg ließen in Bredow, der zeit seines Lebens unter normalen Umständen eher vorsichtig taktierte und offene Konfrontationen scheute, das Gefühl aufkommen, er als Kapitän müsse sein Schiff, den Rundfunk, entweder retten oder mit ihm untergehen. In Protesttelegrammen an Hindenburg und Hitler forderte er unbeschränkte Möglichkeiten zur Verteidigung gegen die Propagandaangriffe in Presse und Rundfunk; andernfalls wollte er das Schicksal seiner früheren Mitarbeiter teilen.

Am 25. Oktober 1933 wurde Bredow verhaftet und für fast 15 Monate in Untersuchungshaft nach Moabit geschickt. Von November 1934 bis Juni 1935 stand er zusammen mit Magnus und anderen wegen angeblicher Verfehlungen im Amt während der Weimarer Jahre vor Gericht. Der großangekündigte "Rundfunkprozeß" endete jedoch mit einem Fiasko. Zwar erhielten Bredow, Magnus und der frühere Frankfurter bzw. Berliner Intendant Hans Flesch Gefängnis- und Geldstrafen. Durch die abgessene Untersuchungshaft galten die Strafen aber bereits als verbüßt. Zudem hob das Reichsgericht die Urteile 1937 teilweise auf und wies das Verfahren an die Vorinstanz zurück. Im März 1938 schloß das Landgericht Berlin mangels staatspolitischen und öffentlichen Interesses die Akten des fehlgeschlagenen Schauprozesses. Bredow, an der Ausreise in die USA ebenso gehindert wie an selbständiger wirtschaftlicher Tätigkeit im Reich, 1937 nach Wiesbaden übergesiedelt, erhielt ab 1. Oktober 1939, nachdem Bredow wohlgesonnene Mitarbeiter des NS-Rundfunks und des Propagandaministeriums zu seinen Gunsten interveniert hatte, das Ruhegeld eines Ministerialrats 34).

Der Neubeginn des Rundfunks nach 1945

Gerade seine Behandlung im Dritten Reich machte Bredow unbeschadet seiner politischen Einstellung, die ihn nach Kriegsende als verspäteten Vernunftrepublikaner erscheinen läßt 35), in den Augen der nach Hessen einmarschierenden Amerikaner zu einem unbelasteten erfahrenen Verwaltungsfachmann. Gegen seinen hinhaltenden Widerstand - begründet mit seinem angegriffenen Gesundheitszustand, entsprungen der Furcht, als "Büttel der Sieger" 36) auftreten zu müssen - machte die US-Militärregierung ihn Anfang Mai 1945 zum Regierungspräsidenten in Wiesbaden. Die desolate Situation, die er vorfand, und die mehr schlechte als rechte Zusammenarbeit mit der Militärregierung überforderten Bredow. Auch seine Gesundheit spielte

34) Vgl. zum Vorstehenden Diller, Ansgar: Rundfunkpolitik des Dritten Reichs. München 1980. Vgl. a. Bredows Auflistung "Verfolgungen durch die N.S.D.A.P." In: DRA BN.

35) Vgl. z.B. Bredows Schreiben an W.S. Paley vom 23.10.1945, abgeschrieben in: DRA BN.

36) Im Banne der Ätherwellen. Bd. 2, S. 376.

nicht mit. Am 1. September 1945 war die "Gastrolle als Regierungspräsident" 37) beendet, und er trat formell in den Ruhestand.

Wieder halbwegs genesen und nunmehr frei von Verpflichtungen fand er zu seiner alten Liebe, dem Rundfunk, zurück. Die Amerikaner, unter ihnen der Bredow aus Weimarer Tagen bekannte CBS-Präsident William S. Paley, und die von den Amerikanern eingesetzte deutsche Landesregierung, deren oberster Beamter im Wirtschaftsministerium mit Zutun Bredows Kurt Magnus geworden war, bedienten sich seiner Sachkenntnis beim Wiederaufbau des Rundfunks und dessen Rückführung aus der Obhut der Militärregierung in deutsche Hände. Bredow, von dieser Aufgabe weit mehr als von der des Regierungspräsidenten angetan, sah die Chance, dort wiederzubeginnen, wo er 1932/33 notgedrungen aufgehört hatte. Seine ersten schriftlichen Auslassungen über einen neuen demokratischen Rundfunk atmeten noch ganz den Geist von Weimar.

Die in engem Kontakt mit Magnus verfaßten Papiere "Rundfunk als staatliche Einnahmequelle" (November 1945) und "Anregungen zur Schaffung eines 'Volksrundfunks'" (30.12.1945) 38) sahen die wesentliche strukturelle Demokratisierung für den Rundfunk darin, daß die Staatsregierung, die den Rundfunk politisch-kulturell und wirtschaftlich allein kontrollieren sollte, über kurz oder lang durch allgemeine Wahlen legitimiert werden würde. Gleichzeitig vereinnahmte Bredow im Detail organisatorische Ansätze und inhaltliche Zielvorstellungen aus den zwanziger Jahren, die er seinerzeit eher mit Argwohn betrachtet hatte, und kritisierte am Weimarer Rundfunk Entwicklungen, die er selbst eingeleitet und gefördert hatte. So schlug er z.B. einen "Rundfunkrat" vor - vom Ministerpräsidenten berufen - mit Vertretern von Ministerien, Parteien, Kunst, Wissenschaft, Volksbildung und öffentlichem Leben und wies dem Rundfunk als "Zeitspiegel" Aufgaben wie die "Schulung des politischen Denkens" zu. Andererseits erklärte er eindeutig, die Rundfunkgebühr von monatlich 2 Mark sei ab Erreichen der ersten Teilnehmermillion (Ende 1925) zu hoch gewesen und ein erheblicher Teil von ihr daher als "eine Art Kultursteuer" anzusehen.

Bredows und Magnus' Vorstellungen von 1945 entsprachen zwar denen der meisten deutschen, ebenfalls der Weimarer Tradition verbundenen (Medien-)Politiker, wie sich bald herausstellen sollte, und dieser Denkansatz pflanzte sich bis mindestens

37) Im Banne der Ätherwellen. Bd. 2, S. 375 (Kapitelüberschrift). Vgl. a. die Entlassungsurkunde vom 11.8.1945. In: DRA BN.

38) Beide in: DRA BN. Die folgenden Ausführungen stützen sich auf die Materialien des Bredow-Nachlasses und die zusammenfassende Darstellung bei Bausch, Hans: Rundfunkpolitik seit 1945. T. 1. München 1980.

zu Adenauers Fernsehabeuteur Anfang der sechziger Jahre fort, doch vorerst fehlte den Deutschen die Macht, sich gegen die (West-)Alliierten durchzusetzen. Andererseits hatten die Besatzungsmächte im Detail nur recht ungenaue Pläne für einen demokratischen Rundfunk mitgebracht und versuchten nun, in Zusammenarbeit mit deutschen Politikern, Fachleuten und bald von den Besatzungssendern wieder herangezogenen deutschen Rundfunkmitarbeitern Konzeptionen zu entwickeln, die ihren Ansprüchen und den politischen Gegebenheiten Deutschlands gleichermaßen gerecht werden sollten. Gleichwohl empfand mancher deutsche Politiker alles, was von den Amerikanern, Briten oder Franzosen kam und ihm gegen den Strich ging, als "Besatzungsdiktat".

Bredow gelang es angesichts dieser auf Konfrontation angelegten Situation - gestützt auf seine Sachkenntnis, das Ansehen, das er bei Alliierten und Deutschen genoß, eine gewisse Mobilität und vor allem eine gehörige Portion Anpassungsbereitschaft sowie einiges taktische Geschick - sich in eine Mittlerrolle zu drängen. Aus dieser Position heraus nahm er zwischen 1945 und 1949/50 mehr oder minder starken Einfluß auf die nach und nach in Form alliierter Verordnungen oder deutscher Landesgesetze (Staatsverträge) entstehenden Rechtsgrundlagen des bis heute bestehenden öffentlich-rechtlichen Rundfunksystems. Daß er, anders als zu Weimarer Zeiten, über keine eigene Machtbasis verfügte, verschaffte ihm einerseits mehr Flexibilität, reduzierte seine Rolle aber andererseits - allem Ehrgeiz zum Trotz - auf die des sachverständigen, von beiden Seiten konsultierten Beraters, der letztlich nur Machbares vorschlagen, Kompromisse anbieten, nicht eigenen Vorstellungen zum Durchbruch verhelfen konnte.

Beispielhaft hierfür war Bredows Beteiligung am Zustandekommen des Gesetzes über den Hessischen Rundfunk. Obwohl nirgendwo sonst so unmittelbar und intensiv an den Beratungen beteiligt, gelang es ihm hier nicht, einen seiner verschiedenen Modellentwürfe für den hessischen bzw. den Rundfunk der gesamten amerikanischen Zone zur Basis der Beratungen oder gar des schließlich gefundenen Kompromisses zu machen. Obgleich er sich amerikanischen und ab Mitte 1947 auch britischen Vorstellungen zur Organisation eines staatsfernen Rundfunks peu à peu annäherte und - eher aus seiner höchst persönlichen Abneigung gegen Parteipolitik heraus denn aus Einsicht in das Demokratieverständnis der Westalliierten - wider eine übermäßige Beteiligung von Parlamentariern an den Aufsichtsgremien focht, konnte er beispielsweise seinen bekannten, im Herbst 1947 veröffentlichten Strukturplänen für zwei selbständige juristische Personen des öffentlichen Rechts - die Rundfunkanstalt selbst und der Selbstverwaltungskörper Rundfunkrat - nicht zum Erfolg verhelfen. Als Sachverständiger seitens der Landesregierung und im Herbst 1948 seitens des Landesparlaments zu den entscheidenden Beratungen hinzugezogen, durfte er zwar mitberaten, aber nicht mitentscheiden.

Bredows Wahl zum Vorsitzenden des Verwaltungsrats des Hessischen Rundfunks Anfang 1949 - Magnus wurde Vorsitzender des Rundfunkrats - gaukelte eine Kontinuität zwischen Weimarer und Nachkriegsrundfunk vor, die es so nicht gab. Der Nachkriegsrundfunk unterschied sich wesentlich von dem der zwanziger Jahre; und diese Unterschiede - Staatsferne, bewußte Politisierung im Sinne einer Erziehung zur Demokratie, Ausschaltung privater und kommerzieller Einflüsse, Trennung Rundfunk-Post - waren sämtlich nicht auf Bredows Wirken zurückzuführen. Er hatte bestenfalls mit der Autorität des deutschen Experten in einigen Punkten unterstützt, besonders im Fall der Trennung von Rundfunk und Post, was die Amerikaner forderten. Selbst die Parallelen zu Weimar, so die föderale Rundfunkstruktur in der amerikanischen Zone, waren nicht Bredow zu verdanken, sondern den in diesem Punkt übereinstimmenden Interessen deutscher Landespolitiker und von vornherein föderal aufgebauter Militärregierungen. Der Einfluß Bredows auf die Formulierung der Rundfunkgesetze in den übrigen Ländern der amerikanischen Zone war noch geringer als in Hessen, griff überhaupt nur insoweit, als seine Anregungen von den Regierungen weitergereicht, in der ersten Hälfte des Jahres 1946 in den zuständigen Ausschüssen des Länderrats überregional diskutiert oder durch Publikation bekannt wurden. Gleiches gilt für die französische Zone.

In der britischen Zone hingegen erlangte Bredow in der zweiten Hälfte des Jahres 1947 über den persönlichen Kontakt zu dem Chief-Controller des Nordwestdeutschen Rundfunks (NWDR), Hugh Greene, eine gewisse Bedeutung für die Formulierung der Verordnung Nr. 118 39), die den NWDR als erste Rundfunkorganisation in Form einer Anstalt des öffentlichen Rechts zurück in deutsche Hände legte, doch konnte er weder im Verein mit Greene den Einfluß der Parteien auf die Aufsichtsgremien im erwünschten Maße zurückdrängen, noch gegen den Widerstand Greenes die Bildung regionaler Anstalten für Nordrhein-Westfalen einerseits und Norddeutschland andererseits erreichen.

Trotz seines lediglich informellen, keineswegs ausschlaggebenden Einflusses verstand es Bredow - seine ersten Pläne von 1945 kannte kaum jemand -, sich zum Promoter des öffentlich-rechtlichen Rundfunks in der Nachkriegszeit zu stilisieren. In seinen Memoiren behauptete er später sogar, entsprechende Pläne bereits Anfang der dreißiger Jahre erwogen zu haben 40). Diese Selbsteinschätzung verleitete ihn zu einer Selbstüberschätzung, die ihn veranlaßte, von seiner Position als

39) Vgl. hierzu a. Roß, Dieter: Der deutsche Rundfunk - ein "Rundfunk der Alliierten"? In: Rundfunk und Fernsehen. Jg. 27. 1979. H. 2/3. S. 252 ff. Roß zieht in Unkenntnis von Bredows Wirken in der amerikanischen Zone bis 1947 z.T. übertriebene oder falsche Schlußfolgerungen aus seinen allein auf den NWDR bezogenen Quellen.

40) Im Banne der Ätherwellen. Bd. 2, S. 314 f.

Verwaltungsratsvorsitzender des Hessischen Rundfunks aus Versuche zur Erweiterung seiner Einflußsphäre zu starten. Ziel dieser Versuche war vor allem, anknüpfend an im Herbst 1947 erstmals von ihm veröffentlichte Pläne, die Gründung einer Arbeitsgemeinschaft der westdeutschen Rundfunkanstalten, ausgehend und getragen von den Aufsichtsgremien 41).

Die Gründung der Bundesrepublik und das drohende Eingreifen des Bundesgesetzgebers nährten den Gedanken, die in praxi bereits auf vielen Ebenen, so unter den Intendanten, existierende Konsultation und Kooperation der Rundfunkanstalten zu institutionalisieren. Als Bredow jedoch 1949/50 ansetzte, von den Gremien aus über die Köpfe der Intendanten hinweg unter seinem Vorsitz die angestrebte Arbeitsgemeinschaft zu etablieren, erweckte er unliebsame Erinnerungen an die zentralistische, nicht zuletzt mit seiner Person verbundene RRG, mobilisierte dadurch das inzwischen gewachsene föderale Selbstbewußtsein in den einzelnen Anstalten und verärgerte die Intendanten, die den Gesetzen nach die Anstalten zu vertreten hatten (und haben).

Im Gegenzug kam der Vorschlag zur Gründung der ARD und für die erste Satzung von den Intendanten. Intendanten und Gremienvorsitzende berieten ihn am 9./10. Juni 1950 in Bremen. Mit der Zustimmung des letzten Aufsichtsgremiums war die Gründung der Arbeitsgemeinschaft der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten der Bundesrepublik Deutschland am 26. Juli des Jahres vollzogen. Bredows Versuch, noch einmal an die Spitze des deutschen Rundfunks zu treten, war an dem nahezu einmütigen Widerstand einer neuen Generation von Intendanten gescheitert, die nicht mehr seiner Person und der Tradition von Weimar verpflichtet war.

Bredow blieb nur die Resignation. Am 1. Oktober 1951 trat er als Verwaltungsratsvorsitzender des HR zurück und widmete sich in der Folgezeit dem Rundfunk nur noch publizistisch. 1953 beendete er auch seine 1945 aufgenommene Tätigkeit als Aufsichtsratsvorsitzender der Buderuswerke 42). Die 1954/56 veröffentlichten Memoiren "Im Banne der Ätherwellen" trugen noch einmal die Legende vom "Vater des deutschen Rundfunks" in die Öffentlichkeit. Am 9. Januar 1959, im Alter von knapp 80 Jahren, starb Hans Bredow in Wiesbaden.

41) Vgl. hier und im folgenden a. Schmücker, Rainulf: Unabhängigkeit und Einheit. In: ARD-Jahrbuch 69, S. 19 ff. und Bausch, Hans: Zweieinhalb Jahrzehnte Rundfunkpolitik. In: ARD-Jahrbuch 75, S. 19 ff.

42) Vgl. Bredow: Im Banne der Ätherwellen. Bd. 2, S. 402 ff. (Resignation, Neue Industrietätigkeit).

Resümee

Vater des deutschen Rundfunks war Bredow gewiß nicht, denn die Einführung eines modernen Massenmediums in einer Industriegesellschaft stellt sich aus historischer Sicht als Resultat technischer Entwicklungen dar, die von wirtschaftlichen Interessen gefördert auf Anwendung drängen und dabei höchstens gebremst oder beschleunigt und in bestimmte Bahnen gelenkt werden können. Bredows bremsender, fördernder und lenkender Einfluß in der Frühphase des Weimarer Rundfunks sollte nicht verkannt werden; dieser Einfluß relativiert sich allerdings angesichts einer Vielzahl anderer, konkurrierender Einflüsse von staatlicher und privatwirtschaftlicher Seite, und ist selbst auch nur als Ausfluß bestimmter Interessen und Mächte verstehbar, als deren Vertreter Bredow fungierte, an die er gebunden war, die seinen Entscheidungsspielraum bestimmten - auch wenn er sich subjektiv nicht eingeengt fühlte. Bredow, zum Untertanen eines Obrigkeitsstaates erzogen, unter den Bedingungen dieses Staates zum industriellen Topmanager aufgestiegen, als Beamter und Rundfunk-Kommissar ein typischer Technokrat, dem Demokratie ein Fremdwort blieb, entwickelte nie die Originalität und Souveränität, die ihm an manchen Zweigungen des Wegs vielleicht erlaubt hätte, andere Wege zu befürworten.

Bredow war ein Produkt seiner Zeit, des deutschen Kaiserreichs, nahezu unfähig, unter den radikal veränderten politischen Bedingungen der nach den Kriegen etablierten parlamentarischen Demokratien angemessene neue Perspektiven zu entwickeln. Politisch betrachtet eine für die Weimarer Republik symptomatische Fehlbesetzung: Nicht einmal der höchste Repräsentant des Rundfunks in der Demokratie ein Demokrat.

Winfried B. Lerg

HANS BREDOW - SCHWIERIGKEITEN MIT EINEM 100. GEBURTSTAG
Stenogramm für eine publizistische Biographie

Für Historiker ist die Biographie ein Verfahren unter anderen, sein Problem zu erkennen und zu deuten. Dagegen fixieren sich Biographen, Zeitgenossen - aus persönlichen Gründen - und der Jahrestagsjournalismus - aus professioneller Gewohnheit - durchweg ans Individuelle einer historischen Figur. So gelingt - *de mortuis nil nisi bene* - meist die eindrucksvolle Ableitung komplexer geschichtlicher Ereignisse und Entwicklungen im Lebenslauf einer zu diesem Zweck dann mit außergewöhnlichen Qualitäten ausstaffierten und als historisches

Unikat ausgegebenen Persönlichkeit. Die historische Hypothese von der Art: Dieses oder jenes Ereignis wäre auch ohne Zutun dieser oder jener Persönlichkeit geschehen oder unterblieben - ist eine erkenntnistheoretisch legitime Denkübung. Eine solche Aussage sollte vernünftigerweise nicht mit Besserwisserei oder gar mit einem moralischen Verdikt verwechselt, sondern vielmehr als Versuch verstanden werden, sowohl die Person (Individualmoment) als auch ihr Handeln (Sozialmoment) im geschichtlichen Zusammenhang zu erklären. Die hierzu notwendige Unterscheidung ("Kritik") von Individuum und Gesellschaft erlaubt schließlich ein "richtiges" - im Sinne historischer Gerechtigkeit - Urteil, das überhaupt nichts mit dem oft unterstellten, generationsbedingten Vätermord zu tun hat. Hier ist nicht der Ort für ausführliche, epistemologische Erörterungen über die Rolle der Persönlichkeit in der Geschichte. Andererseits wäre der 100. Geburtstag Hans Bredows ein angemessener Anlaß gewesen, Lösungsvorschläge für dieses theoretische Problem aus der Praxis anzusteuern.

Immerhin war zu beobachten, daß einige Gedenkbeiträge einigermaßen den Stand zumindest der rundfunkgeschichtlichen Forschung wiedergaben; die Funkgeschichte wird dagegen noch kaum verstanden. Dabei ist für eine Bredow-Biographie beides unentbehrlich, der funkgeschichtliche und der rundfunkgeschichtliche Hintergrund. In den Zeitungsbeiträgen von Harry Pross (Süddeutsche Zeitung Nr. 271 vom 23.11.1979) und von Friedrich Wilhelm Hymmen (Frankfurter Allgemeine Nr. 275 vom 26.11.1979) wurde die Lebenschronik auf einer mediengeschichtlichen Folie ausgebreitet. Noch stark am konventionellen Bredow-Bild orientiert war Rosemarie Hirschs Beitrag, der in mehreren Blättern erschien (z.B. Wiesbadener Kurier vom 22.11.1979). Die ARD/SFB-Sendung (25.11.1979) von Jürgen Corleis am späten Sonntagabend war sichtlich um eine distanzierte Darstellung bemüht - mit zwei Zeitzeugen, die auch bei hartem Nachfragen nichts zu sagen hatten, und zwei Rundfunkhistorikern, die auch bei gezielten Fragen zuviel zu sagen hatten. Das historische Filmmaterial war ganz traurig. Fachinformationsdienste lieferten biographische Rohdaten; "Kirche und Rundfunk" gab eine Geburtstagsnummer (Nr. 92 vom 24.11.1979) heraus mit Beiträgen von Herbert Antoine, Horst Halefeldt und Winfried Lerg. Beim SFB in Berlin wurde auf den Tag - am 26. November - gefeiert mit den unvermeidlichen Sprüchen und aktuellen Anknüpfungen. Tags darauf - am 27. November - erörterte ein handverlesener Kreis im Hamburger Hans-Bredow-Institut "Strukturfragen des Rundfunks in Geschichte und Gegenwart", wobei natürlich, vor den Toren des NDR, die Strukturfragen der Gegenwart Vorrang hatten. Da mochte und konnte keiner mehr die Frage nach einer wissenschaftlich tragfähigen Bredow-Biographie stellen. Dabei könnte kommunikationsgeschichtlich durchaus eine Linie erkennbar werden, beispielsweise von Bredows rundfunktopographischer Konzeption im Deutschen Reich bis zum Problem der Dreiländeranstalt im Norden der Bundesrepublik, von Bredows ökonomisch und politisch allenfalls als Länderdimension zugeschnittenen Rundfunkeinheit bis zur Unmöglichkeit, sich heute in der Bundesrepublik Rundfunk-

einheiten unterhalb jener Länderdimension auch nur vorstellen zu wollen. Gleichfalls aktuelle Verknüpfung hätte die Frage nach der vielzitierten "Fachkompetenz" Bredows vertragen, eingebettet in die Untersuchung allgemeiner Gründe für die interinstitutionelle Mobilität, wie sie Bredows Lebenslauf zeigt mit seinem Übertritt in den Staatsdienst - wie Walther Rathenau, um ein bekanntes zeitgenössisches Beispiel zu nennen - und mit seinem zweiten Übertritt vom Staatsdienst in die Wirtschaft zurück, allerdings an die Spitze eines staatseigenen Unternehmens - wie Ernst Ludwig Voss, um ein rundfunkgeschichtliches Beispiel zu nennen. Der folgende Beitrag, zuerst erschienen in der o.g. Ausgabe von "Kirche und Rundfunk", stellt den Versuch dar, die ersten Linien einer kommunikationsgeschichtlichen Bredow-Biographie zu skizzieren. Noch fehlen familiengeschichtliche Flankierungen, und der mediengeschichtliche Hintergrund für die Zeit vor 1919 und nach 1945 ist noch undeutlich. Ein erster Argumentationsrahmen sei zur Diskussion gestellt.

+

Verglichen mit dem, was in unseren Tagen Post-Staatssekretäre über den Rundfunk öffentlich äußern und dienstlich entscheiden können, hatte Hans Bredows funk- und rundfunkpolitische Öffentlichkeitsarbeit und seine zeitweise fast unumschränkte Macht als Staatssekretär im Reichspostministerium der ersten deutschen Republik wilhelminisches Gründerzeitformat.

Der 24jährige Hans Carl August Bredow tritt 1903 eine Stelle bei der Allgemeinen Elektrizitäts-Gesellschaft (AEG) an und wird zunächst einmal als Starkstrommonteur zur russischen Niederlassung nach Riga geschickt. Die expandierende Elektroindustrie - heute vielleicht vergleichbar mit der Datenindustrie - hält für den eher kaufmännisch-organisatorisch als technisch-konstruktiv begabten pommerschen Beamtensohn mehr als eine Chance bereit.

Einem Studienfreund, dem Grafen Georg von Arco, verdankt er den Tip, sich für das zukunftssträchtige Gebiet der Telegraphie, das elektrische Fernmeldewesen, zu interessieren. Der zehn Jahre ältere Graf Arco, Wissenschaftler und Entwicklungsingenieur bei der AEG, ist seit Mai 1903 Geschäftsführer einer auf politischen Druck von AEG und Siemens & Halske (S&H) gegründeten gemeinsamen Verwertungsgesellschaft für funktechnische Patente unter der Firma "Gesellschaft für drahtlose Telegraphie mbH", mit der Telegrammanschrift "Telefunken". Der Graf holt seinen jungen Studienfreund im Mai 1904 aus Riga nach Berlin. Für Hans Bredow beginnt eine knapp 15jährige Karriere als Planungsingenieur für Fernmeldeanlagen und Leiter der "Verkehrsabteilung" bei Telefunken. Seine Tätigkeit gewinnt bald alle Merkmale dessen, was man heute mit dem Begriff des Marketing bezeichnet.

Seit 1905 sorgt er für einträgliche Verbindungen zum Heer und zur Marine mit dem Ziel, sie für den Aufbau eines reichsweiten

Militärfunknetzes zu gewinnen; er verhandelt mit den zuständigen Reichsbehörden 1910 über ein interkontinentales Kolonialfunknetz und erreicht noch kurz vor Ausbruch des Ersten Weltkriegs die postalische Versuchsgenehmigung für einen transatlantischen Funkverkehr, der als öffentlicher Dienst für Wirtschaft und Presse gedacht ist.

Publikumswirksam und des kaiserlichen Wohlwollens sicher, setzt Bredows Verkehrsabteilung eine die antibritischen Affekte geschickt nutzende Marktnahme in Gang: Mit dem Schlagwort der "Brechung des Marconi-Monopols" gelingt Telefunken, seit 1911 über eine eigene Tochtergesellschaft, die Ausrüstung deutscher Handelsschiffe mit Bordfunkgeräten ihres technischen Systems; zuvor waren deutsche Schiffe und Küstenfunkstellen mit Geräten nach dem britischen Marconi-System ausgestattet. Das bringt Bredow seine erste staatliche Auszeichnung ein: Er erhält einen der 1401 im Jahre 1911 verliehenen preußischen Roten Adlerorden.

Nach vier Jahren rückt "der Oberingenieur", wie Bredow genannt wird, in die Geschäftsleitung von Telefunken auf. In den Vorständen mehrerer unter seiner Mitwirkung gegründeten Telefunken-Töchter - auch im Ausland - vertritt er die Interessen der Gesellschaft für drahtlose Telegraphie in einem Elektrokonzern, der zu den Schlüsselindustrien des Hochkapitalismus zählt.

Der dem Automobilsport zuneigende Jungmanager lernt rasch die lebenswichtige Kontaktpflege zum kaiserlichen Hof und zu den wichtigen Reichsämtern, den Ministerien, nicht zuletzt zu dem allerdings in Funkfragen immer etwas schwierigen Reichspostamt, wo das "Telegraphenregal", die Fernmeldehoheit, gehütet wird. Unmittelbare Eindrücke von der Funkpolitik des Deutschen Reichs holt er sich als Mitglied der Telefunken-Delegation bei den internationalen Funkkonferenzen 1906 in Berlin und 1912 in London. Hier beobachtet er, wie außenpolitische Sicherheiten ausgehandelt werden zur wirtschaftlichen Ausdehnung des Marktes der deutschen Funkindustrie, zur größeren Ehre des Reichs als weltpolitischer Faktor. Er wird Zeuge der für den Imperialismus charakteristischen Entwicklung von der Volkswirtschaft zur Weltwirtschaft, einer Entwicklung, wie er erkennt, die ohne das neue Medium der drahtlosen Zeichenübermittlung, der Telegraphie, nicht möglich sein würde. Der 30jährige Telefunken-Direktor weiß nun, weshalb er ein Weltfunknetz als wirksame wirtschaftliche Gegenindikation zum britischen Weltkabelnetz anbieten muß. Dabei kann er von der vordergründig "völkerverbindenden" Schauseite internationaler Kommunikation profitieren, die ohne Säbelrasseln außenpolitische Prestigeziele medienwirtschaftlich meist unauffälliger zu erreichen pflegt als jede Kanonenbootpolitik. Die moderne Formel vom Free Flow of Information ist offenbar so alt wie das Weltfunk-Konzept, und dieses entspricht maßgerecht dem Weltmarkt-Konzept.

Im August 1914 meldet sich Hans Bredow freiwillig zum Kriegsdienst wie tausende anderer deutscher Männer seines Alters, seiner Herkunft und seiner gesellschaftlichen Stellung. Gleichwohl ist er in seiner Firma nun nicht auf einmal entbehrlich geworden. Im Gegenteil: Ein uniformierter Direktor erreicht in heroischen Zeiten gewöhnlich mehr als ein Zivilist. Sein unmittelbarer Verhandlungspartner ist zunächst die Generalinspektion für das Militär-Verkehrswesen als oberste Waffenbehörde für das gesamte Nachrichten- und Transportwesen mit ihren Beschaffungskommissionen, besonders der Verkehrstechnischen Prüfungskommission. Die kriegswirtschaftliche Organisation der Entwicklung, Herstellung und der rechtzeitigen Auslieferung von Funkgerät für die Truppe stellt für ihn eine neue Herausforderung dar. Der 1917 zum Leutnant der Landwehr beförderte und mit dem E.K. II ausgezeichnete Offizier ist bei den Versuchssendungen mit drahtloser Telephonie (Sprechfunk) dabei, mit Vorlesungen und Musikdarbietungen aus Unterkünften, die er später gern und oft als Rundfunkvorläufer ausgeben wird. Immerhin besteht der Funk im Ersten Weltkrieg eine erste Bewährungsprobe als taktisches und strategisches Medium.

Die Weltfunkpläne sind auch während des Kriegs noch aktuell. Sie bedürfen allenfalls einer Anpassung an die neuen Umstände und die Wünsche der kommunikationspolitisch nun allein zuständigen Behörde, des Kriegspresseamts. Im Februar 1917 wird die Auslandsnachrichtenstelle des Auswärtigen Amts reorganisiert, um die "Nachrichtenblockade" der Kriegsgegner wirksamer durchbrechen zu können, - und zwar besonders mit dem Medium des Funks. Die Funkstation von Telefunken in Nauen ist nicht beschlagnahmt; sie steht lediglich unter militärischer Aufsicht, denn sie dient der Verbreitung amtlicher Auslandsnachrichten. Für eine ordentliche Nutzung wird eine Betriebsgesellschaft erforderlich. Deshalb gründen AEG und S&H unter Beteiligung der Deutschen Bank und der Dresdner Bank im Januar 1918 die Firma "Drahtloser Übersee-Verkehr AG". Das Reich schließt mit der Gesellschaft über die Nutzung der von Telefunken eingebrachten Station Nauen einen Pachtvertrag bis 1921 ab. Zum Vorstand wird Hans Bredow ernannt. Damit leitet Bredow, der im Herbst 1918 zum Vorsitz der Telefunken-Direktoren bestimmt wird, zum erstenmal eine regelrechte Funkgesellschaft, ein privatrechtlich organisiertes, staatspublizistisches Zweckes dienendes Medienunternehmen zur Verbreitung amtlicher, öffentlicher Nachrichtendienste. Die Dienste sind zwar an bestimmte Empfänger gerichtet, können - und werden - freilich auch von anderen Empfängern systematisch abgehört, besonders bei den Kriegsgegnern, die mit ihren Funkdiensten bisweilen antworten.

Die These, daß die Industrie ein Produkt des Marktes und nicht der Technik sei, findet am Ende des Ersten Weltkriegs eine Bestätigung. Die Funktechnik ist gegen Kriegsende rasch in ihrer Entwicklung vorangekommen. Die militärische und kriegspublizistische Verwendung des neuen Mediums hatte beträchtlich zugenommen. Die Funkindustrie konnte liefern. In der Nachrichtengruppe, bei anderen Waffengattungen des Heeres

und bei der Marine waren ungefähr 20.000 Soldaten zu Funkern ausgebildet worden. Doch die Entlassung der Funkindustrie aus der kriegsbedingten Planwirtschaft zurück in die Wettbewerbswirtschaft bringt sie noch keineswegs an den Markt, sondern mit ihren volks- und weltwirtschaftlichen Hoffnungen an den Rand eines Abgrunds. Die Militärfunker stehen gleichfalls vor dem Nichts. Eine Industrie ohne Markt, doch mit einer hochentwickelten Medientechnik, dazu Medienangestellte ohne Arbeitsplatz, doch mit einer hochspezialisierten Ausbildung: alles in allem eine bilderbuchartige, revolutionäre Situation. Unter diesen Umständen ist der emsige und einfallreiche Funkindustriemanager Hans Bredow gefragt, - nicht so sehr von seiner Firma, sondern - wir sind in Deutschland - vom Staat. Viel wichtiger als die Wiedergewinnung des Markts ist die Rettung der diesen Markt sichernden Hoheitsgewalt, der Fernmeldehoheit der Reichspost.

Beim Soldatenrat einer Berliner Nachrichteneinheit entsteht schon am 9. November 1918 eine "Zentralfunkleitung (ZFL)" mit dem Ziel, das innerdeutsche Funknetz mit den Militärfunkern als postunabhängige Dienstleistungsgenossenschaft zu betreiben. Nach wenigen Wochen wird die ZFL in ein interministerielles Gremium einbezogen, als dessen Leiter Ende Januar 1919 unvermittelt Hans Bredow auftritt. Noch im Dezember 1918 war die Post in ihrer Not an den Telefunken-Direktor herangetreten, nachdem dieser schon in der Berliner Tagespresse gegen die linke ZFL und ihre Pläne eines postunabhängigen "Reichsfunkamts" publizistisch aufgetreten war. Unter seiner maßgeblichen Beteiligung entsteht eine Denkschrift über die Zukunft des Funks, die vom Reichspostamt Mitte Januar 1919 der Regierung, dem Vollzugsrat und bestimmten Ministerien zugeleitet wird.

Nach langen Verhandlungen im Februar und März 1919 gelingt Bredow die Auflösung der ZFL und die Rückerstattung der Funkhoheit an die Post. Mit der Zusicherung der Post, das Medium nicht mehr so stiefmütterlich wie vor dem Krieg zu behandeln und die drahtlose Telegraphie als zukunftssträchtige Alternative zur Kabeltelegraphie auszubauen, akzeptiert Bredow das Angebot, von der Industrie in den Staatsdienst überzuwechseln. Zum 1. März 1919 tritt Bredow als Ministerialdirektor in den Reichsdienst; der Reichspostminister überträgt ihm Aufbau und Leitung der neuen "Abteilung für Funkentelegraphie" im Reichspostministerium (RPM). Die Reichsregierung bestimmt am 9. April 1919 in einem förmlichen Erlaß das RPM zur "Zentralbehörde für das gesamte Funkwesen". Das Funkmonopol des Reichs ist wieder an seinem Platz, und ein industrieerfahrener und staatstreuer Fachbeamter muß sich etwas einfallen lassen. Im August 1919 verleiht ihm die Technische Hochschule Danzig die erste akademische Würde, den Titel eines Dr.-Ing. E.h.

Was vor dem Krieg im Weltmaßstab geplant war, was man während des Krieges als amtliche Funkdienste betrieben hat, die Organisation eines Funknachrichtendienstes, wird nun von Bredow und seiner Abteilung im RPM vorbereitet. Aber weder die

Nachrichtenagenturen noch die Verleger und Journalistenverbände möchten mitspielen. Zwar laufen einige Versuchsprogramme, doch das von Bredow immer wieder vorgeschlagene funkpublizistische Gemeinschaftsunternehmen der Agenturen und Verlage wird nicht gegründet; ein im Hugenberg-Konzern gegründetes Funkbetriebsunternehmen will er nicht lizenzieren lassen.

Mehr Erfolg hat er dagegen im Auswärtigen Amt, das 1920 eine eigene Wirtschaftsnachrichtenagentur vorweisen kann, mit der Bredow schließlich ins Geschäft kommt. Diese "Eildienst GmbH" verbreitet ab Juli 1920 einen telegraphischen "Funkwirtschaftsdienst" und ab September 1922 sogar einen funktelephonischen "Wirtschaftsrundspruchdienst". Hier werden Gebühren bezahlt, und Bredow kann seinem Minister wie der skeptischen Presse zeigen, daß sein Medium, der Funk, nicht nur Geld kosten muß. Zum 1. April 1921 wird er zum technischen Staatssekretär im RPM ernannt, behält aber gleichzeitig die Leitung der Funkabteilung.

Die hoheitsrechtlichen und betrieblichen, die technischen und wirtschaftlichen Erfahrungen, die in Deutschland mit dem Wirtschaftsfunk der Eildienst GmbH gemacht werden, sind wertvolle Voraussetzungen für die nächste Entwicklungsstufe des Funkmediums, für den Rundfunk.

Zweifellos ist der Staatssekretär im RPM sehr genau darüber informiert, was seit 1920 beispielsweise in den Vereinigten Staaten und seit 1922 in Großbritannien geschieht: die Gründung privater Betriebsunternehmen, die mit staatlicher Genehmigung Funkprogramme "An Alle" verbreiten. Nicht anders sieht Bredows Rohentwurf für die deutsche Rundfunkorganisation, für einen "Vergnügungsrundspruch" oder "Unterhaltungs-Rundfunk", im Jahre 1922 aus.

Als 1926 dann die Reinzeichnung der ersten deutschen Rundfunkorganisation vorliegt, wird erkennbar, welche Ziele er erreicht, welche Kompromisse er angesichts der politischen und gesellschaftlichen Wirklichkeit gemacht hat und schließlich, welche publizistischen Geburtsfehler des neuen Funkmediums er wahrscheinlich nicht einmal zu erkennen vermochte:

- Private Betriebsunternehmen, Rundfunkgesellschaften, werden gegründet, aber nicht jedes darf mit einer Genehmigung rechnen, und die Funkindustrie wird zurückgewiesen;
- die staatliche Genehmigung wird den Rundfunkgesellschaften nur gegen Übertragung der Mehrheitsanteile an die Post und die Einbindung in eine mehrheitlich posteigene Holding erteilt;
- die Programme werden nicht in verfassungsgerechter publizistischer Freiheit von den Rundfunkgesellschaften allein verantwortet, sondern sie stehen unter der Aufsicht von zwei Gremien, deren Mitglieder vom Reichsinnenministerium und von den Landesregierungen bestimmt werden;

- die Hörer müssen für den Betrieb von Empfangsgeräten Gebühren zahlen; rund die Hälfte des Gebührenaufkommens behält die Post, die andere Hälfte bekommt der Rundfunk.

Die wirtschaftliche Rundfunkorganisation von 1926 ist Bredows Idee. Das Programm interessiert ihn wenig, solange es nicht zu teuer und "kulturell wertvoll" ist und der Post keinen politischen Ärger bereitet. Bredow setzt seine in der Industrie gelernte Aktivität im Staatsdienst beinahe ungebrochen fort.

Aber als seine Rundfunkorganisation perfekt ist, tut er einen Schritt, den zu jener Zeit zahlreiche seiner Kollegen unter den hohen Reichs- und Landesbeamten gleichfalls unternehmen: Er verläßt im Mai 1926 den Staatsdienst und übernimmt die Leitung eines staatlichen Unternehmens. Bredow wird Verwaltungsratsvorsitzer der Postholding "Reichs-Rundfunk-Gesellschaft mbH. (RRG)", Aufsichtsratsvorsitzer der Berliner Rundfunkgesellschaft "Funk-Stunde AG" und Verwaltungsratsvorsitzer der "Deutsche Welle GmbH" sowie stellvertretender Vorsitz der Aufsichtsräte bei den übrigen Rundfunkgesellschaften im Reich.

Unter den relativ normalen Bedingungen der Rundfunkentwicklung in den folgenden sechs Jahren genügt der gleichwohl noch beträchtliche Einfluß Bredows, um seinen "Stamofunk" in Ordnung zu halten, der Post mehr Gebühren hereinzuholen, die Privataktionäre im Zaum zu halten, die Intendanten an die RRG zu gewöhnen und sogar dieser seiner RRG ganz unauffällig einen direkten Programmzugang zu verschaffen. Hierzu hatte das RPM den Vorsitz des Verwaltungsrats seiner Rundfunkholding mit einem Delegationsvertrag ausgestattet und ihm den gewichtigen Titel eines "Rundfunk-Kommissar des Reichspostministers" verliehen.

Die ersten zaghaften medienpolitischen Auseinandersetzungen und ein wachsendes Interesse am Rundfunk im Reichsinnenministerium gegen Ende der zwanziger Jahre berühren Bredow mit seinem problematischen Politikverständnis und einem entsprechend unausgebildeten Publizistikverständnis überhaupt nicht. Darum darf Bredows Verhalten im Sommer 1932 nicht verwundern, als er fast wort- und tatenlos zusieht, wie eine kräftig zulangende Staatsautorität die von ihm geschaffenen Strukturen beutelt, personelle Säuberungen befiehlt, Programme verkommen läßt und sich das Medium zur Selbstdarstellung herrichtet. Noch bleibt der wirtschaftliche Besitzstand der Post unangetastet, wengleich die letzten Privataktionäre ausbezahlt werden und Bredow einen "Rundfunk-Kommissar des Reichsinnenministers" neben sich hinnehmen muß. Im Preußischen Landtag fordert die NSDAP wiederholt seinen Rücktritt; mit dieser Partei kann und will Bredow also nicht mehr rechnen.

Noch am Nachmittag des 30. Januar 1933 erfährt er von der Bildung des Kabinetts Hitler. Vom gleichen Tag datiert sein Schreiben, mit dem er den Reichspostminister um Entlassung aus seinem Vertrag als Rundfunkkommissar bittet, dem am 15. Februar zum 1. März 1933 stattgegeben wird.

Als er im August gegen die Verhaftung ehemaliger Mitarbeiter öffentlich protestiert, werden ihm seine Bezüge gesperrt, und weil der neue Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda einen Schauprozeß will, um mit dem "System-Rundfunk" der Republik abzurechnen, braucht er auch die Vaterfigur dieses Rundfunks auf der Anklagebank. Mit einem richterlichen Haftbefehl wird Bredow am 25. Oktober 1933 festgenommen und für 15 Monate in das Untersuchungsgefängnis Berlin-Moabit gebracht; beschuldigt wird er der "Verschleuderung von Geldern" als Mitglied der Aufsichtsräte der Rundfunkgesellschaften. Der Rundfunk-Prozeß (November 1934 bis 1935) erweist sich als juristische und politische Seifenblase: Die Strafe für Bredow und die übrigen Angeklagten fällt so aus, daß sie propagandistisch nichts hergibt und im übrigen durch die Untersuchungshaft verbüßt ist. 1937 hebt das Reichsgericht in der Revision das Urteil teilweise auf und ordnet neue Verhandlung der Erstinstanz an; diese stellt allerdings im März 1938 das Verfahren ein.

Hans Bredow lebt seit 1937 in Wiesbaden. Selbständige Wirtschaftstätigkeit und Auslandsreisen sind ihm untersagt. Seit Oktober 1939 erhält er eine Ministerialrats-Pension.

Noch vor der Kapitulation und dem Ende des Zweiten Weltkriegs setzt die amerikanische Militärverwaltung Bredow als Regierungspräsident von Hessen ein; vier Monate, von Mai bis August 1945, nimmt er dieses Amt wahr. Die Industrie holt ihn in ihre Aufsichtsorgane. Die Buderus-Werke in Wetzlar ernennen ihn zu ihrem Aufsichtsratsvorsitzer. Doch energisch schaltet er sich in den Wiederaufbau des Rundfunks ein, besonders in der amerikanischen und in der britischen Besatzungszone. Er schreibt zahlreiche Gutachten und Memoranden und wird häufig um Rat angegangen; doch seine Vorstellungen sind rückwärts gerichtet und am Weimarer Staatsrundfunk orientiert. Durchsetzungsversuche seiner Vorstellungen als Verwaltungsratsvorsitzer des Hessischen Rundfunks Frankfurt seit Januar 1949 scheitern. Der Siebzigjährige beginnt - zwar hochgeehrt -, seine fachlichen und politischen, nicht zuletzt auch seine gesundheitlichen Möglichkeiten zu überschätzen, - wahrscheinlich zum zweiten Mal in seinem Leben. 1951 zieht er sich deshalb verbittert vom Rundfunk zurück. Er schreibt seine Erinnerungen; eher eine ganz auf seine Person zugeschnittene Funkgeschichte als wirkliche Memoiren, die Rechtfertigungsschrift eines nicht ganz schuldlos unpolitischen Medienpolitikers und Rundfunkpublizisten: "Im Banne der Ätherwellen". Hans Bredow stirbt am 9. Januar 1959 in Wiesbaden.

Dieter Roß
RUNDFUNKPOLITIK VOR 1933 UND NACH 1945

Der 100. Geburtstag von Hans Bredow hat in Wissenschaft und Publizistik eine vergleichsweise beachtliche Resonanz gefunden: Hörfunk und Fernsehen brachten Dokumentationen, Zeitungen ausführliche Artikel, Pressedienste Sondernummern, Wissenschaftler schrieben Aufsätze und trafen sich mit Journalisten zu Gedenkveranstaltungen und Symposien. Der historische Anlaß allein vermag so viel Aufmerksamkeit nicht zu erklären, hinzu kamen sicher die allgemeine Sensibilität und die Unsicherheit, die das Thema Rundfunk gegenwärtig umgeben. Lassen sich aus dem Rückblick auf die Geschichte des Rundfunks in Deutschland und eine ihrer zentralen Figuren Lehren ziehen?

Die Fragestellung ist legitim, soweit sie hilft, den Gegenstand der Betrachtung - in diesem Fall Person und Wirken Bredows - in den Zusammenhang allgemeiner historischer Rahmenbedingungen zu stellen und ihn damit einer personalistischen Idolatrie zu entziehen; sie beinhaltet allerdings zugleich die Gefahr, daß ihr Objekt allzu behend heutigen Ansprüchen und Maßstäben unterworfen wird und damit zum bloßen Material aktueller Profilierung dient.

Überblickt man die Perspektiven und Schwerpunkte dessen, was anläßlich Bredows 100. Geburtstag gesagt und geschrieben wurde, so standen eindeutig Bredows Rolle bei der Einführung des Rundfunks in Deutschland und sein Anteil an der Etablierung des Rundfunks in der Weimarer Republik im Vordergrund. Zu Recht, denn in diesen Phasen dominierten jene Erwägungen und Entscheidungen, die sich am ehesten mit der Person Bredows verbinden lassen. Ausdruck dessen war Bredows bis zur Rundfunkreform 1932 beständig wachsender Einfluß. Allerdings bliebe schon hier zu fragen, ob die Entwicklung des Rundfunks in der Weimarer Zeit ohne Bredow einen anderen Verlauf genommen hätte, - überhaupt hätte nehmen können. Die inzwischen weitgehend vollzogene Abkehr von einem "Bredow-zentrischen" Bild der deutschen Rundfunkgeschichte würde eigentlich verlangen, auch jene Schuldzuweisungen zu revidieren, die sich gegenüber dem Weimarer Rundfunksystem aus heutiger Sicht aufdrängen: man kann schwerlich Bredows Anteil an der Weimarer Rundfunkentwicklung einerseits angemessen relativieren, ihn andererseits aber weiterhin als Prügelknaben für (wie uns heute scheint) offenbare Mängel und Fehlentwicklungen jener Zeit benutzen. Wenn Männer - selbst größeren Zuschnitts - nicht "Geschichte machen", können sie auch nicht die eigentliche Ursache historischer Fehlleistungen sein.

Was Bredow betrifft, dürfte unterdessen seine Einbindung in die gedanklichen, gesellschaftlichen und politischen Prämissen seiner Zeit deutlich genug (wenn auch noch nicht in allen Einzelheiten belegt) sein, um objektiv berechnete Kritik nicht allzu persönlich an ihn zu adressieren, sondern auf den

Zeitgeist und das politische Selbstverständnis von damals zu beziehen.

Eine konsequentere Entpersonalisierung der Rundfunkentwicklung während der Weimarer Republik könnte es auch erleichtern, Bredows Rolle bei der Wiederbegründung des Rundfunks nach dem Zweiten Weltkrieg unbefangen und angemessen zu beurteilen. Bredows Nachkriegsvorstellungen zeigen in der Tat gegenüber seiner Weimarer Position auffällige Unterschiede: er begriff den Rundfunk als Eigentum der Gesellschaft, lehnte eine staatliche Rundfunkorganisation ebenso ab wie eine private und plädierte für eine öffentlich-rechtliche; er trat für die Trennung von Post und Rundfunk ein, bestritt Parteien und Staat das Recht, den Rundfunk zu kontrollieren; er forderte dieses Recht für die gesellschaftlichen Gruppen und hielt die Rundfunkfreiheit für ähnlich konstitutiv wie die Freiheit der Presse.

Gewiß ist auch hier zu fragen nach den gesamtpolitischen Rahmenbedingungen, unter denen er dies alles formulierte, und sicher wird man da auf die Denk- und Machtstrukturen der Besatzungszeit stoßen. Nur, mit grundsatzlosem Opportunismus und schierer Geltungssucht werden sich Bredows Vorstellungen und sein Engagement nicht hinreichend erklären lassen. Es kann dahingestellt bleiben, ob Bredow die Zwangspause während des Nationalsozialismus benutzt hat, vorausschauend Grundsätze einer Neuorganisation des Rundfunks förmlich zu entwickeln. Es erscheint aber reichlich naiv, anzunehmen, daß die konkrete Erfahrung des Rundfunks unter dem Nationalsozialismus, der das publizistische Potential dieses Mediums erst entdeckte und zu einer totalen Propagandamaschinerie ausbaute, spurlos an Bredow vorüberging, der zur Weimarer Zeit - teils aus Unwissenheit, teils mit Bedacht - den Rundfunk ausschließlich als Bildungs- und Kulturinstrument begriffen hatte. Um daraus keine Lehren zu ziehen, war Bredow die Rundfunkpolitik wohl zu vertraut.

Die Suche nach einem möglichst homogenen und widerspruchsfreien Bredow-Bild führt vermutlich an der Person Bredows vorbei; sie verleitet leicht dazu, die Kritik an seinem Wirken vor 1933 auf seinen Beitrag nach 1945 auszudehnen. Tatsächlich ist Bredows Rolle in beiden Phasen der deutschen Rundfunkgeschichte nicht denkbar ohne die jeweils verschiedenen gesamtpolitischen Umstände. Womöglich lag das Geheimnis seines Erfolges gerade darin, daß er die vorgegebenen Möglichkeiten und Grenzen sicherer erkannte und pragmatischer umsetzte als andere. Wo sein Pragmatismus endete, zeigte Bredow am 30. Januar 1933.

AUS GEGEBENEM ANLASS...

Wohlverstanden, eine PR-Broschüre ist keine historisch-kritische Quellenedition. Dies gilt auch für "Aus dem Bredow-Nachlaß anlässlich des 100. Geburtstages von Hans Bredow am 26. November 1979", Auswahl und Erläuterungen von Rainer

Kabel, herausgegeben von der Presse- und Informationsstelle des Senders Freies Berlin (Berlin 1979, 34 Seiten). Dennoch hätte ein bißchen geschichtlicher und biographischer Verstand diesem Heft wohl angestanden. Sieben Texte aus dem Bredow-Nachlaß wurden ausgewählt und facsimiliert - schön rostbraun eingefärbt - wiedergegeben. Den Fronttitel ziert ein (undatiertes) Photo: Bredow vor einem Mikrophon; den Rückentitel schmückt die Abbildung von Bredows Bestallungsurkunde zum Direktor im Reichspostministerium vom 25. Februar 1919. Einen beruflichen Lebenslauf von knapp einem halben Jahrhundert mit neun Zeugnissen zu dokumentieren, stellt eine kaum zu lösende Aufgabe dar. Darum soll hier auch eine Diskussion über die getroffene Auswahl ausdrücklich unterbleiben. Jedenfalls wurde ein höchst beliebiger Griff in den Bredow-Nachlaß getan. Nun läßt sich mit editorischen Anmerkungen manchmal doch noch ein gewisser Zusammenhang herstellen und damit die getroffene Wahl halbwegs begründen. Doch bei dem vorliegenden Heft wird das Mosaik durch die knappen und durchweg völlig unzureichenden "Erläuterungen" vollends zum Puzzle-Spiel. Hier eine Spielanleitung:

Dokument 1: "Telephonische Versuche in Amerika" (1913) - Der Text ist schon einmal veröffentlicht worden, und zwar als ungezeichneter Beitrag mit dem Titel: "Der erste funkentelegraphische Erfolg zwischen Deutschland und Amerika" in der "Telefunken-Zeitung" (2. Jg., Nr. 11/April 1913, S. 107 f). Hier wäre eine Bemerkung zu der Tatsache fällig gewesen, daß Bredow diese Hauszeitschrift der "Gesellschaft für drahtlose Telegraphie mbH" im Jahre 1911 gegründet und bis 1919 geleitet hat. Seine altershandschriftliche Bemerkung auf dem Typoskript - vielleicht aus den späten vierziger Jahren - ist sachlich völlig haltlos. Sie hätte Anlaß sein können, auf die der Rundfunkgeschichtsschreibung bekannten Versuche Bredows hinzuweisen, selbst seinen Nachlaß für die Nachwelt zu präparieren.

Dokument 2: "Die Verwirklichung des Rundfunkgedankens" (1924?) - Das einzige Dokument dieser Sammlung, das über weite Strecken für sich selbst spricht, ist wahrscheinlich - schon von Bredow - falsch datiert. Bemerkungen im Text über die Zahl der Sender und der Hörer lassen eher auf 1925 schließen. Das berühmte Volksbildungsargument hätte als Bredows "klassischer" antipolitischer Vorbehalt einer Erläuterung bedurft.

Dokument 3: "Keine Zentralisation" (1931) - Der altershandschriftliche Teil dieses Briefentwurfs hätte einer Erklärung bedurft, daß Bredow noch nach fast zwanzig Jahren an einer Sprachregelung gelegen war, die er und Kurt Magnus seit Mitte 1930 spätestens ausgegeben hatten, daß nämlich die vom Rundfunk-Kommissar und von der Reichs-Rundfunk-Gesellschaft geforderte Programmkonzentration - unter anderem durch die Bildung von "Arbeitsgemeinschaften" mehrerer regionaler Rundfunkgesellschaften - keine "Zentralisation" darstellte. Bredow und Magnus beschworen damals in Rundfunkansprachen und Pressebeiträgen unablässig die Programmautonomie der Rundfunkgesell-

schaften, eine Autonomie, die sie gerade aus wirtschaftlichen Erwägungen begonnen hatten aufzuheben. Die angeführten "Gerüchte" über "eine grundsätzliche Umorganisation des Rundfunks" waren gleichfalls keine bloßen "Kombinationen"; vielmehr gab es im Rundfunkreferat des Reichsinnenministeriums bereits ein entsprechendes Papier, das ein Jahr später dann hervorgeholt werden sollte. Bredow hat also sogar noch die Gratulanten zu seinem 100. Geburtstag an der Nase herumgeführt!

Dokument 4: "Soziale Aufgaben des Rundfunks" (1932) - Der altershandschriftliche Titel dieses Sendemanuskripts, aber auch die herausgeberischen Anmerkungen verleiten zu der Annahme, hier sei allgemein von "sozialen Aufgaben" des Mediums die Rede. Mitnichten, denn es ging dem Rundfunk-Kommissar am 6. Februar 1932 darum darzulegen, was von der Deutschen Reichspost und von den Rundfunkgesellschaften für die Arbeitslosen getan wurde: Tu' Gutes und sprich darüber! Das war zunächst einmal nichts anderes als Öffentlichkeitsarbeit, denn erst am 1. Dezember 1931 waren die seit 1929 bestehenden Bedingungen erweitert worden, unter denen Blinde, Schwerkriegsbeschädigte, Körperbehinderte, in wirtschaftlicher Not befindliche Personen sowie erwerbslose Wohlfahrts- und Krisenunterstützungsempfänger von der Zahlung der Rundfunkgebühren befreit werden konnten.

Dokument 5: "An meine Mitarbeiter im Rundfunk" (1933) - Der hier abgedruckte Brief vom 3. Februar 1933 ist bereits 1957 von E. Kurt Fischer in seine Quellensammlung (Dokumente zur Geschichte des deutschen Rundfunks und Fernsehens. Göttingen 1957) aufgenommen worden. Die Erläuterungen zu diesem Brief sind zwar wortreich, enthalten jedoch keinerlei Zweifel, ob dieses Schreiben jemals abgeschickt worden ist. Denn der Reichspostminister hatte sich, entgegen der Behauptung Bredows im ersten Satz dieses Abschiedsbriefs, Zeit gelassen, den Abberufungsantrag seines Rundfunk-Kommissars zu genehmigen, - fast zwei Wochen lang. Ein zweiter Abschiedsbrief Bredows an seine Mitarbeiter befindet sich ebenfalls im Nachlaß. Er trägt das Datum des 15. Februar 1933, und erst dieses Schreiben dürfte abgeschickt worden sein, denn erst am 15. Februar konnte sich der Reichspostminister entschließen, Bredows Abberufung zu genehmigen. Bredows Brief vom 15. Februar enthält einige persönlich und politisch aufschlußreiche Passagen des ersten Briefs nicht mehr. Der Namenszug unter dem facsimilierten Brief ist offenbar später hinzugefügt worden.

Dokument 6: "Die Rundfunknacht vom 30./31. Januar 1933" (1946) - Der historisch und biographisch völlig belanglose Erinnerungsbeitrag für "Radio Frankfurt" vom Januar 1946 (warum wurde eine entsprechende handschriftliche Angabe Bredows auf dem Original nun auf einmal beim Facsimile weggelassen?) wiederholt die inzwischen längst - seit 25 Jahren - durch die Rundfunkgeschichte widerlegte Hadamovsky-Legende vom Sturm der Nazis auf das Berliner Funkhaus am Abend des 30. Januar 1933. Was also soll der Text in dieser Broschüre?

Dokument 7: "Volksrundfunk statt Regierungsrundfunk" (1946) - Entgegen der Behauptung in den Erläuterungen zu diesem Dokument ist der wiedergegebene Text keineswegs in der "Rhein-Neckar-Zeitung" erschienen, sondern im zweiten Juli-Heft 1946 der von Gerd Hatje herausgegebenen Stuttgarter Rundfunkzeitschrift "Radio-Spiegel". Dagegen druckte die Heidelberger "Rhein-Neckar-Zeitung" (2. Jg., Nr. 77 v. 6.8.1946, S. 2) lediglich einige Passagen aus dem Beitrag nach. Leider unterbleibt eine inhaltliche Erläuterung dieser Bredow-Pläne für den deutschen Nachkriegsrundfunk.

Angesicht dieser heillosen Schrift ist nur zu hoffen, daß der Bredow-Nachlaß im Deutschen Rundfunkarchiv in Frankfurt nicht zum Selbstbedienungsantiquariat verkommt. Übrigens enthält das Heft ein bemühtes Geleitwort des SFB-Intendanten und einen Lebenslauf Hans Bredows.

Winfried B. Lerg

Quellengestützte Rundfunkgeschichte ist in den Universitäten inzwischen in verschiedenen Disziplinen beheimatet. Aus einer im Institut für Publizistik der Universität Münster entstandenen Abschlußarbeit teilt Michael Groth (S.42-50) Daten und Fakten zur Stellung Hans Fritzsches im deutschen Rundfunk während des "Dritten Reiches" mit. In der Sozialwissenschaftlichen Fakultät der Universität Mannheim steht eine Dissertation von Walter Klingler über die Programmgeschichte des deutschen Rundfunks im Zweiten Weltkrieg vor dem Abschluß. Aus dem Umkreis seiner Forschungen steuert Klingler einen Beitrag über die Rolle des Unterhaltungsrundfunks im Kriegswinter 1941/42 bei (S.50-62).

Michael Groth
HANS FRITZSCHE - KARRIERE EINES PUBLIZISTEN

Jede Historiographie, die sich mit nationalsozialistischer Rundfunkpolitik beschäftigt, stößt früher oder später auf den Namen Hans Fritzsche. Der Mann, der zwischen 1933 und 1938 die Gleichschaltung und den Ausbau des staatlichen Rundfunknachrichtendienstes ("Drahtloser Dienst" DD) zu verantworten hatte, erreichte seine größte Popularität bei den Rundfunkhörern, als er sich offiziell mit einem anderen Medium beschäftigte. Als Leiter der Abteilung Inlandspresse (Deutsche Presse/DP) im Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda (RMVP) kommentierte Fritzsche in den ersten Monaten nach Kriegsbeginn im September 1939 in der besten Sendezeit nahezu täglich die Frontereignisse sowie die Propaganda der Alliierten. Die Ansage "Es spricht Hans Fritzsche" garantierte ein Millionenpublikum.

Seine wichtigste Funktion übernahm Fritzsche im November 1942, als Goebbels ihn zum "Beauftragten für die politische Gestaltung des Großdeutschen Rundfunks" sowie zum Leiter der RMVP-Rundfunkabteilung (III) berief und den zweiundvierzigjährigen Ministerialdirektor damit zur zentralen Figur der letzten Jahre des nationalsozialistischen Rundfunks machte. Biographische Arbeiten aus dem Bereich der NS-Propaganda beschränkten sich bisher auf Josef Goebbels. Obwohl der Minister sich gerne mit dem "idealsten Propagandainstrument" Rundfunk schmückte, für Programm und Organisation des Mediums brauchte er Experten wie Fritzsche, die ihre journalistischen Fähigkeiten bereitwillig in den Dienst nationalsozialistischer Politik stellten.

Die Rekonstruktion der Biographie Hans Fritzsches baut weitgehend auf seinen eigenen Aussagen als Angeklagter im Nürnberger Prozeß auf 1). Als Leiter der RMVP-Rundfunkabteilung hinterließ Fritzsche umfangreiches Aktenmaterial, das sowohl eine Einschätzung seiner eigenen Aussagen erlaubt als auch einen Überblick über Arbeitsweise und Bedeutung des deutschen Rundfunks zwischen 1942 und 1945 bietet 2).

1.

Hans Fritzsche wurde am 21. April 1900 in Bochum als Sohn eines preußischen Postbeamten geboren. Die häufigen Versetzungen des Vaters bedeuteten für Fritzsche ständigen Schulwechsel. Fritzsche besuchte Gymnasien in Leipzig und Breslau, bevor er als achtzehnjähriger Unterprimaner die letzten Monate des Ersten Weltkrieges an der Front in Flandern erlebte.

1) Der Prozeß gegen die Hauptkriegsverbrecher vor dem internationalen Militärgerichtshof (IMT), Nürnberg 14.11.1945 - 1.10.1946. Nürnberg 1947, Bd. XXXII, S. 303 ff.

2) Bundesarchiv Koblenz (BA) R 55/535/536/537/556/558/559/561/695/696.

Nach dem Abitur begann er in Greifswald das Studium der Fächer Germanistik, Geschichte und Volkswirtschaft. In der Redaktion einer kleinen Zeitung des Studentenwerkes sammelte er erste journalistische Erfahrungen.

Den jungen Fritzsche hielt es nicht lange in der pommerschen Provinz. Er wechselte an die Berliner Universität. Die Attraktivität der Weltstadt Berlin rückte das Studium bald in das zweite Glied. Als Mitglied der Deutschnationalen Volkspartei (DNVP) geriet Fritzsche bald in das ideologische Umfeld jener zahlreichen nationalen Gruppen, die sich lediglich in der rücksichtslosen Bekämpfung der Demokratie und des Versailler Vertrages einig waren. Eine der Gruppen, die "Jungkonservativen", traf sich täglich im Schutzvereinshaus an der Berliner Motzstraße. Bereits 1919 hatten Arthur Möller van den Bruck und Heinrich von Gleichen hier den "Juniklub" gegründet, der bald zum bedeutendsten antidemokratischen Ideenzentrum der frühen Jahre der Weimarer Republik wurde³⁾. In den hitzigen Debatten an der Motzstraße fiel der junge Fritzsche durch lebhaftige Beteiligung und geschickte Rhetorik auf. Hier knüpfte er Kontakte, die ihm für einige Zeit die Finanzierung seines Lebensunterhaltes sichern sollten; sein Studium hat Fritzsche nie abgeschlossen.

In einer von Mitgliedern des Juniklubs gegründeten "Hochschule für nationale Politik" hielt Fritzsche Vorträge, die interessierte Studenten auf den rechten Kurs bringen sollten. Darüberhinaus knüpfte er Kontakte zu konservativen Publizisten, so zu Walter Schotte, Herausgeber der "Preußischen Jahrbücher". 1923 betraute Schotte den noch unerfahrenen Fritzsche mit der Redaktion der "Wirtschaftspolitischen Blätter", einer Sonderkorrespondenz der "Preußischen Jahrbücher".

Den Pragmatiker Fritzsche zog es jedoch bald in den politischen Tagesjournalismus. Seiner ideologischen Vergangenheit treu bleibend bewarb sich Fritzsche bei der Telegrafien-Union (TU) des deutschnationalen Großindustriellen Alfred Hugenberg. Bis 1932 redigierte er verschiedene Hugenberg'sche Inlands- und Auslandsnachrichtendienste. 1928 begegnete der inzwischen verheiratete Fritzsche dem damaligen Berliner Gauleiter der NSDAP, Dr. Josef Goebbels. Der spätere Propagandaminister hegte Sympathie für Fritzsche, der, für die liberale Berliner Presselandschaft durchaus unüblich, die Nationalsozialisten in seinen Artikeln "freundlich behandelte"⁴⁾. Im Sommer 1932 bot TU-Direktor Otto Meier, Aufsichtsratsmitglied des Rundfunknachrichtendienstes "Drahtloser Dienst", Fritzsche die Leitung der Rundfunknachrichten an. Im September 1932 übernahm Fritzsche die Verantwortung für den "Drahtlosen Dienst".

3) vgl. Kurt Sontheimer, Antidemokratisches Denken in der Weimarer Republik, München 1968, S. 32.

4) IMT, Dokument 3469 PS, S. 307.

2.

Nach der Verstaatlichung des Rundfunks (1932) setzte Fritzsche die von der Papen-Regierung ausgegebene Parole der "nationalen Konzentration" im Rundfunknachrichtendienst durch. Neben der Redaktion der täglichen Nachrichtensendungen übernahm er von seinem Vorgänger Josef Räscher die "Politische Zeitungsschau", eine wöchentliche Zusammenstellung von Pressestimmen. Nach der Machtübernahme Hitlers begann der neue Propagandaminister Goebbels unverzüglich mit der "Gleichschaltung" des Funkmediums. Die Rundfunkreform von 1932 hatte ohnehin schon wesentliche Vorarbeit geleistet. Goebbels brauchte freilich Mitarbeiter, die sowohl politisch "zuverlässig" als auch journalistisch qualifiziert waren. Beides hatte Fritzsche in der Agonie der Republik oft genug bewiesen. Der Propagandaminister hielt den deutschnationalen Nachrichtenfachmann in seiner Stellung. Als feststand, daß der 30. Januar 1933 keinen Einbruch in Fritzsches Karriere bedeutete, trat dieser am 1. Mai 1933 der NSDAP bei (Mitgliedsnummer 2637146). Am gleichen Tage wurde der Drahtlose Dienst aus der Reichsrundfunkgesellschaft (RRG) ausgegliedert und in das RMVP übernommen.

Fritzsche machte nicht nur den Rundfunknachrichtendienst zu einem wirkungsvollen Instrument der NS-Propaganda. Seine Beziehungen halfen auch bei der Zusammenfassung der beiden großen Nachrichtenagenturen WTB und TU zum "Deutschen Nachrichtenbüro" (DNB) sowie bei der Reorganisation kleinerer Agenturen wie Transocean, Europapress und Eildienst G.m.b.H.

Am 20. April 1937 ernannte Goebbels seinen Nachrichtenfachmann, der bis dahin lediglich Angestellter im RMVP war, unter Umgehung der üblichen Beamtenhierarchie zum Oberregierungsrat. 1938 erforderten zunehmende Turbulenzen innerhalb der RMVP-Inlandspresseabteilung einen Journalisten mit Finger-spitzengefühl, der sowohl die sich immer deutlicher abzeichnende Aggressionspolitik Hitlers vor der Öffentlichkeit vertrat als auch das geschwundene Vertrauen der Presse zur Reichsregierung wiederherstellte. Da der Rundfunknachrichtendienst konsolidiert war, wechselte Hans Fritzsche im Juni 1938 zunächst als stellvertretender Leiter zur Abteilung Inlandspresse, bevor er zum Jahreswechsel 1938/39 die volle Verantwortung übernahm. Seit dem 19. Januar 1939 Ministerialrat, machte er die deutschen Zeitungen zu Sprachrohren der Hitlerschen Kriegspolitik. Auf den täglichen Pressekonferenzen der Reichsregierung verlieh er seinen Anweisungen durch gelegentliche "Zusatzinformationen" sowie durch geschickte Rhetorik Nachdruck. Zweifel ließ allerdings auch Fritzsche nie aufkommen: Sollten seine Anweisungen nicht befolgt werden, könne er mit der Presse "auch anders" verfahren 5).

5) vgl. Fritz Säger, *Verborgene Fäden. Erinnerungen und Bemerkungen eines Journalisten*, Bonn 1978. S. 56.

Außerhalb des Propagandaministeriums wurde Hans Fritzsche durch seine inzwischen erweiterte Rundfunksendung, die "Zeitung- und Rundfunkschau", populär. Auf öffentlichen Kundgebungen sprach er die Besucher mit seiner bekannten Grußformel "Meine lieben Hörerinnen und Hörer" an. Für die deutsche Bevölkerung war Fritzsche d e r Rundfunkpublizist, der in seinen Kommentaren polemisch mit den Gegnern des Reiches abrechnete. Bis August 1939 bestand die "Politische Zeitungsschau" aus einer wöchentlichen Zusammenstellung von Pressezitaten. Solange es in sein Konzept paßte, zitierte Fritzsche auch einige Auslandsstimmen. Von September 1939 an lief die "Politische Zeitungsschau" in der besten Sendezeit zwischen 19.45 und 20 Uhr täglich außer sonntags in allen deutschen Programmen. Die Pressestimmen wurden zum Gerüst eigener politischer Kommentare, die Fritzsche weitgehend frei formulierte. Als Informationsquelle nutzte Fritzsche den von ihm in der RMVP-Presseabteilung eingerichteten "Schnelldienst", der offensichtliche Falschmeldungen der alliierten Nachrichtendienste aufnahm und propagandistisch verwertete. Bei den Mitarbeitern der British Broadcasting Corporation (BBC) galt Fritzsche bald als Propagandagegner Nummer 1. Der Erfolg der Antworten der britischen Kommentatoren Sefton Delmer und Lindley Fraser auf Fritzsche wurde zum Indikator der Wirkung britischer Rundfunkpropaganda in Deutschland.

Fritzsches Stärke lag in einer Akzentuierung der Zwischentöne. Dankbar registrierten die Hörer, daß von Parteiparolen wenig zu spüren war. In der Öffentlichkeit war der umständliche Titel "Politische Zeitung- und Rundfunkschau" längst durch die einprägsame Formel "Es spricht Hans Fritzsche" ersetzt worden. Für seine Sendung erhielt Fritzsche eine monatliche Pauschale von 750 Reichsmark. Gemeinsam mit seinem Beamtengehalt (1.500 RM) und den Honoraren für Artikel in Zeitungen und Zeitschriften (450 RM) ergab dies ein Monatseinkommen von 2.700 RM 6). Am 23. August 1940 zum Ministerialdirigenten ernannt, verband er seine "Nebentätigkeit" beim Rundfunk mit zahlreichen Dienstreisen. Von den Frontabschnitten in Norwegen und Westeuropa teilte der Kommentator den Hörern seine Eindrücke in "Erlebnisberichten" mit.

Nach Hitlers ersten Mißerfolgen wurden auch die Fritzsche-Hörer kritischer. Anfang 1942 verfügte Fritzsche nur noch über zwei Sendetermine pro Woche. Darüberhinaus verschärften sich im Bereich der Presselenkung die Gegensätze zwischen dem Duo Goebbels/Fritzsche und dem Exponenten des Parteiflügels, Reichspresseschef Dr. Otto Dietrich. Da der Propagandaminister ohnehin jeden RMVP-Mitarbeiter im Rotationsverfahren eine Zeitlang an der Front wissen wollte, zog Fritzsche aus der für ihn ungünstigen Berliner Situation die Konsequenz und traf rechtzeitig zum Beginn der deutschen Sommeroffensive im April 1942 bei einer Propagandakompagnie

6) vgl. IMT 3469 PS, S. 326.

der 389. Infanteriedivision an der Ostfront ein. Am 17. April 1942 widmete Sefton Delmer seinem Gegenspieler folgenden "Nachruf": "Da nun Fritzsche seine Uniform und seine Stiefel schon hatte und Goebbels ohnehin wegen der Mätzchen seines Schülers in höheren Stellen Schwierigkeiten gehabt hatte, war er eben bereit, ohne großen Hokuspokus Deutschlands mikrofonalste Stimme fallen zu lassen." 7)

3.

Nach der Reform vom Mai 1942 setzte Goebbels im Sommer jenes Jahres auch innerhalb der RMVP-Rundfunkabteilung eine Abkehr vom bislang praktizierten "rosaroten amtlichen Optimismus" 8) durch. Da qualifizierte Journalisten, die die neue Richtung in den Spitzenpositionen des RMVP zur Zufriedenheit von Goebbels vertreten konnten, in Berlin rar waren, traf Fritzsches Wunsch, sich im September 1942 rechtzeitig aus dem Kessel von Stalingrad abzusetzen und in die Heimat zurückzukehren, beim Propagandaminister auf offene Ohren. Ob Fritzsche wußte, welche Möglichkeiten sich ihm im Oktober/November 1942 in Berlin boten, ob er sich lediglich aus der Hölle von Stalingrad retten wollte oder ob Goebbels ihn sogar anforderte, ist ungewiß. Fest steht, daß Fritzsche am 4. November 1942 als "Beauftragter für die politische Gestaltung des Großdeutschen Rundfunks" die Leitung der RMVP-Rundfunkabteilung (III) übernahm.

Obwohl damit der nach Goebbels mächtigste Mann im deutschen Rundfunk, schränkte er seine Auftritte vor dem Mikrofon stark ein. Von Ausnahmen abgesehen wurde die "Politische Zeitungs- und Rundfunkschau" regelmäßig nur noch samstags gesendet. Der neue "Beauftragte" des Propagandaministers war für "die Leitung aller nicht zum Unterhaltungsprogramm gehörenden Sendungen, vor allem der Nachrichten und Kommentare, die für die Heimat, die besetzten Gebiete und die Front bestimmt sind", verantwortlich 9). Damit war aber sein Ehrgeiz, wie Fritzsche 1946 vor dem Nürnberger IMT feststellte, noch nicht befriedigt: "Auf dem Rundfunkgebiet ... wurde ich in immer stärkerem Maße zur einzigen Autorität (neben Goebbels, d.V.) und beseitigte eine der für meine Vorgänger störende(n) Nebenregierungen nach der anderen." 10) Nach seiner Ernennung zum Ministerialdirektor am 29. November 1942 verdiente Fritzsche monatlich 3.000 RM 11).

Durch geschickte Programm- und Personalpolitik vergrößerte Fritzsche ständig seinen Machtbereich im RMVP: Im Frühjahr 1943 übertrug ihm Goebbels die Überwachung der RRG-Auslands-

7) BA R 55/527 (71 f.).

8) Hildegard Springer (Hrsg.), Hier spricht Hans Fritzsche, Zürich 1948, S. 220.

9) zitiert nach Klaus Scheel, Krieg über Ätherwellen. NS-Rundfunk und Monopole 1933-1945, Berlin 1970, S. 295.

10) IMT 3469 PS, S. 324.

11) vgl. IMT 3469 PS, S. 328.

direktion. Am 13. Mai 1943 übernahm Fritzsche den Vorsitz der gemeinsam vom RMVP und vom Auswärtigen Amt (AA) gegründeten Gesellschaft "Interradio". Im Laufe des Jahres 1944 gelang es ihm, die lästigen Konkurrenten der AA-Rundfunkabteilung im Bereich der Auslandspropaganda weitgehend auszuschalten. Im Frühjahr 1944 fiel schließlich auch die Leitung des Unterhaltungsprogrammes offiziell in den Verantwortungsbereich des Rundfunkchefs.

Nicht durchsetzen konnte sich Fritzsche dagegen in der NSDAP-Parteihierarchie. Obwohl vorsorglich mit dem Amt eines Standartenführers im "Nationalsozialistischen Kraftfahrerkorps" (NSKK) versehen, blieben dem deutschnationalen "Sympathisanten" höhere Parteiweihen verwehrt, Grund genug, um sich enger an Goebbels anzuschließen, der selbst häufig Auseinandersetzungen mit Parteistellen auszufechten hatte. War Goebbels einmal nicht in Berlin, leitete Fritzsche die Ministerkonferenz im Propagandaministerium. Trotz der angespannten Lage in Berlin reiste Fritzsche noch im April 1944 nach Schweden und versuchte, durch Vorträge und Diskussionen Sympathien für das nationalsozialistische Deutschland zu gewinnen.

Als Fritzsches Machtausdehnung ihrem Höhepunkt zustrebte, war der Krieg längst verloren. Der Abteilungsleiter festigte seine Position im zerfallenden Reich durch Beweise politischer Zuverlässigkeit. Am 20. Juli 1944 rief er ein SS-Kommando ins Berliner Funkhaus, um die Besetzung durch eine von den Verschwörern benachrichtigte Einheit der Infanterieschule Döberitz zu verhindern 12). An der sich ständig verschlechternden Frontsituation änderte freilich auch die Unterdrückung des Aufstandes vom 20. Juli nichts. Bis April 1945 kämpfte Fritzsche um Uk-Stellungen der Rundfunkmitarbeiter. Als jedoch die meisten Funkhäuser und Sendeanlagen in Schutt und Asche lagen, konnte auch in Berlin das Programm nicht aufrechterhalten werden. Am 21. April 1945 sprach Fritzsche seinen letzten politischen Kommentar. Nachdem der Reichssender Hamburg am Abend des 1. Mai den "Heldentod" Hitlers gemeldet hatte, ließ Fritzsche kurz nach 23 Uhr im Berliner Funkhaus den Sendebetrieb einstellen 13). Am 2. Mai 1945 geriet er in sowjetische Gefangenschaft.

Während er im Moskauer Lubjanka-Gefängnis auf seinen Prozeß wartete, legte sich Fritzsche die Rolle des "mißbrauchten Opfers" zurecht. Vor dem Internationalen Gerichtshof in Nürnberg, der nach Goebbels' Selbstmord und dem erfolgreichen

12) vgl. Peter Hoffmann, Widerstand. Staatsstreich. Attentat. Der Kampf der Opposition gegen Hitler, Frankfurt/M. u.a. 2 1970, S. 855/Anmerkung 369.

13) vgl. Willi A. Boelcke, Die Macht des Radios. Weltpolitik und Auslandsrundfunk 1924-1976, Frankfurt/M. u.a. 1977, S. 519.

Untertauchen Dietrichs in Fritzsche den Hauptverantwortlichen der NS-Propaganda sah, blieb der ehemalige Rundfunkchef dabei, über die "Ziele der deutschen Politik getäuscht" und von Hitler und Goebbels "mißbraucht" worden zu sein 14). Über den tatsächlichen Informationsstand Fritzsches äußerte sich der Journalist Fritz Säger, der trotz seiner oppositionellen Haltung gegenüber den Nationalsozialisten kein schlechtes Verhältnis zum ehemaligen Leiter der Inlandspresseabteilung hatte, mit der Feststellung, dieser habe "alles oder fast alles gewußt und war intelligent genug, es nicht glauben zu müssen oder zu können" 15)

Die Nürnberger Richter freilich überzeugte Fritzsches Verteidigungsstrategie. Durch Mehrheitsurteil (die sowjetischen Richter forderten eine Bestrafung) wurde er am 1. Oktober 1946 freigesprochen. Unmittelbar nach seinem Freispruch erhielt Fritzsche eine Anklage der (deutschen) 1. Nürnberger Spruchkammer. Obwohl er auch in der Spruchkammerverhandlung dabei blieb, "ein irregeleiteter idealistischer Unschuldsknabe gewesen zu sein, der nichts ... von den Schändlichkeiten des Regimes, dem er so begeistert seine Stimme verlieh, gewußt habe" 16), fielen die Richter diesmal nicht auf seine geschickte Rhetorik herein. Nachdem er in der Berufungsverhandlung ebenfalls unterlegen war, mußte sich Fritzsche auf neun Jahre Arbeitslager, Berufsverbot sowie den Verlust aller Pensionsansprüche einstellen.

Wie viele andere in NS-Prozessen Verurteilten verbüßte auch Fritzsche nur einen geringen Teil seiner Strafe. Am 25. September 1950 wurde er nach drei Jahren aus dem Internierungslager Eichstätt entlassen. Nach erfolglosen politischen Startversuchen fand er eine Stellung in der Werbeabteilung der Kölner Dependance des Pariser Kosmetikunternehmens Bandecroux. Lange konnte der ehemalige Ministerialdirektor seine Freiheit allerdings nicht genießen. Innerhalb weniger Tage wurde aus dem gesunden Fritzsche ein todkranker Mann. Die Diagnose der Ärzte: Krebs. Eine Operation kam zu spät. Am 27. September 1953 starb er im Alter von 53 Jahren in einem Kölner Krankenhaus.

4.

Das Beispiel Hans Fritzsches war in seiner Entwicklung zwischen 1924 und 1945 in Deutschland kein Einzelfall. Die Karriere des Publizisten läßt sich auf einen großen Teil der um die Jahrhundertwende geborenen Generation übertragen. Der

14) vgl. IMT, Bd. XVII, S. 152 ff.

15) Brief von Fritz Säger an den Verfasser (9.10.1978).

16) so der Gerichtsreporter Walter Kolbenhoff in seinem Artikel: Papen, Fritzsche verantworten sich, in: Die Neue Zeitung, München v. 31.1.1947.

verlorene Weltkrieg und der anschließende Versailler Vertrag waren eine Belastung, der die junge Republik wenig entgegenzusetzen wußte. Von der im Kaiserreich erzogenen und durch das "Fronterlebnis" geprägten Generation Fritzsches war wenig Demokratieverständnis zu erwarten. In Berlin fanden junge Intellektuelle in Diskussionen über völkischen Mystizismus und "sozialistischen Nationalismus" bald eine gemeinsame Basis: den Kampf gegen die Republik. Das Weimarer Mediensystem bot einigen von ihnen sowohl wirtschaftliches Auskommen als auch eine politische Plattform.

Hans Fritzsche nutzte diese Gelegenheit. Als Nachrichtenredakteur der TU profilierte sich der begabte Journalist vor jenen Gruppierungen, in deren Hände er die Zukunft des Reiches gelegt wissen wollte. Der Deutschnationale, der dem Nationalsozialismus nicht ohne Sympathie gegenüberstand, rückte 1932 für die Regierung Papen als Leiter des verstaatlichten Rundfunknachrichtendienstes in eine publizistische Schlüsselstellung. Fritzsche ging es weniger um parteipolitische Aktivität als um die Entfaltung seiner journalistischen Talente. Als Publizist diente er Hitler ebenso bereitwillig wie Hugenberg.

Goebbels war 1933 beim Aufbau seines staatlichen Propagandaapparates auf Mitarbeiter wie Fritzsche angewiesen. Der totalitäre Anspruch auf die deutschen Medien, den der Propagandaminister erhob, konnte mit nationalsozialistischen Parolen nicht hinreichend erfüllt werden. Goebbels bot dem parteilosen Fritzsche im Propagandaministerium eine Erweiterung seines Machtbereiches. Der Eintritt in die NSDAP bedeutete sowohl die Anerkennung vollzogener Tatsachen als auch die Voraussetzung einer Fortsetzung seiner Karriere im Dritten Reich.

Die Assimilation war schnell vollzogen. Die Unterschiede zwischen Fritzsches Publizistik und den Äußerungen führender NS-Propagandisten hatten vor allem formalen Charakter. Goebbels brauchte einen Publizisten, der seine Propaganda durch differenzierte Darstellung wirkungsvoll vertreten konnte. 1938 hatte das Verhältnis zwischen Goebbels und der Presse einen Tiefpunkt erreicht, zudem tauchte mit Dietrich ein gefährlicher Konkurrent des Ministers auf. Obgleich die Richtlinien weiterhin von Goebbels oder Dietrich ausgegeben wurden, erreichte erst Fritzsche als Leiter der Inlandspresseabteilung im RMVP durch geschickte Informationsdosierung die gewünschte Wirkung der Propaganda auf die Zeitungen.

Fritzsches Position als Rundfunkchef reichte über die Vermittlungsfunktion, die er zwischen 1938 und 1942 ausübte, hinaus. Die Beanspruchung des Propagandaministers auf anderen Gebieten gewährte Fritzsche einen gewissen Freiraum in der Organisation des Rundfunks. Fritzsche nutzte diesen Raum zur Ausschaltung von Konkurrenten inner- und außerhalb seiner Abteilung. Das Streben nach Machtausdehnung unter dem Vorwand publizistischer Effektivität kennzeichnete Fritzsches Position im Dritten Reich. Mit seiner Ernennung zum Rundfunk-

leiter verschwanden letzte Ansätze zur Kritik an der NS-Ideologie. Als der Krieg nicht mehr zu gewinnen war, verkündete der Publizist in einem Rundfunkkommentar am 27. November 1943: "Wir haben ... eine Idee ..., die auch unter Trümmern noch lebt und die auch aus dem ärgsten Schutthaufen wieder erstehen wird." 17) Dennoch war Fritzsche kein überzeugter Nationalsozialist. Er begriff jedoch, daß es für eine ähnliche Karriere in einem anderen System zu spät war.

Hans Fritzsche war der "Angestellte", ohne den das Unternehmen RMVP - zumindest in Krisensituationen - nicht funktionierte. Als Publizist hätte er jedem System gedient, solange seinem Ehrgeiz durch eine Machtposition und seiner Eitelkeit durch die Möglichkeit, sein Publikum über ein Massenmedium zu erreichen, entsprochen worden wäre.

Walter Klingler

DIE ROLLE DES UNTERHALTUNGSRUNDFUNKS IM KRIEGSWINTER 1941/42
Zur Vorgeschichte der Umorganisation in der Rundfunkführung
im Februar 1942

Seit der Machtübernahme der Nationalsozialisten 1933 hatte die NS-Propaganda, in engem Zusammenspiel mit Gewalt und Unterdrückung 1), zwei Ziele verfolgt: die Stabilisierung der NS-Herrschaft 2) und die Vorbereitung der Deutschen auf einen neuen Krieg 3). Während die Absicherung des Systems weitgehend gelang, scheiterte die "geistige Mobilmachung" fast gänzlich; eine "Aufbruchstimmung" wie 1914 kam nicht zustande 4). Hitler sah allerdings keine Notwendigkeit zu einer Veränderung seiner Innenpolitik noch zu einem Verzicht auf die Fortführung seiner expansionistischen Pläne.

Vor dem Angriff auf die Sowjetunion im Juni 1941 hatte für das "Dritte Reich" dank der schnellen militärischen Erfolge keine direkte Existenzbedrohung bestanden. Die Verschlechterung der Stimmung in der Bevölkerung im zweiten Kriegswinter

17) BA R 55/525 (188).

1) Vgl. Ernst Kris und Hans Speier, German Radio Propaganda. Report on Home Broadcasts during the War. London, New York, Toronto 1944, S. 3 ff.

2) Vgl. Helmut Heiber, Joseph Goebbels, München 2. Aufl. 1974, S. 125 ff.

3) Vgl. Jutta Sywottek, Mobilmachung für den totalen Krieg. Die propagandistische Vorbereitung der deutschen Bevölkerung auf den Zweiten Weltkrieg, Opladen 1976 (= Studien zur modernen Geschichte, Bd. 18).

4) Vgl. Sywottek, Mobilmachung, S. 238 f.

1940/41, als klar wurde, daß keine Entscheidung im Kampf gegen England absehbar war, änderte daran nichts 5). Während die Bevölkerung während des Frühjahrs und des Sommers der militärischen und politischen Entwicklung uneinheitlich gegenüberstand 6), veränderte sich die Situation nach Beginn des Ostfeldzuges. Bereits nach zwei Monaten war erkennbar, daß mit einer raschen Entscheidung nicht zu rechnen, der "Blitzkrieg" gescheitert war 7). Die physische und psychische Anspannung an der Front und in der Heimat führte zu einer schnellen Verschlechterung der Stimmung.

Die Monate August und September 1941 brachten die ersten Anzeichen einer veränderten Stimmungslage in der Bevölkerung 8). Eine "gewisse Beklemmung" zeichnete sich angesichts des bevorstehenden dritten Kriegsjahres ab. Die Selbstsicherheit, die bis dahin vorgeherrscht hatte, begann abzubröckeln 9). Zum ersten Mal seit Kriegsbeginn kamen von der Front Briefe, deren Inhalte Besorgnis in der Heimat hervorriefen 10). Allmählich begann man zu begreifen, daß es sich bei dem Krieg im Osten nicht um einen weiteren "Blitzkrieg" handelte 11),

5) Vgl. Wolfgang Domarus, Nationalsozialismus, Krieg und Bevölkerung. Untersuchungen zur Lage, Volksstimmung und Struktur in Augsburg während des Dritten Reiches, München 1977, (= Miscellanea Bavarica Monacensia, Heft 71), S. 123 f.

6) Vgl. Marlis G. Steinert, Hitlers Krieg und die Deutschen. Stimmung und Haltung der deutschen Bevölkerung im Zweiten Weltkrieg, Düsseldorf-Wien 1970, S. 110 ff.

7) Vgl. Lothar Gruchmann, Der Zweite Weltkrieg. Kriegsführung und Politik, München 5. Aufl. 1978 (= dtv-Weltgeschichte), S. 125 f.

8) Zum Problem des Begriffs "Stimmung" im NS-Staat vgl. Steinert, Hitlers Krieg, S. 17 ff. Steinert schreibt den SD-Berichten, ausgewertet zusammen mit anderen Berichten, die in diesem Artikel nur als Vergleichsmaterial herangezogen wurden, "einen erstaunlich hohen Aussagewert" zu, der "bei kritischer Abwägung wohl weitgehend eine objektive repräsentative Aussage" ermöglicht (S. 45). Die Übereinstimmung der Aussagen der SD-Berichte mit den der anderen verwendeten Quellen bestätigt diese Feststellung. Ein zweiter Punkt sei noch angemerkt, der die SD-Berichte weiter aufwertet. Sie bildeten einen Teil des Materials, das bei den Goebbelschen Entscheidungen zugrunde lag und vermitteln deswegen ebenfalls einen Eindruck in die Wahrnehmung der Geschehnisse durch Goebbels.

9) Vgl. die SD-Berichte Nr. 213 u. 217, in: Meldungen aus dem Reich, Hrsg. von Heinz Boberach, Neuwied-Berlin 1965, S. 170 ff.

10) Vgl. Steinert, Hitlers Krieg, S. 227 f.

11) Goebbels selbst hatte zunächst nur mit einer achtwöchigen Dauer gerechnet. Vgl. Wollt Ihr den totalen Krieg? Die geheimen Goebbels-Konferenzen 1939-1943. Hrsg. und ausgewählt von Willi A. Boelcke, Stuttgart 1967, S. 182.

wie die Propaganda zunächst verbreitet hatte 12), sondern um einen Kampf um "Sein oder Nichtsein" 13). Die Ankündigung Hitlers und fünf Tage später des Reichspressechefs Dietrich 14), die Entscheidung im Osten sei gefallen, fand nur kurze Zeit gläubige Aufnahme 15). Der Wunsch nach Frieden 16) und Zweifel an der offiziellen Darstellung der militärischen Situation im Osten führten zu einer weiteren Verschlechterung der Stimmung bei der Zivilbevölkerung und bei der Truppe 17). Im Propagandaministerium einlaufende Berichte ließen sogar ein weiteres Absinken für die Wintermonate erwarten 18). Im Propagandaplan des Leiters der Abteilung Propaganda im Propagandaministerium für den Winter 1941/42 wurde ausdrücklich davor gewarnt, daß der nächste Winter "weitere Kreise" in ihrer Stimmung belasten würde, dies vor allem, da sich nur "Belastungen", "Einschränkungen" und "Opfer" in der Zukunft abzeichneten, aber kein Frieden 19). Darüber hinaus mußte die NS-Führung eine weitere bedrohliche Erscheinung registrieren: zwischen April und September, so meldeten verschiedene Stimmungsberichte, habe sich die Zahl der Hörer ausländischer Sender stark erhöht 20). Damit drohte aber das Informationsmonopol, das man von Kriegsbeginn an zu erreichen suchte 21), noch weiter durchlöchert zu werden als bisher 22).

12) Vgl. Ernest K. Bramsted, Goebbels und die nationalsozialistische Propaganda, Frankfurt/M. 1971, S. 336 ff.

13) So ein SD-Bericht aus Leipzig vom 1.9.1941, HStA Stuttgart, K 750/48, zitiert nach Steinert, Hitlers Krieg, S. 230.

14) Hitler hatte am 3. Oktober verkündet, die Entscheidung im Osten sei gefallen; Dietrich zog am 8. auf Weisung Hitlers nach.

15) Vgl. zum folgenden die Meldungen Nr. 228 ff., Bundesarchiv (BArch) R 58/165-167.

16) Vgl. Bernhard Zittel, Die Volksstimmung im Dritten Reich, aufgezeichnet an den Geheimberichten des Regierungspräsidenten von Niederrhein-Oberpfalz, S. 128 f., in: Verhandlungen des Historischen Vereins für Niederbayern, 98. Band, Landshut 1972, S. 86 ff.

17) Vgl. Steinert, Hitlers Krieg, S. 230.

18) Vgl. SD-Leitabschnitt München, Innenpolitischer Lagebericht vom 17.11.1941, BArch R 58/1087.

19) Leiter Pro, Propagandaministerium, Propagandaplan für den Kriegswinter 1941/42, BArch NS 18/242.

20) Dieses Bild ergibt sich zum Beispiel aus den Berichten der Generalstaatsanwälte, vgl. Franz Dröge, Der zerredete Widerstand. Zur Soziologie und Publizistik des Gerüchts im 2. Weltkrieg, Düsseldorf 1970, S. 156 f.

21) Im Bereich des Rundfunks durch die "Verordnung über außerordentliche Rundfunkmaßnahmen" vom 1.9.1939, die das Abhören nicht genehmigter Sender unter drastische Strafen stellte. Vgl. Roland Freisler, Der strafrechtliche Schutz der inneren Front, in: Rundfunkarchiv, August 1941, Heft 8, S. 303-323.

22) Zum Abhören ausländischer Sender vgl. u.a. Klaus-Dieter Schröder, Die Propaganda der UdSSR, Großbritanniens und der USA während des Zweiten Weltkrieges in Deutschland und an den deutschen Fronten, Halle (Diss.) 1968.

Goebbels registrierte als zuständiger Minister diese Entwicklungen mit großer Aufmerksamkeit. Das Gegenmittel sah er in der Unterhaltung und Entspannung der Soldaten und Zivilisten; die "gute Laune" wurde "kriegswichtig" 23), die Unterhaltung bekam "staatspolitisch ... besonderen Wert" 24). Das Medium, das ihm für diese Maßnahme insbesondere zur Verfügung stand, war der Rundfunk. Hier herrschte er fast uneingeschränkt; in der Presse dagegen hatte er ständige Querelen mit Dietrich auszutragen 25). Gleichzeitig verfügte der Rundfunk über die nötige Programmflexibilität, die zum Beispiel beim Film nicht erreicht werden konnte 26).

Die Grundkonzeption für die neue Rundfunkprogrammgestaltung hatte er bereits im Juni 1941, bei der Einführung des Sommerprogramms des Großdeutschen Rundfunks, fixiert. Auf sie brauchte man nun nur zurückzugreifen. Dort hatte Goebbels die besondere Bedeutung des unterhaltenden Rundfunks für Front und Heimat hervorgehoben 27). Dies bedeutete gleichzeitig die Priorität des leichten Programms, da die meiste Zeit des Tages nur noch ein Einheitsprogramm für die Versorgung des Reichsgebiets zur Verfügung stand.

Bereits am 26. September 1941 wurden den Sendeanstalten von der Reichssendeleitung, der für die Programme zuständigen

23) So Goebbels in einem Zeitungsartikel "Der treue Helfer" in: Das Archiv, März 1942, S. 1093 ff.

24) Goebbels am 12.10.1941, zitiert nach Francis Courtade u. Pierre Cadars, Geschichte des Films im Dritten Reich, München 1977, S. 222.

25) Vgl. Jay W. Baird, The Mythical World of Nazi War Propaganda, 1939-1945, Minneapolis 1974, S. 30.

26) Die Rundfunkpolitik zwischen August/September 1941 und den Reformen im Februar 1942 hat bisher in der Literatur keinen gebührenden Niederschlag gefunden. Wolfgang Schütte (Regionalität und Föderalismus im Rundfunk. Die geschichtliche Entwicklung in Deutschland 1923-1945, Frankfurt/M. 1971) erwähnt nur den Ausgangs- und den Endpunkt dieser Entwicklung: Zunehmende Kriegsdauer und Umorganisation im Februar 1942. In anderen Darstellungen findet man kaum ergänzende Angaben. Weiter helfen zwei Darstellungen über die NS-Propaganda allgemein: Willi A. Boelcke, Kriegspropaganda 1939-1941. Geheime Ministerkonferenzen im Reichspropagandaministerium, Stuttgart 1966, und Elke Fröhlich, Die kulturpolitische Pressekongresskonferenz des Reichspropagandaministeriums, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, 1974, Heft 4, S. 347-381. Aber auch diese bieten nur ergänzende Informationen. Der Schwerpunkt lag deshalb bei der Auswertung der Aktenbestände des Bundesarchivs in Koblenz.

27) Vgl. Goebbels, "Der Rundfunk im Kriege", in: Das Reich, 15.6.1941.

Direktion der Reichsrundfunkgesellschaft, neue Programmrichtlinien übermittelt, die eine erhebliche Auflockerung der Abendprogramme bringen sollten. Im Einzelnen war vorgesehen, die Programme, die bisher zu "gleichförmig und langweilig" waren, sofort "sehr bunt und sehr volkstümlich" zu gestalten 28). Auch die Arbeitstagung der für die Musik zuständigen Abteilungsleiter beim Rundfunk am 2./3. Oktober 1941 29) stand unter dem Goebbelschen Motto. Reichsintendant Glasmeier 30) berief sich bei seiner Eröffnungsrede auf die Ausführungen von Goebbels, die sich auch im weiteren als konzeptioneller Faden durch die gesamte Tagung zogen. Ziel der leichteren Unterhaltungsmusik, so wurde formuliert, war die Verbesserung der Stimmung, die Ablenkung vom grauen Alltag, um, so darf man vermuten, diejenigen Hörer für den Großdeutschen Rundfunk zurückzugewinnen, die sich bei der Suche nach einem besseren Unterhaltungsprogramm zur BBC "verirrt" hatten. Um dies zu erreichen, wurde das zur Verfügung stehende Repertoire durch die Aufhebung eines großen Teils der bestehenden Verbote und Einschränkungen und durch Zugeständnisse im Bereich der "humorvollen Wortsendungen" vergrößert.

Während im "politisch-propagandistischen" Bereich 31), der in die Zuständigkeit der Abteilung Rundfunk des Propagandaministeriums fiel, nur eine sich seit langem anbahnende personelle Umbesetzung stattfand 32), das Programm aber vorerst ohne konzeptionelle Änderungen weiterlief, ging Goebbels im "Unterhaltungssektor" über Programmänderungen noch hinaus. Für die neue Programmkonzeption wurde ein organisatorischer

28) Programmrichtlinien, "vertraulich erfaßt" vom SD-Leitabschnitt München, am 15.10.1941 an das Reichssicherheitshauptamt weitergeleitet, BArch R 58/1090.

29) Protokoll der Arbeitstagung der Abteilungsleiter Musik des Großdeutschen Rundfunks am 2./3. Oktober 1941, BArch R 55/695.

30) Heinrich Glasmeier (geb. 1892), ab 1932 Mitglied der NSDAP. Im gleichen Jahr wurde er Gaukulturwart, nach 1933 zunächst Intendant in Köln, seit 1937 Reichsintendant. Boelcke urteilt über ihn: "Der Lebensweg ... ist gekennzeichnet durch Opportunismus und naive Gläubigkeit." Boelcke, Kriegspropaganda, S. 90.

31) Er umfaßte im wesentlichen die Nachrichtendienste, die Sondermeldungen, die aktuellen Sendungen sowie Frontberichte, Wortsendungen für die Wehrmacht und den "Kameradschaftsdienst". Die Bezeichnung wurde offiziell durch die Anordnung Goebbels vom 26.2.1942 über die "Verantwortlichkeit für die politisch-propagandistischen Sendungen des Großdeutschen Rundfunks" eingeführt.

32) Im September 1941 wurde der Leiter der Abteilung Rundfunk im Propagandaministerium Berndt durch Diewerge abgelöst, der schon seit einiger Zeit die Arbeit zum großen Teil wahrgenommen hatte. Vgl. Boelcke, Kriegspropaganda, S. 78 f.

Rückhalt geschaffen: ein Programmausschuß unter der Leitung von Hans Hinkel 33), eines langjährigen Mitarbeiters von Goebbels. Hinkels Beauftragung erfolgte während der Abwesenheit des Reichsintendanten, der auf einer Italien-Reise war. Über Glasmeiers Kopf hinweg griff Goebbels in die Kompetenzen des Reichsintendanten ein. Die Ursache lag darin, daß Glasmeier, als Gegner der leichten Musik bekannt 34), wohl kaum der richtige Mann gewesen wäre, um einerseits selbst als Verantwortlicher das Unterhaltungsbedürfnis von Front und Heimat voll befriedigen zu können oder andererseits eine in diesem Sinne liegende personalpolitische Entscheidung zu treffen 35). Diese Meinung vertrat auch Berndt 36), der, jetzt Leiter der Abteilung Propaganda, gut über die Probleme der Bevölkerung orientiert war und in Hadamovsky 37) anscheinend einen weiteren Fürsprecher für die Ausschaltung Glasmeiers aus dem Programmbereich fand. Hinkel dagegen fühlte sich "nicht belastet mit so ernsten Maßstäben" 38) und war so in den Augen Goebbels'

33) Hans Hinkel, geb. 1901. Seit 1921 Mitglied der NSDAP. 1924/25 Chefredakteur der "Oberbayerischen Tageszeitung", seit 1928 bei verschiedenen NS-Zeitungen. 1930 zog er in den Reichstag ein. Seit 1933 Staatskommissar im Preußischen Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung, hier vor allem bei die "Entjudung" des Kulturlebens tätig. Im Propagandaministerium leitete er zunächst die Abteilung "Kulturpersonalien", seit Oktober 1939 die erweiterte Abteilung "Besondere Kulturaufgaben". Schließlich Generalsekretär der Reichskulturkammer und Sondertreuhänder der Arbeit für die kulturschaffenden Berufe. Ab Mitte 1944 Leiter der Abteilung Film im Propagandaministerium und Reichsfilmintendant. Vgl. Boelcke, Kriegspropaganda, S. 86 ff.

34) Zu den Programmvorstellungen Glasmeiers vgl. seine Ausführungen zum Thema "Kulturschaffen des Großdeutschen Rundfunks im Kriege" in: Reichsrundfunk 1941/42, Heft 7, S. 133-136.

35) Vgl. Boelcke, Kriegspropaganda, S. 91 f.

36) Alfred-Ingemar Berndt, 1905-1945. Erstmals 1923 Eintritt in die NSDAP, zweimal ausgetreten, schließlich 1932 endgültig Mitglied. Seit 1932 war er im Berliner Gaupresseamt tätig, 1936 kam er ins Propagandaministerium; im August 1939 übernahm er die Leitung der Rundfunkabteilung. September 1941 bis Dezember 1944 Leiter der Propagandaabteilung. Vgl. Boelcke, Kriegspropaganda, S. 74 ff.

37) Eugen Hadamovsky (1904-1945), seit Dezember 1930 NSDAP-Mitglied. Seit 1931 Gaufunkwart in Berlin. Nach 1933 wurde er Reichssendeleiter und Direktor der Reichs-Rundfunkgesellschaft. Im April 1942 wurde er, nachdem er durch die Umorganisation im Februar 1942 nicht mehr gebraucht wurde, auf den Posten des Stabsleiters in der Reichspropagandaabteilung der NSDAP abgeschoben. Vgl. Boelcke, Kriegspropaganda, S. 80 ff.

38) So Hinkel über sich selbst auf der Kulturpolitischen Pressekonferenz des Reichspropagandaministeriums am 31.10. 1941, zitiert nach: Fröhlich, Die kulturpolitische Pressekonferenz, S. 379.

ein durchaus qualifizierter Mann, zumal er durch seine Tätigkeit in der Reichskulturkammer auch über Kontakte zu Künstlern verfügte, die es nun für das Programm zu aktivieren galt.

Bereits "wenige Stunden nach Erhalt des Auftrages" ging Hinkel mit "aller Intensität" unter dem Motto "wertvoll aber heiter" 39) an die Arbeit. Am 14. und 15. Oktober führte er Besprechungen mit Vertretern der Reichsrundfunkgesellschaft, mit Komponisten und anderen Künstlern. Neben der Überprüfung des laufenden Unterhaltungsprogramms wurde nach neuen Möglichkeiten für die nächsten Wochen gesucht, wobei die Künstler "sehr beachtliche Vorschläge" einreichten 40). Auf der Sitzung vom 15. Oktober wurden die ersten Beschlüsse gefaßt; so die Orchestermusik allgemein aufzulockern, bei Unterhaltungssendungen die Zwischenansagen so weit wie möglich wegzulassen und schärfere Kontraste zwischen sog. "lyrischen" und "stark rhythmischen" Musikstücken im Sonntag-Nachmittag-Programm einzuführen.

Zur Sitzung vom 17. Oktober lud Hinkel die Intendanten der Berliner Bühnen und der großen Varietés ein, um sie für eine verstärkte Mitarbeit zu gewinnen und damit dem Rundfunk neue Möglichkeiten zu erschließen. Unter anderen kamen die Vertreter des Wintergartens, des Theaters am Kurfürstendamm, der Volksoper, des Deutschen Theaters, des Kabarettts der Komiker und der Scala. Die von ihnen eingereichten Vorschläge wurden schließlich auf die Verwendbarkeit zur Auflockerung des Unterhaltungsprogramms geprüft. An den Sitzungen des Programmausschusses nahmen regelmäßig Vertreter der Abteilung Rundfunk, der Reichsrundfunkgesellschaft, Musiker, Komponisten und Verbindungsleute zu anderen Organisationen, zum Beispiel der Wehrmacht, teil. Kurzfristig wurde auch ein Mitarbeiter des Soldatensenders Belgrad hinzugezogen; von ihm erhoffte man etwas Glanz für das Reichsprogramm im Sinne der Programme des Senders Belgrad.

In seinem dritten Zwischenbericht vom 20. Oktober 1941 schilderte Hinkel die bereits durchgeführten Maßnahmen: Überprüfung der bereits nach den Goebbelschen Programmrichtlinien angelegten Sendungen, zusätzlich weitere Auflockerung des Programms, u.a. ein "spritziges Kabarett" am Donnerstagabend und "möglichst abwechslungsreiche" Gestaltung des Abendprogramms. Neue Rundfunksprecher sollten für eine bessere Resonanz der Wortbeiträge sorgen. Goebbels zeigte sich sehr zufrieden über die bisher von Hinkel im Rahmen des Sonderauftrages geleistete Arbeit. Während der Turnus der Sitzungen des Ausschusses zwischen drei und sieben Tagen wechselte,

39) Protokoll der Kulturpolitischen Pressekonferenz vom 24. 10.1941, zitiert nach: Fröhlich, a.a.O., S. 379.

40) Vgl. die Protokolle der Besprechungen unter der Leitung Hinkels, BArch R 55/695 und die Zwischenberichte Hinkels an Goebbels, BArch R 55/1254.

übersandte Hinkel Goebbels regelmäßig wöchentlich einen Bericht über seine Tätigkeit 41). Der Bericht vom 28. Oktober informierte den Minister über die vollzogene Auflockerung des Morgenprogramms, "möglichst flotte, leichte, aufmunternde Musik mit eingestreuten frohen Texten". Darüber hinaus wurden lustige Ansagen eingeführt, Sendungen mit "Lokalkolorit" dagegen seltener gesendet. Mit der letzten Maßnahme wollte man die gemeinsame Lage der Deutschen in der Heimat und an der Front betonen. Hinkels Vorschlag, den Abend mit einem "entsprechend frohen Liedchen - kein Edelkitsch!" nach dem O-Uhr-Nachrichtendienst zu beschließen, stieß jedoch auf die energische Ablehnung Goebbels.

Während die politische und militärische Berichterstattung im Rundfunk, je nach der ihr zugeschriebenen Glaubwürdigkeit und ihrem Informationsgehalt, eine sehr stark wechselhafte Aufnahme fand 42), war die Resonanz der Hörer auf die Neukonzeption des Unterhaltungsprogramms durchaus positiv, wie sich aus den Stimmungsberichten ergab. So meldeten die SD-Berichte Mitte Oktober, daß sich die "musikalische Programmgestaltung des deutschen Rundfunks ... in der breiten Masse der Hörer zunehmender Beliebtheit" erfreue. Zwei Wochen später wurde über eine "nahezu restlose Zustimmung" berichtet. Besonders gelobt wurden die "lebendige Gestaltung der Sendungen", die "verstärkte Berücksichtigung des Humors", aber auch kabarettistische Sendungen, die Morgenunterhaltung und die Mittagskonzerte. Im großen und ganzen blieb es zunächst bei dieser "beifälligen Aufnahme".

Hinkel war sich seines Erfolges durchaus bewußt. Schon am 6. November teilte er Goebbels mit, daß die "breitesten Schichten des Volkes in allen Gegenden des Reiches und an allen Fronten begeistert" die neue Programmgestaltung begrüßten. Besonders hob er nochmals die positive Reaktion der beiden Hauptzielgruppen, der "gesamte(n) deutsche(n) Arbeiterschaft" und der Wehrmacht, hervor. Am 8. November 1941 übersandte er einen Bericht über das "Echo der neuen Rundfunkprogramm-Gestaltung". Für diesen Bericht waren ein großer Teil der eingegangenen Hörerbriefe 43), die mündlichen und schriftlichen Berichte aus der NSDAP sowie Berichte des SD und der Reichspropagandaämter ausgewertet worden. Zusammenfassend kam Hinkel zu dem Schluß: "Die breite Masse (aktive Wehrmacht an allen Fronten und die schaffenden Schichten in den Betrieben) stimmt der grundsätzlichen Umstellung der Rundfunkprogramme auf frohen Unterhaltungs- und stärkeren Rhythmus der diesbezüglichen Sendungen in den Vormittagsstunden von 6.00 bis 8.00 Uhr und an den Abendstunden von 20.00 bis 2.00 Uhr, sowie an den Sonnabend- und Sonntag-

41) Vgl. Hinkel an Goebbels, 25.10.1941, BArch R 55/1254.

42) Vgl. zum folgenden Meldungen Nr. 227-247, BArch R 58/165-169.

43) Dabei war man sich der Problematik der Hörerbriefe und ihrer mangelnden Repräsentativität sehr wohl bewußt. Hinkel schrieb, daß "sehr oft nur jene Hörer schreiben, die auf Grund ihrer Pensionsberechtigung besonders viel Zeit" haben.

nachmittagen restlos - dem übergroßen Teil mit sehr auffälliger Begeisterung! - zu." Damit schien Goebbels Rechnung zunächst aufgegangen zu sein.

Neben den Erfolgen, die Hinkel für sich verbuchen konnte, mußte er aber auch über Probleme berichten. Er konstatierte in dem Bericht vom 8.11. erste Widerstände gegen seine Arbeit, die er der "schlechtgeöhlten Maschinerie der RRG und ihren Verantwortlichen" zuschrieb. Gleichzeitig betonte er aber, daß er vorerst keine Hilfe brauchen würde, um damit fertig zu werden. Vier Tage später konnte er Goebbels triumphierend mitteilen, daß sich die "wesentlichen Herren der RRG praktisch nach meinen Wünschen richten". Am 19. November mußte er allerdings bereits wieder über "Querschüsse" berichten, deren "Tendenz offenliegt". Trotzdem nähme die Arbeit am "Sonderauftrag" einen "normalen Verlauf".

Mitte Dezember bat Hinkel Goebbels um einen kurzen Termin, um mit ihm über "einige wichtige Dinge im Bereich seiner Tätigkeit" zu reden. Hinkel hatte mittlerweile, seiner eigenen Ansicht nach, einen so "intensiven Einblick in das 'System' der gesamten Rundfunk-Führung" gewonnen, daß er ein solches Gespräch für notwendig hielt.

Während Hinkel für ungefähr fünf Wochen ab Weihnachten in die "Winterfrische" fuhr, wurde er von Schulz-Dornburg 44), einem Generalmusikdirektor und Freund Glasmeiers, vertreten. Schulz-Dornburg, der leichte Musik, ähnlich wie Glasmeier, primär als "seicht" empfand 45), vertrat den Unterhaltungssektor bei den nun um die Jahreswende meistens unter der Leitung von Diewerge 46) stehenden Programmsitzungen. Beim Zusammentreffen am 7. Januar 1942 übermittelte Diewerge Schulz-Dornburg die Kritik Goebbels am unterhaltenden Programm; die rhythmische Musik dürfe nicht vernachlässigt, die "farblosen Landschaftssendungen" sollten nicht wiederholt werden; Witze sollten nur dann zur Sendung gelangen, wenn sie wirklich auch Pointen hätten. Auch sei mit den Schlagertexten

44) Rudolf Schulz-Dornburg (1891-1949), seit 1919 zunächst in Bochum tätig, nach einigen anderen Stationen in Berlin. Seit 1937 in der Musikabteilung der Kölner Sendeanstalt, ab 1940 beim Deutschen Kurzwellensender in Berlin. Vgl. Fritz Stege, Zehn Künstler gestalten das Rundfunkprogramm, S. 29 ff. in: Reichsrundfunk, 1942/43, Heft 2, S. 23-34, und Dieter Heimann, Nationalsozialistische Rundfunkführung am Beispiel des Westdeutschen Rundfunks in Köln, S. 177, in: Winfried B. Lerg und Rolf Steiniger (Hrsg.), Rundfunk und Politik 1923 bis 1973. Beiträge zur Rundfunkforschung, Berlin 1975, S. 153-178.

45) Vgl. SD-Leitabschnitt München, 17.11.1941, BArch R 58/1087.

46) Wolfgang Diewerge, geboren 1906, 1930 NSDAP-Beitritt, seit 1934 im Propagandaministerium, September 41 bis Oktober 42 Leiter Abt. Rundfunk. Vgl. Boelcke, Kriegspropaganda, S. 79 ff.

vorsichtiger zu verfahren; nicht jeder Text könne in der jetzigen Zeit gesendet werden. Trotzdem, so konnte Diewerge mitteilen, sei Goebbels mit dem Programm im Allgemeinen zufrieden 47).

Allerdings hielt die Zufriedenheit Goebbels' nicht mehr lange an. Zunächst kam es zu Schwierigkeiten mit den aktuellen Sendungen. Hier wurden Nachrichten über den militärischen Verlauf von der Bevölkerung immer häufiger mit den Aussagen der NS-Führung seit Kriegsbeginn und besonders seit der Offensive gegen die Sowjetunion verglichen - mit verheerender Wirkung -, was der Propagandaführung nicht im geringsten recht sein konnte. Bald kam auch das Unterhaltungsprogramm nicht mehr so gut an. Am 3. Februar 1942 schrieb Goebbels in sein Tagebuch, das Rundfunkprogramm habe sich seit der Abwesenheit Hinkels "sehr verschlechtert". Statt Unterhaltungsmusik würde nur noch Sinfoniemusik gespielt. Die Schuld gab er Schulz-Dornburg, der keine Ahnung von den Bedürfnissen der Bevölkerung hätte 48).

Ähnliches, wie Goebbels registrierte, meldeten die Stimmungsberichte des SD. Die Begeisterung der Hörer für das aufgelockerte Unterhaltungsprogramm nahm langsam ab. Mitte Januar 1942 berichtete der Sicherheitsdienst, daß sich die Gleichgültigkeit gegenüber den politischen Sendungen des Weihnachtsprogramms auch auf die unterhaltenden Sendungen ausgeweitet hätte. "Sie würden ohne besonders zustimmende oder ablehnende Meinungsäußerungen als willkommene 'Begleitmusik' zum Tagesablauf mitgenommen." Zwar wurde auch weiterhin das Gesamtprogramm "gut aufgenommen", doch machten sich jetzt große Verschleißerscheinungen bemerkbar. Sendungen wurden solange gesendet, bis "die anfängliche Zustimmung in ihr Gegenteil" umschlug. Die Zwischenansagen fielen, trotz aller Bemühungen, oft selbst für "anspruchlosere Hörer" zu "flach und dürftig" aus.

Vor dem Hintergrund des russischen Winters, der Kämpfe und Winterschlachten im Osten und dem nicht absehbaren Kriegsende konnte die Unterhaltungsmusik kaum noch entspannend wirken. Im Gegenteil: ständige Wiederholungen sowie die übergangslose Aufeinanderfolge von Musikstücken verschiedenster Art waren Anlaß zu Klagen der Bevölkerung. Mitte Februar 1942 schließlich mußte der SD berichten: "Allgemein finde man, daß die Sendungen an einer gewissen Einförmigkeit leiden würden. Die Sendungen würden sich untereinander kaum noch unterscheiden." Mancher Hörer sah den einzigen Unterschied zwischen den einzelnen Sendungen nur noch in der Reihenfolge der abgespielten Platten.

47) Vgl. Protokoll der Sitzung, BArch R 55/1254.

48) Vgl. Goebbels Tagebücher aus den Jahren 1942-43. Hrsg. von Louis P. Lochner, Zürich 1948, Eintragung vom 3.2.1942, S. 71.

Im Januar und Februar 1942 zog Goebbels ein Fazit der Auflockerung des Rundfunkprogramms und der Wirkung auf die Hörer. Er mußte feststellen, daß die Neugestaltung des Programms nur während der Zeit der Anwesenheit seines direkten Verbindungsmannes Hinkel gut gegangen war. Weiter mußte er konstatieren, daß sich die Zahl der Hörer ausländischer Sender zwar in den letzten Wochen des Jahres 1941 zunächst reduziert hatte, zum Teil wohl auch eine Folge des aufgelockerten Unterhaltungsprogramms, zum Teil die Folge anderer gegen das Abhören zu diesem Zeitpunkt durchgeführter Aktionen, dann aber im Januar 1942 wieder stark anstieg, so daß Goebbels am 24. Januar 1942 in sein Tagebuch notierte, daß "wieder in vermehrtem Umfang ausländische Sender" abgehört würden 49). Zusammenfassend mußte er zu dem Schluß kommen, daß der Versuch seit Oktober 1941 gescheitert war.

Eine Umgestaltung der Organisation war notwendig, wollte Goebbels der leichten Unterhaltung zum endgültigen Durchbruch verhelfen. Im Januar und Februar 1942 führte er Gespräche mit dem Reichsintendanten über die Möglichkeiten einer neuen Spitzengliederung im Unterhaltungsbereich 50). Bis zum 5. Februar mußten die Abteilung Rundfunk des Reichspropagandaministeriums, das Hauptamt Rundfunk in der Reichspropagandaleitung der NSDAP und Hinkel zum Problem des augenblicklichen Programms und etwaiger Neukonzeptionen Stellung nehmen 51). Hinkel übermittelte, wie angeordnet, Anfang Februar seinen Bericht. Allgemein, so faßte er zusammen und konstatierte damit nochmals den Goebbelschen Befund, sei das Interesse der Bevölkerung am Rundfunkprogramm seit Weihnachten/Neujahr 1941/42 wieder im Absinken. "In vielen Schichten der breiten Hörermassen", so teilte er Goebbels mit, "ist man gegenüber dem Rundfunk wieder in das geringe, ganz übliche Interesse (der Nachrichten und der eventuellen Bekämpfung der Langeweile wegen) zurückgefallen" 52).

Mitte Februar 1942 war die Entscheidung über die Neukonzeption der Führung im Unterhaltungsbereich gefallen. Sie bildete die logische Fortentwicklung des Versuchs mit Hinkel. Verursacht durch die Wirkungslosigkeit der Maßnahmen seit Oktober wurde eine Programmredaktion geschaffen 53). Sie bestand aus

-
- 49) Goebbels Tagebücher, Eintragung vom 24.1.1942, S. 52.
50) Vgl. SD-Leitabschnitt München, 26.1.1942, BArch R 58/1087.
51) Vgl. Ministeramt an Leiter Rundfunk, Hauptamt Rundfunk in der Reichspropagandaleitung und Hinkel, 27.1.1942, BArch R 55/1254.
52) Hinkel, Betrachtungen zu Einzelsendungen, Anfang Februar 1942, BArch R 55/1254.
53) Vgl. Anordnung zur Neugestaltung des Rundfunkprogramms vom 15.2.1942 in: Nachrichtenblatt des Reichspropagandaministeriums Nr. 6 vom 28.2.1942, BArch R 55/439. Die Anordnung geht auf einen fast identischen Entwurf Hinkels zurück, vgl. Hinkel an Goebbels, 12.2.1942, BArch R 55/1254.

zehn Programmgruppen: "Die Verantwortlichen für diese Sendetypen- bzw. -Gruppen bilden gemeinsam die Programmredaktion für die unterhaltenden und künstlerischen Sendungen des deutschen Rundfunks. An ihrer Spitze steht Ministerialdirektor Hans Hinkel, der mir (Goebbels, d. Verf.) gegenüber die Gesamtverantwortung für das Unterhaltungsprogramm des deutschen Rundfunks trägt, die jedoch die Verantwortung der vorgenannten Leiter der Sendetypen bzw. -Gruppen nicht einschränkt." Um Hinkel die Durchsetzung innerhalb der Reichsrundfunkgesellschaft in Zukunft zu erleichtern, wurde die Stelle eines Chefs vom Dienst geschaffen und mit Dr. Schönicke 54), dem Prokuristen der RRG, besetzt. Er war der Verbindungsmann zum Reichsintendanten und hatte gleichzeitig die Hinkelschen Anweisungen in der RRG durchzusetzen. Zusätzlich rief Goebbels selbst die RRG-Mitarbeiter zur Unterordnung auf: "Alle Dienststellen der Reichs-Rundfunk Gesellschaft m.b.H. haben dieser kriegswichtigen Arbeit ohne Rücksicht auf Prestige und persönliche Voreingenommenheit weitestgehende Unterstützung zuteil werden zu lassen." Hinkel hatte sich seinerseits nach den "persönlichen Richtlinien" Goebbels zu richten.

Goebbels erreichte damit zweierlei: zum einen hatte er die Programmaufsicht ganz aus dem Bereich der RRG herausgenommen und sich selbst unterstellt, zum anderen hatte er die Flexibilität des Instrumentes Rundfunk im Unterhaltungsbereich durch die Einführung einzelner Programmgruppen erhöht. Die Aufgliederung in kleinere Zuständigkeitsbereiche ermöglichte bei klar abgegrenzten Kompetenzen 55) und den einzelnen Gruppen fest zugeteilten Sendezeiten eine reibungslosere Programmgestaltung. In einzelnen Gruppen auftretende Fehler hoffte Goebbels nun leichter beheben zu können. Gleichzeitig konnte eine Veränderung der Tendenz des Programms einfach durch eine Verschiebung der Gewichte zwischen den einzelnen Gruppen erreicht werden 56).

54) Martin Schönicke war bis in die Endphase des Krieges die Schaltstation zwischen Reichspropagandaministerium und RRG.

55) Die Grundidee der Neugestaltung war eine Adaption aus dem Bereich der Presse. Für einzelne Zuständigkeitsbereiche sollten, analog den Schriftleitern bei den Zeitungen, Verantwortliche eingesetzt werden. Hinkel hat diese Idee anscheinend bei Goebbels eingebracht; so schreibt er Anfang Februar: "wie bei der Zeitung meist 'der' Schriftleiter das Gesicht bestimmt, so (muß) auch meines (Hinkel, d. Verf.) Erachtens beim Funkprogramm oder seinen einzelnen Sendereihen" vergleichbare Zuständigkeiten geschaffen werden. Hinkel, Betrachtungen, BArch R 55/1254. Gleichzeitig gab es Ansätze dieser Kompetenzverteilung in den regionalen Funkhäusern, vgl. Wilfrid Schreiber, Sachbearbeiter, Redakteur, Produktionsleiter. Einiges über Organisationsformen des Sendebetriebs, in: Reichsrundfunk 1941/42, Heft 1, S. 2-7.

56) Vgl. Erich Kochanowski, Neugestaltung des Rundfunkprogramms 1942, Manuskript, BArch R 78/1000a.

Genauso wichtig wie die Umorganisation war ihre propagandistische Aufbereitung. In der Öffentlichkeit wurden die "Tage, Wochen der emsigen Beratung" 57) hervorgehoben, die der Neugestaltung vorausgingen 58). Die Anordnung vom 15. Februar 1942 wurde mit den Worten eingeleitet: "Die Unterhaltung durch den deutschen Rundfunk als Entspannung und Entlastung von Front und Heimat ist kriegswichtig." Goebbels trat mit einem Artikel mit dem vielsagenden Titel "Der treue Helfer" an die Öffentlichkeit, um für den Rundfunk und sein neues Unterhaltungsprogramm zu werben 59). Vorweg versuchte er allerdings gerade diesen Eindruck zu verwischen; er schrieb, daß er sich nicht an den Hörer wende, weil "ein dringender aktueller Anlaß vorläge" - der ja wirklich vorlag -, "sondern einfach aus der Überzeugung heraus, daß es hin und wieder notwendig ist, die Grundlinien und bestimmenden Tendenzen unseres Rundfunkprogramms einer breiteren Öffentlichkeit mit allem Freimut darzulegen." Schließlich betonte er den Wunsch der Soldaten nach leichter Musik, kam dann auf die Belastungen des Lebens durch den Krieg zu sprechen, um schließlich zu erklären: "Auch die gute Laune ist kriegswichtig". Um die Einwirkungsmöglichkeiten auf die Stimmung weiter zu verbessern, wurde unter großen organisatorischen Anstrengungen, wie man betonte, ein sog. Doppelprogramm eingeführt: zu den wichtigsten Sendezeiten wurden ab dem 1. März 1942 wieder zwei Programmfolgen ausgestrahlt.

Mit der elf Tage später angeordneten Anpassung des "politisch-propagandistischen" Bereiches an diese Organisationsstruktur 60) war die Spitzengliederung geschaffen, mit der der Rundfunk im Jahr 1942 arbeiten sollte. Die Programm- und Personalpolitik von Goebbels im Winter 1941/42 im Bereich des Rundfunks hatte gezeigt, daß er bereit war, auch gegen Widerstände die Propaganda der augenblicklichen Stimmung flexibel anzupassen. Bei der Durchführung dieser Maßnahmen nahm er keine Rücksicht auf langjährige Mitarbeiter oder auf altverdiente Parteigenossen. Sein auf die Stabilisierung der Stimmung und damit auf die Erhaltung des NS-Systems ausgerichtetes Denken bestimmte Organisation, Personal und Programm des Rundfunks.

57) Fritz Stege, Musik und Leben. Zur Neugestaltung des Rundfunkprogramms, S. 1 in: Reichsrundfunk 1942/43, Heft 1, S. 1-4.

58) So wurde zum Beispiel auch das Leben und Wirken der neuen Gruppenleiter herausgestellt und um das Vertrauen der Hörer geworben. Vgl. Fritz Stege, Zehn Künstler gestalten das Rundfunkprogramm. Die Gruppenleiter des unterhaltenden und künstlerischen Programms, in: Reichsrundfunk 1942/43, Heft 2, S. 23-34.

59) Goebbels, Der treue Helfer, in: Das Archiv, März 1942, S. 1093-1095.

60) Vgl. 'Anordnung über die Verantwortlichkeit für die politisch-propagandistischen Sendungen des Großdeutschen Rundfunks' vom 26.2.1942, in: Nachrichtenblatt des Reichspropagandaministeriums, Nr. 6 vom 28.2.1942, BArch R 55/439.

DEUTSCHSPRACHIGE PROGRAMME VON RADIO MOSKAU UND RADIO PEKING

Nach dem Abdruck der Referate von Richard O'Rorke und Werner Bader (5. Jahrg. Nr. 4) auf der 10. Jahrestagung am 31.8./1.9.1979 in Köln folgen hier Kurzfassungen der Referate von Rudolf Heim und Christina Holtz über Beobachtung und Analyse deutschsprachiger Programme des Rundfunks der Sowjetunion und der Volksrepublik China.

Selbstdarstellung und Fremdberberichterstattung

Den Anstoß zu einer Untersuchung über die Selbstdarstellung und die Fremdberberichterstattung in den deutschsprachigen Programmen von Radio Moskau (42 Stunden pro Woche) und Radio Peking (14 Stunden wöchentlich) bildete die Diskussion über den freien Informationsaustausch zwischen Ost und West im Anschluß an die KSZE-Schlußakte von Helsinki. Veröffentlichungen in der UdSSR forderten wiederholt die "Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten" der einzelnen Staaten. Dabei dachte man besonders an die Wirkung westlicher Kurzwellendienste mit Programmen in osteuropäischen Sprachen.

Bislang fanden die Programme aus der Sowjetunion und der VR China nur geringes wissenschaftliches Interesse, so daß sich die Urteile über diese Sender hauptsächlich auf rein subjektive Höreererfahrungen stützten. Die Studie über die Selbstdarstellung und Fremdberberichterstattung soll nun ein Ansatzpunkt zu einer weiteren Erforschung dieser Programme sein.

Die Aussagen der vorgelegten Detailstudie beziehen sich auf einen Beobachtungszeitraum vom 19. März bis 1. April 1979 mit einer Beschränkung auf die jeweiligen Hauptabendsendungen. Radio Moskau wurde in der Zeit von 17.00 bis 18.00, Radio Peking von 19.00 bis 20.00 Uhr MEZ beobachtet und zur Auswertung mitgeschnitten. Um eine genaue Untersuchung in Bezug auf Selbstdarstellung und Fremdberberichterstattung zu ermöglichen, wurde zunächst jedes Programmteil einem Schema zugeordnet. Es wurde unterschieden zwischen:

1. Aussagen zum Bereich des Sendelandes
2. Aussagen zum Bereich bilateraler Kontakte
3. Internationale Meldungen ohne direkten Bezug zum Sendeland
4. Aussagen in Beziehung zum Zielgebiet Bundesrepublik oder DDR.

STATISTISCHE ANGABEN ÜBER DEN PROZENTUALEN ANTEIL DER INFORMATIONS-, LANDESKUNDLICHEN UND MUSIK- PROGRAMME AN DEN DEUTSCHSPRACHIGEN SENDUNGEN VON RADIO MOSKAU UND RADIO PEKING

	R. Moskau	R. Peking
INFORMATIONSPROGRAMME	48,6 %	34,7 %
davon Nachrichten und Kommentare mit:		
- nationalem Bezug	5,2 %	9,6 %
- bilateralem Bezug	8,6 %	29,9 %
- internationalem Bezug	58,7 %	64,7 %
- Bezug zur Bundesrepublik	17,4 %	1,3 %
- Bezug zur DDR	2,2 %	0,2 %
LANDESKUNDE	19,3 %	18,6 %
WEITERE SENDUNGEN IM HAUPTPROGRAMM:		
Sendungen mit <u>DDR - BEZUG</u> im Hauptprogramm	7,0 %	-
Sendungen mit Bezug auf die <u>BUNDESREPUBLIK</u> im Hauptprogramm	3,6 %	-
andere politische Sendungen	7,4 %	-
MUSIK (einschl. Zwischenmusik)	6,2 %	39,7 %

BUNDESREPUBLIK (Anteil am Gesamtprogramm)	12,1 %	0,4 %
D D R (Anteil am Gesamtprogramm)	8,2 %	0,07 %

Anm.: Bei der Addition der einzelnen Programmpunkte ergibt sich eine Summe, die unter 100% liegt, da An- und Absagen sowie Pausen nicht mitgezählt wurden. -Die Angaben erstrecken sich auf die reine Sendezeit.

Die Sendungen von Radio Moskau lassen sich in zwei größere Programmblöcke untergliedern: 1. Die aktuelle Tagesinformation mit einem Programmanteil von 48,6 %, bestehend aus den eigentlichen Nachrichten und dem ausführlichen "Echo des Tages". 2. Verschiedene Wortmagazine und Sendereihen. 58,7 % der Meldungen und Stellungnahmen im aktuellen Informationsblock beziehen sich auf den internationalen Bereich mit einer Schwerpunktbildung auf regelmäßig wiederkehrende Themenschwerpunkte (Naher Osten, Süd-Ost Asien/China, "imperialistische Aktivitäten" der USA usw.). Die Berichterstattung über bilaterale Ereignisse mit 8,6 % am Volumen des aktuellen Informationsprogramms beschränkt sich auf Darstellung und Würdigung von Staatsbesuchen oder Reisen sowjetischer Delegationen ins Ausland. Einen noch geringeren Anteil an den Informationssendungen erhält die Berichterstattung über Vorgänge innerhalb der Sowjetunion mit 5,2 %. Informationen über partei- und innenpolitische Zusammenhänge (im westlichen Medienverständnis) haben keinen Raum im Programm. Stattdessen erhält der Hörer Informationen über die Aufbauleistung der sowjetischen Bevölkerung und Führung. Die verschiedenen Wortmagazine und Sendereihen im Anschluß an den aktuellen Informationsblock besitzen landeskundlichen Charakter. Diese Beiträge, scheinbar unpolitisch aufgemacht, schildern ausführlich die Erfolge des Sozialismus und damit der KPdSU beim wirtschaftlichen und sozialen Aufbau der UdSSR. Eine Trennung von Information und Meinung wie auch selbstkritische Bemerkungen über Vorgänge im eigenen Land sucht man in den Programmen von Radio Moskau vergeblich.

Zielgebiet Bundesrepublik - DDR: Auffällig ist im Vergleich zu anderen Themenbereichen des Moskauer Rundfunks nicht allein die Anzahl der Nachrichten und Berichte über die Bundesrepublik, sondern auch der hohe Anteil an der Gesamtsendezeit mit durchschnittlich 12,1 %. (Der Anteil am Informationsblock liegt mit 17,4 % noch beträchtlich höher.) Innerhalb der Beobachtungsperiode ging Radio Moskau in knapp 14 Stunden beobachteter Sendezeit allein 38 mal auf die Bundesrepublik ein. Dabei tritt die BRD nicht als Partner zwischenstaatlichen Beziehungen zur UdSSR auf, sondern sie bildet den Schauplatz gesellschaftlicher und politischer Vorgänge, die Radio Moskau eingehend kritisiert. Würde man die Maßstäbe, die Medien in der UdSSR gegenüber westlichen Sendern anlegen, auch auf Radio Moskau anwenden, so müßte sich, formell gesehen, hier ebenfalls der Vorwurf der "Einmischung" ergeben. Während Berichte und Kommentare über die Bundesrepublik über die gesamte Sendung verstreut sind, konzentriert Radio Moskau seinen Kontakt mit den Hörern in der DDR gezielt auf ein einziges Programm: "Stimmen der Freundschaft". Und während der Anteil der DDR-bezogenen Meldungen im Nachrichtenblock bei nur 2,2 % liegt (Bundesrepublik 17,4 %), erhöht sich der Durchschnitt am Gesamtprogramm durch die "Stimme der Freundschaft" auf 8,2 %. Im Gegensatz zu den Meldungen, die die Bundesrepublik betreffen, nimmt der Moskauer Rundfunk hier keinen Bezug auf innere Vorgänge in der DDR. Vielmehr betonen die Sendungen hier die positiven wirtschaftlichen und sozialen Kontakte zwischen beiden Staaten.

Die Programme von Radio Peking lassen sich in drei Gruppen untergliedern: 1) aktuelle Tagesinformationen (34,7 %), 2) landeskundliche Informationen (18,8 %), 3) das Musikprogramm. Das tägliche Informationsprogramm setzt sich im allgemeinen aus einem ausführlichen Nachrichten-Bulletin und einem ausführlichen Kommentar zusammen. Wie bei Radio Moskau bleiben auch hier Nachrichten mit Bezug auf die innere Situation der Volksrepublik China mit 9,8 % am schwächsten vertreten. Zwischenstaatliche Beziehungen (29,9 %) schildern nicht allein den bilateralen Austausch von Delegationen auch kleinerer Staaten, sondern beziehen sich genauso auf die Wiedergabe von Meinungen zum chinesisch-vietnamesischen Grenzkonflikt. Die Betonung liegt auf dem Wort "Meinungen". Aktuelle Nachrichten zur militärischen Lage finden keinen Eingang in die Sendungen. Den Schwerpunkt der internationalen Berichterstattung nimmt die allgemeine Lage in Süd-Ost Asien ein. Dabei bedient sich Radio Peking hauptsächlich der Stellungnahmen ausländischer Medien, soweit sie die Haltung der Volksrepublik unterstützen.

Zielgebiet Bundesrepublik - DDR: Stellungnahmen zu innenpolitischen Themen der Zielländer Bundesrepublik und DDR vermeidet Radio Peking sorgfältig. Im Untersuchungszeitraum wird die Bundesrepublik überhaupt nur drei Mal erwähnt, die DDR einmal. 18,8 % der Sendezeit behält sich Radio Peking für einen Themenbereich vor, der sich unter dem Obertitel "Landeskunde" zusammenfassen läßt. Auffällig erscheint der hohe

Anteil der Musik am Gesamtprogramm: Mit 39,7 % überwiegt sie sogar die aktuellen Informationsprogramme um 5 %. Daraus darf aber nicht auf ein Übergewicht "unpolitischer" Programmpunkte geschlossen werden. Musik in den Programmen von Radio Peking stellt sich nicht allein als kulturelle Selbstdarstellung dar, sondern hat ebenfalls den Anspruch, chinesische Politik zu verdeutlichen. Musiktitel wie u.a. "Der Vorsitzende Mao hat uns Glück gebracht" belegen diese These. In den Musiksendungen wird zum Teil eingehend auf den Inhalt der Lieder eingegangen, die "vom großen Sprung nach vorn beim Aufbau des Sozialismus" berichten.

Radio Moskau und Radio Peking im Vergleich:

Die beiden Sendeanstalten befinden sich in Staaten, die in ihrem Land den Sozialismus auf unterschiedlichen Wegen aufbauen und weiterführen wollen. Diese Konkurrenz erkennt man auch in den Programmen ihrer deutschsprachigen Auslandsdienste: Beide Stationen berichten im Grunde über die gleichen Ereignisse, Schauplätze und Akteure internationalen Geschehens. Beide veröffentlichen ihre eigenständige Wertung der Ereignisse. Aber gerade in der unterschiedlichen Bewertung erkennt man den politischen Konflikt zwischen Moskau und Peking, verstärkt noch durch gegenseitige Anklagen und scharfe Kritik an dem jeweils anderen sozialistischen Gesellschaftssystem.

Ähnlich dagegen sind sich beide Rundfunkanstalten in der knappen Information über die politischen Entwicklungen im eigenen Land (Moskau 5,2 %, Peking 9,8 %). In den landeskundlichen Sendungen erhält der Hörer zwar Informationen über "Erfolge beim Aufbau des Sozialismus", aber keinen Einblick in die innenpolitischen Zusammenhänge beider Staaten. Der Fortschritt beider Länder soll sich durch Beispiele sozialer Sicherheit, technischer Weiterentwicklung und wissenschaftlicher Findungsgabe belegen lassen.

Selbstdarstellung und Fremdberberichterstattung in den Programmen von Radio Moskau und Peking bedeutet statistisch gesehen ein Übergewicht von Stellungnahmen zu Ereignissen mit internationalem Bezug und internationaler Bedeutung. Doch sieht man einmal von dieser formalistischen Betrachtungsweise ab, so läßt sich folgende Schlußfolgerung ziehen: Beiden Rundfunkanstalten dient das gesamte Programm zur Selbstdarstellung ihrer politischen Auffassung und Lebensweise. Der innerstaatliche Zustand und die eigenen Anschauungen bzw. Lösungsangebote zu den Problemen der Weltpolitik wird dem Hörer als positiv nahegebracht. Radio Moskau geht noch weiter: In direkter Gegenüberstellung von Einzelproblemen, wie zum Beispiel der Arbeitslosigkeit in westlichen Ländern und das Recht auf Arbeit in der sozialistischen Staatengemeinschaft, stellt der Sender seinen Hörern die UdSSR als konkrete gesellschaftspolitische Alternative dar.

Rudolf Heim

Zur Inhaltsanalyse der Nachrichtensendungen

Für die im folgenden beschriebene Analyse lagen Mitschnitte der deutschsprachigen Dienste von Radio Moskau und Radio Peking vor, pro Sender insgesamt 14 Stunden aus der Zeit vom 19. März bis zum 1. April 1979.

Diese Studie beschränkt sich auf die Untersuchung der Nachrichtensendungen auf Propagandasprache. Beide Dienste bringen Nachrichten gewöhnlich am Beginn der Sendung, sie umfassen bei Radio Moskau und bei Radio Peking im Durchschnitt etwa elf einzelne Nachrichten und dauern insgesamt jeweils zehn Minuten bis zu einer Viertelstunde. Es konnten also pro Sender circa 150 Nachrichtenbeiträge untersucht werden.

Als Methode wurde die "Symbolanalyse" verwendet, deren Entwicklung auf Harold D. Lasswell zurückgeht. Hinter dieser Inhaltsanalyse steht die Behauptung, daß der Gebrauch bestimmter Symbole (Wörter) Einstellungen und Ziele ausdrückt: Symbole, die verwendet oder eben nicht verwendet werden, dienen als Indikatoren für die Haltung des Kommunikators. Die Symbolanalyse geht dabei über eine reine Häufigkeitsauszählung hinaus, weil mit dieser Methode die positiv und negativ wertenden Sprach-elemente und deren Bezugsobjekte erfaßt werden.

Zur Analyse der Meldungen wurde eine für beide Sender gleiche Liste von 69 Schlüsselwörtern zusammengestellt; registriert wurde jedes Auftreten eines dieser Schlüsselwörter; gleichzeitig wurde festgehalten, auf welche Region sich die Schlüsselwörter und damit die in ihnen enthaltene Wertung jeweils beziehen.

Die Ergebnisse der Untersuchung spiegeln deutlich die Interessenpolitik, die beide Sender über die deutschsprachigen Dienste betreiben. Die Analyse der Sprache und die Akzentsetzung durch bestimmte Schlüsselwörter zeigt, daß Radio Moskau und Radio Peking diese Sendungen dazu benutzen, um gegenseitig Politik zu machen, um für die eigene Haltung zu werben und sie zu rechtfertigen.

China, das einige Zeit vorher an einer kriegerischen Auseinandersetzung im Fernen Osten beteiligt war, zeigt sich, das beweist die Symbolanalyse, offensiver.

Propagandasprache im Sinne der dieser Untersuchung zugrundeliegenden Definition, nämlich die stets positive Bewertung der eigenen Politik, die negative, gelegentlich aggressive Wertung der politischen Gegners, läßt sich für den Untersuchungszeitraum den Nachrichtensendungen beider Dienste nachweisen.

Christina Holtz

BIBLIOGRAPHIE

Zeitschriftenlese 14 (1.9. - 31.12.1979 und Nachträge)

Die Zeitschriftenlese 10 (Mitteilungen 1979, Nr. 1) enthielt einen dem Norddeutschen Rundfunk gewidmeten Anhang: einen bibliographischen Nachweis der Auseinandersetzung um den NDR nach der Kündigung des Staatsvertrags durch die schleswig-holsteinische Landesregierung am 6. Juni 1978, soweit sie sich in Zeitschriften und Sammelwerken niedergeschlagen hat. Wir setzen heute diese Berichterstattung fort mit einer Zusammenstellung der unselbständig erschienenen Literatur des Jahres 1979.

Die Übersicht gliedert sich auch diesmal in zwei Teile:

Dokumente, Gutachten, offizielle Stellungnahmen (chronologisch geordnet)

Analysen, Kritiken, Meinungen (alphabetisch geordnet).

Die Zusammenstellung erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Wie für den ersten Teil und die Zeitschriftenlese überhaupt gilt auch hier: Es ist nur die Literatur erfaßt und ausgewertet, die sich im Bestand der Bibliothek des Westdeutschen Rundfunks befindet.

Doch zunächst die 14. Ausgabe der Zeitschriftenlese mit rundfunkhistorisch interessanten Aufsätzen aus den letzten vier Monaten.

Rudolf Lang

- Georg Alexander: Das Kino im Zeitalter seiner elektronischen Reproduzierbarkeit. Kinofilme im Fernsehen, in: Fernsehsendungen und ihre Formen. Typologie, Geschichte und Kritik des Programms in der Bundesrepublik Deutschland. Stuttgart 1979. S. 140-154.
- Helmut G. Asper: Zwischen Bildung und Unterhaltung. Breite und Vielfalt der Wissenschaftssendungen, in: Fernsehsendungen und ihre Formen. Typologie, Geschichte und Kritik des Programms in der Bundesrepublik Deutschland. Stuttgart 1979. S. 348-364.
- Hans Bausch: 15 Jahre Koordinierung zwischen ARD und ZDF. T. 1-2, in: Deutsches Fernsehen/ARD. Pressedienst. 1980. Nr. 4. S. 1-4, Nr. 5. S. 1-7.

- Hans Bausch: In memoriam Hans Bredow. Leben und Werk im Licht der Rundfunkgeschichte, in: Funk-Korrespondenz. Jg. 27. 1979. Nr. 49. S. D 1-D 4.
- Hans Bausch: Rundfunkanstalten und Zeitungsverleger. Eine medienpolitische Chronik, in: Kirche und Rundfunk. 1979. Nr. 69. S. I-VI.
- Günter Behrens: Eine Programmsparte im Schatten. Wirtschaftsmagazine im Fernsehen, in: Fernsehsendungen und Ihre Formen. Typologie, Geschichte und Kritik des Programms in der Bundesrepublik Deutschland. Stuttgart 1979. S. 328-347.
- Andrea Brunnen und Kurt Wagenführ: "Vor 25 Jahren": Die Jungen in Stuttgart suchten ihren eigenen Weg zum Fernsehen. T. 1-4, in: Fernseh-Informationen. Jg. 30. 1979. Nr. 19. S. 451-453, Nr. 20. S. 477-479, Nr. 21. S. 507-509, Nr. 22. S. 533-535.
- Manfred Buchwald: Pressefreiheit - Zwischen Profit und Proporz. 30 Jahre Artikel 5 im Grundgesetz, in: Funk-Report. 1979. Nr. 23. S. 5-7.
- Christhart Burgmann: Alles kann zum Thema werden. Über einige Bedingungen des Features, in: Fernsehsendungen und ihre Formen. Typologie, Geschichte und Kritik des Programms in der Bundesrepublik Deutschland. Stuttgart 1979. S. 290-304.
- Chronik des Rundfunks der DDR 1978. Vom Lektorat Rundfunkgeschichte des Staatlichen Komitees für Rundfunk beim Ministerrat der DDR, in: Beiträge zur Geschichte des Rundfunks. Jg. 13. 1979. H. 2. S. 56-85.
- Georg Dannenberg und Henning Hagen: Rufe in die Nacht. T. 3. in: Beiträge zur Geschichte des Rundfunks. Jg. 13. 1979. H. 2. S. 22-55, 3. Zwei Wege.
- Ansgar Diller: Die fixe Propaganda. Der 1. September 1939 im großdeutschen Rundfunk, in: Deutsches Allgemeines Sonntagsblatt. 1979, Nr. 35, S. 11.
- Ansgar Diller: 50 Jahre deutscher Kurzwellenrundfunk. Zwischen Heimatklängen, Propaganda und Information, in: Das Parlament. Jg. 29, 1979, Nr. 38, S. 16.
- Ansgar Diller: Ideologie-Pfeile im Äther. Vor 50 Jahren: Erste deutschsprachige Programme aus Moskau, in: Kirche und Rundfunk. 1979, Nr. 93, S. 2-4.
- Manfred Durzak: Kojak, Columbo und deutsche Kollegen. Überlegungen zum Fernseh-Serial, in: Fernsehsendungen und ihre Formen. Typologie, Geschichte und Kritik des Programms in der Bundesrepublik Deutschland. Stuttgart 1979, S. 71-93.
- Mahmoud El Shahid: Radio and television in Qatar, in: EBU Review. Programmes, administration, law. Vol. 30, 1979, Nr. 5, S. 31-33.
- Dieter Erichsen: Zwischenbilanz: Naturwissenschaften (WDR-Schulfernsehen), in: Praxis Schulfernsehen. Jg. 4, 1979, H. 40, S. 68-70.
- Jens Malte Fischer: Prima le immagini, dopo la musica. Überlegungen zur Geschichte und aktuellen Situation der sogenannten "E-Musik", speziell der Oper im Fernsehen, in: Fernsehsendungen und ihre Formen. Typologie, Geschichte und Kritik des Programms in der Bundesrepublik Deutschland. Stuttgart 1979, S. 155-168.

- Heinz Rudolf Fritsche: Was am Vorabend des II. Weltkriegs in Gleiwitz wirklich geschah. Anmerkungen zum "Überfall" auf den schlesischen Sender. T 1-3, in: Fernseh-Informationen. Jg. 30, 1979, Nr. 14, S. 337-339, Nr. 15, S. 359-361, Nr. 16, S. 381-384.
- Michel Fromont: Rundfunkorganisation und Kommunikationsfreiheit. Landesbericht Frankreich, in: Rundfunkorganisation und Kommunikationsfreiheit. Baden-Baden 1979, S. 109-124.
- Wilfried Gärtner: Utvarp Føroya, in: Weltweit hören. Jg. 7, 1979, Nr. 11, S. 10-11.
- Wolfgang Gast: Stationen einer Dauerkrise. Jugendsendungen und ihre Adressaten, in: Fernsehsendungen und ihre Formen. Typologie, Geschichte und Kritik des Programms in der Bundesrepublik Deutschland. Stuttgart 1979, S. 194-206.
- Die Geschichte des Fernsehspiels, T. 6, in: ARD Fernsehspiel, 1979. Oktober - Dezember. S. 18-33. 6. Martin Wiebel: Zwischenbilanz - von innen gesehen, Irmela Schneider: Zwischenbilanz - von außen gesehen, Dieter Meichsner: Endlich die Geschichte des Fernsehspiels auch zeigen!
- Edwin L. Glick: The life and death of the Liberty Broadcasting System, in: Journal of broadcasting. Vol. 23, 1979, Nr. 2, S. 117-135.
- Gerhart Goebel: Aus der Geschichte der Fernsehens - Die ersten fünfzig Jahre, in: Fernseh, 50 Jahre, 1929-1979. Stuttgart 1979, S. 211-235.
- Gerhart Goebel: Hans Bredow. 1879-1959, in: Fernseh-Informationen. Jg. 30, 1979, Nr. 20, S. 489-492.
- Helmut Gralow: Aktionen - Stationen - Traditionen. Operativer Rundfunk als Chronist und Mitgestalter der DDR-Geschichte. T. 1, in: Beiträge zur Geschichte des Rundfunks. Jg. 13, 1979, H. 2, S. 5-21.
- William A. Hachten: Policies and performance of South African television, in: Journal of communication. Vol. 29, 1979, Nr. 3, S. 62-72.
- D. Härtzsch: 25 Jahre Südfunk-Fernsehen, in: Südfunk. Informationen des Süddeutschen Rundfunks. Jg. 12, 1979, Nr. 11, S. 14-15.
- Peter Christian Hall: Zeitkritik als Ressort. Politische Fernsehmagazine im Kreuzfeuer der Interessen, in: Fernsehsendungen und ihre Formen. Typologie, Geschichte und Kritik des Programms in der Bundesrepublik Deutschland. Stuttgart 1979, S. 305-328.
- Wolfgang Hempel: Das historische Archiv des Südwestfunks, in: Archiv und Wirtschaft. Jg. 12, 1979, H. 4, S. 101-104.
- Brum Henderson: Ulster Television - a special 20 years, in: EBU Review. Programmes, administration, law. Vol. 30, 1979, Nr. 5, S. 15-17.
- Jürgen Heyn und Ulrike Klös: CO-OP Radio. Ein Sender in Vancouver, in: Medium. Jg. 9, 1979, H. 12, S. 25.
- Knut Hickethier: Fiktion und Fakt. Das Dokumentarspiel und seine Entwicklung bei ZDF und ARD, in: Fernsehsendungen und ihre Formen. Typologie, Geschichte und Kritik des Programms in der Bundesrepublik Deutschland. Stuttgart 1979, S. 53-70.

- Rosemarie Hirsch: Sven Jerring - ein Leben für den Rundfunk. T. 3, in: Fernseh-Informationen. Jg. 30, 1979, Nr. 11, S. 258-260, 3. "Sein Herz aber gehörte den Kindern..."
- Stephen F. Hofer: Philo Farnsworth: television's pioneer, in: Journal of broadcasting. Vol. 23, 1979, Nr. 2. S. 153-165.
- Peter Hoff: Stafette der Erfahrungen. Ein Zwischenbericht zur Rolle der Fernsehgeschichte in der Ausbildung künftiger Film- und Fernsehschaffender, in: Film und Fernsehen. Jg. 7, 1979, H. 9, Beil. Forum S. 11-12.
- Friedr(ich) Wilh(elm) Hymmen: Heinrich-Hertz-Institut, in: Medium. Jg. 9, 1979, H. 11, S. 51.
- Friedr(ich) Wilh(elm) Hymmen: Kurpfalz-Radio, in: Medium. Jg. 9, 1979, H. 11, S. 51.
- F(riedrich) W(ilhelm) Hymmen: Ein Rundfunkkünstler. Dem HR-Intendanten Werner Hess zum 65. Geburtstag (13.10.), in: Kirche und Rundfunk. 1979, Nr. 79/80, S. 1-2.
- Herbert Janssen: Im Zweifelsfall für die Schwächeren. Anlässlich der Auseinandersetzungen über ein bundesweites Fernseh-Vormittagsprogramm, in: Funk-Korrespondenz. Jg. 27. 1979, Nr. 40, S. 1-6.
- Hartwig Kalverkämper: Talk-Show. Eine Gattung in der Antithese, in: Fernsehsendungen und ihre Formen. Typologie, Geschichte und Kritik des Programms in der Bundesrepublik Deutschland. Stuttgart 1979, S. 406-426.
- Eberhard Klumpp: 30 Jahre Süddeutscher Rundfunk, in: Südfunk. Informationen des Süddeutschen Rundfunks. Jg. 12, 1979, Nr. 7, S. 3.
- Brigitte Knott: Deutsches für Übersee. 50 Jahre Auslandsrundfunk aus der Perspektive des Medienpolitikers, in: Funk-Korrespondenz. Jg. 27, 1979, Nr. 35, S. 1-2.
- Thomas Koebner: "Verhör" und "Bekenntnis" - und andere Spielarten des Fernsehinterviews, in: Fernsehsendungen und ihre Formen. Typologie, Geschichte und Kritik des Programms in der Bundesrepublik Deutschland. Stuttgart 1979, S. 427-437.
- Karl Kobinek: Rundfunkorganisation und Kommunikationsfreiheit. Landesbericht Österreich, in: Rundfunkorganisation und Kommunikationsfreiheit. Baden-Baden 1979, S. 183-228.
- Hans-Dieter Kübler: Die Aura des Wahren oder die Wirklichkeit der Fernsehnachrichten, in: Fernsehsendungen und ihre Formen. Typologie, Geschichte und Kritik des Programms in der Bundesrepublik Deutschland. Stuttgart 1979, S. 249-289.
- Hans-Dieter Kübler und Claudia Lipp: Kinderfernsehen versus Kinder sehen fern, in: Fernsehsendungen und ihre Formen. Typologie, Geschichte und Kritik des Programms in der Bundesrepublik Deutschland. Stuttgart 1979, S. 207-229.
- Kurpfalz-Radio: (5 Beiträge), in: Südfunk. Informationen des Süddeutschen Rundfunks. Jg. 12, 1979, Nr. 5, S. 2-15.
- Peter Lerche: Rundfunkorganisation und Kommunikationsfreiheit. Landesbericht Bundesrepublik Deutschland, in: Rundfunkorganisation und Kommunikationsfreiheit. Baden-Baden 1979, S. 15-107.

- Winfried B. Lerg: Die Publizistik der Weimarer Republik. Zur kommunikationsgeschichtlichen Ausgangslage, in: Presse im Exil. München (usw.) 1979, S. 17-96, darin: Rundfunk. S. 66-91.
- Peter Leudts: Der Rundfunk als Wirtschaftsfaktor und Objekt des Föderalismus. Symposium im Hans-Bredow-Institut über "Strukturfragen des Rundfunks in Geschichte und Gegenwart" (27. November 1979), in: Funk-Korrespondenz. 1979, Nr. 49, S. 2-6.
- Anthony Lincoln: Rundfunkorganisation und Kommunikationsfreiheit. Landesbericht Großbritannien, in: Rundfunkorganisation und Kommunikationsfreiheit. Baden-Baden 1979, S. 125-142.
- Wolf Dieter Lützen: "Das Produkt als 'Held'" - und andere Typen der Fernsehwerbung, in: Fernsehsendungen und ihre Formen. Typologie, Geschichte und Kritik des Programms in der Bundesrepublik Deutschland. Stuttgart 1979, S. 230-248.
- Michail Minkow: Rundfunk und Gesellschaft. Einige neue Merkmale und Richtungen der Rundfunksendungen in der Periode des Aufbaus der entwickelten sozialistischen Gesellschaft (in Bulgarien), in: Rundfunk und Fernsehen, Prag. 1979, H. 2, S. 3-9.
- Hans Mohl: Hobbytips und Lebenshilfe. Ratgebersendungen in den Fernsehprogrammen, in: Fernsehsendungen und ihre Formen. Typologie, Geschichte und Kritik des Programms in der Bundesrepublik Deutschland. Stuttgart 1979, S. 365-376.
- Mario Motta: The radio situation in Italy, in: EBU Review. Programmes, administration, law. Vol. 30, 1979, Nr. 5, S. 18-22.
- Jörg P. Müller, unter Mitarbeit von W. Kälin und F.X. Muheim: Rundfunkorganisation und Kommunikationsfreiheit. Landesbericht Schweiz, in: Rundfunkorganisation und Kommunikationsfreiheit. Baden-Baden 1979, S. 229-271.
- Open University - 10th anniversary. (3 Beiträge), in: Educational Broadcasting international. Vol. 12, 1979, Nr. 3. S. 108-123. Asa Briggs: Open University - the first ten years, John Miller: Open University broadcasting after ten years, Tony Bates: Whatever happened to radio at the Open University?
- Edeltraud Peschel: Dokumente der SED zur Arbeit von Presse, Rundfunk und Fernsehen. T. 1, in: Theorie und Praxis des sozialistischen Journalismus. 1979, H. 4, S. 420-423.
- Hans-Günther Pflaum: Dreißig Jahre Filmförderungsversuche, in: Film-Korrespondenz. Jg. 25, 1979, Nr. 11. S. I-XIII.
- Harry Pross: Deutscher Journalismus seit 1945. Hat er seine Schuldigkeit getan? in: Kirche und Rundfunk. 1979, Nr. 78, S. 1-5, in: Journalist. Jg. 30, 1979, Nr. 10, S. 22-25.
- Karl Prümm: Vom Buch zum Fernsehfilm (und umgekehrt). Varianten der Literaturverfilmung, in: Fernsehsendungen und ihre Formen. Typologie, Geschichte und Kritik des Programms in der Bundesrepublik Deutschland. Stuttgart 1979, S. 94-114.
- Karl Prümm: Von der Schwierigkeit der Abweichung. Egon Monks Fernsehspiele im gemeinsamen Sommerprogramm der Dritten, in: Kirche und Rundfunk. 1979, Nr. 75, S. 1-6.

- Karl Riha: Männer, Kämpfe, Kameras. Zur Dramaturgie von Sportsendungen im Fernsehen, in: Fernsehsendungen und ihre Formen. Typologie, Geschichte und Kritik des Programms in der Bundesrepublik Deutschland. Stuttgart 1979, S. 183-193.
- Jan-Uwe Rogge: Vergleichende Analyse der Sandmännchen-Serien in der Bundesrepublik und der DDR, in: Rundfunk und Fernsehen. Jg. 27, 1979, H. 4, S. 482-494.
- Peter von Rüden: Was sind und zu welchem Ende produziert das Fernsehen Unterhaltungsprogramme? in: Fernsehsendungen und ihre Formen. Typologie, Geschichte und Kritik des Programms in der Bundesrepublik Deutschland. Stuttgart 1979, S. 169-182.
- Helmut Schanze: Das Theater nützt dem Fernsehen. Nützt das Fernsehen dem Theater? Zur bisherigen Adaption der Dramen- und Theatertradition im Fernsehen der Bundesrepublik, in: Fernsehsendungen und ihre Formen. Typologie, Geschichte und Kritik des Programms in der Bundesrepublik Deutschland. Stuttgart 1979, S. 115-125.
- Helmut Scheuer: Personen und Personalisierung. Zu "biographischen" Sendeformen, in: Fernsehsendungen und ihre Formen. Typologie, Geschichte und Kritik des Programms in der Bundesrepublik Deutschland. Stuttgart 1979. S. 391-405.
- Christiane Schlötzer: Zuviel Feierstundenjournalismus zum Feierabend. Das Bayerische Fernsehen: Nach einem Jahr die erste Reform, in: Kirche und Rundfunk. 1979, Nr. 83, S. 3-6.
- Waldemar Schmid: Damals ohne Vorbild: studienbegleitende Förderung von Nachwuchsjournalisten. "Institut zur Förderung publizistischen Nachwuchses e.V." in München besteht zehn Jahre, in: Funk-Korrespondenz. Jg. 27, 1979, Nr. 45, S. 6-7.
- Irmela Schneider: Das Fernsehspiel. Wie es war, ist und sein könnte, in: Fernsehsendungen und ihre Formen. Typologie, Geschichte und Kritik des Programms in der Bundesrepublik Deutschland. Stuttgart 1979, S. 25-52.
- Norbert Schneider: "Zu meiner Linken begrüße ich..." Rituale der Fernsehdiskussion, in: Fernsehsendungen und ihre Formen. Typologie, Geschichte und Kritik des Programms in der Bundesrepublik Deutschland. Stuttgart 1979, S. 438-448.
- Heinz Schwitzke: Der U-Teppich. Marginalien zur Geschichte der "Unterhaltung". T. 1-2, in: Kirche und Rundfunk. 1979, Nr. 85, S. 3-9, Nr. 87, S. 6-12.
- Peter Seibert: Die Musen, das Medium und die Massen. Zu den Kulturmagazinen im Fernsehen der Bundesrepublik, in: Fernsehsendungen und ihre Formen. Typologie, Geschichte und Kritik des Programms in der Bundesrepublik Deutschland. Stuttgart 1979, S. 377-390.
- Hiroschi Shiono: Rundfunkorganisation und Kommunikationsfreiheit. Landesbericht Japan, in: Rundfunkorganisation und Kommunikationsfreiheit. Baden-Baden 1979, S. 143-181.
- Ernesto I. Songco: Broadcasting in the Philippines: involvement in development, in: Media Asia. Vol. 5, 1978, Nr. 4, S. 214-220.

- Alfred Thorwart: Der Medienverbund ist tot! Es lebe der Medienverbund!, in: Volkshochschule und Fernsehen. Jg. 20, 1979, Nr. 22, S. 6-9.
- Toleranz statt Proporz. Das niederländische Rundfunksystem könnte Vorbild sein auch für die BRD, in: Alles. 1979, Nr. 1, S. 110-112.
- Zygmunt Trzebiatowski: IV. Programm - Bildungs- und Musikprogramm des Polnischen Rundfunks, in: Rundfunk und Fernsehen, Prag, 1979, Nr. 4, S. 8-11.
- James W. Welke: Wired wireless: British relay exchanges in their formative years, in: Journal of broadcasting. Vol. 23, 1979, Nr. 2, S. 167-178.
- Hans Wendt: Demokratie ist kein Geheimverfahren der Eingeweihten. Bundestagspräsident Hermann Ehlers als Pionier des Fernsehens, in: Das Parlament, Jg. 29, 1979, Nr. 46, S. 14.
- Gunther Witte: Geschmäht und gelobt, in: ARD Fernsehspiel. 1979, Oktober - Dezember. S. 260-269. Zum Programmkonzept der Fernsehspielabteilung des Westdeutschen Rundfunks. Mit den Fotos der Redaktionsmitglieder und einer kurzen Chronik der organisatorischen Entwicklung des Fernsehspiels im WDR.
- Shingo Yoshida: Ausländische Kurzwellendienste in West-Europa. T. 13-16, in: Funk-Korrespondenz. Jg. 27, 1979, Nr. 35, S. 11-12, Nr. 40, S. 13, Nr. 47, S. 12-13, Nr. 50, S. 13-14. 13. Schweiz, 14. Spanien, 15. Vatikan, 16. Italien.
- Bernhard Zimmermann: Das "Hofbräuhaus der Unterhaltung". Volkstheater im Fernsehen - Typen, Strukturen und Tendenzen. in: Fernsehsendungen und ihre Formen. Typologie, Geschichte und Kritik des Programms in der Bundesrepublik Deutschland. Stuttgart, 1979, S. 126-139.
- Zum 100. Geburtstag von Hans Bredow. (3 Beiträge), in: Kirche und Rundfunk. 1979, Nr. 92, S. 1-20. Herbert Antoine: Der Vater des deutschen Rundfunks. Erinnerungen eines ehemaligen Mitarbeiters, Horst O. Halefeldt: Der Funk als Industriefaktor. Kritische Anmerkungen eines Nachgeborenen, Winfried B. Lerg: Das Regiment der Schlaueheit. Musterfall einer öffentlichen Biographie? Mit Lebenslauf.

Zur Auseinandersetzung um den NDR nach der Kündigung des Staatsvertrages am 6. Juni 1978, T. 2, Berichtszeitraum 1979.

Dokumente, offizielle Stellungnahmen, Gutachten

Norddeutscher Rundfunk. Rahmenkonzept für den Ausbau der NDR-Regionalprogramme, in: Media Perspektiven, 1979, H. 2, S. 82-95, in: Kirche und Rundfunk, 1979, Nr. 10, S. I-VIII.

SPD-Landesausschuss-Beschluß zum NDR (9. Februar 1979), in: Funk-Report, 1979, Nr. 4, S. 3-5.

Staatsvertrag über den Norddeutschen Rundfunk (NDR). Entwurf der FDP-Landesverbände Hamburg, Schleswig-Holstein, Niedersachsen. Vorläufiger Entwurf, vorgelegt zur öffentlichen Sitzung des Landesausschusses Hamburg am 12. Februar 1979, in: Funk-Korrespondenz, Jg. 27, 1979, Nr. 5, S. D1-D7.

NDR-Staatsvertragsentwurf der norddeutschen Liberalen in der vom Hamburger FDP-Landesausschuß am 12.2.79 beschlossenen Fassung, in: Kirche und Rundfunk, 1979, Nr. 12, S. I-IX, in: Media Perspektiven, 1979, H. 2, S. 96-106.

Stellungnahme der norddeutschen Landeskirchen zur Neuordnung des NDR (13. Februar 1979), in: Kirche und Rundfunk, 1979, Nr. 13, S. I-II, in: Funk-Korrespondenz, Jg. 27, 1979, Nr. 8, S. 2-3.

Gemeinsame Stellungnahme der Industrie- und Handelskammern im Sendegebiet des NDR zu den Staatsvertragsentwürfen der Landesregierungen von Hamburg und Schleswig-Holstein über den Norddeutschen Rundfunk (4. April 1979), in: Kirche und Rundfunk, 1979, Nr. 27, S. I-IV, in: Funk-Korrespondenz, Jg. 27, 1979, Nr. 14, S. 3-7.

Bischöfe zum neuen Staatsvertrag über den NDR. Stellungnahme der katholischen Bischöfe im Sendegebiet des Norddeutschen Rundfunks vom 4. April 1979, in: Funk-Korrespondenz, Jg. 27, 1979, Nr. 14, S. 2-3.

Thilo Ramm: NDR besteht über 1980 hinaus. Auszüge aus einem von der RFFU in Auftrag gegebenen Gutachten (6.4.1979), in: Funk-Report, 1979, Nr. 8, S. 8-9.

Martin Neuffer: Memorandum über Folgen einer NDR-Auflösung (8.5.1979), in: Funk-Report, 1979, Nr. 10, S. 3-4, Zusammenfassung, in: Funk-Korrespondenz, Jg. 27, 1979, Nr. 20, S. 11-12.

(Herbert) Bethge: Statement zur rechtlichen Situation nach der Staatsvertragskündigung, abgegeben anlässlich des NDR-Hearings der SPD-Fraktion im Niedersächsischen Landtag am 17. Mai 1979, in: Funk-Report, 1979, Nr. 12, S. 12-15.

Wolfgang Hoffmann-Riem: Statement zur rechtlichen Situation nach der Staatsvertragskündigung, abgegeben anlässlich des NDR-Hearings der SPD-Fraktion im Niedersächsischen Landtag am 17. Mai 1979, in: Funk-Report, 1979, Nr. 11, S. 15-20.

Stellungnahme des NDR-Gesamtbetriebsrats zum NDR-Hearing der niedersächsischen SPD in Hannover (21.5.1979), in: Funk-Report, 1979, Nr. 11, S. 9-10.

RFFU-Erklärung zur NDR-Situation (25.5.1979), in: Funk-Korrespondenz, Jg. 27, 1979, Nr. 22, S. 10.

Offener Brief (des Gesamtbetriebsrats des Norddeutschen Rundfunks, der Rundfunk-Fernseh-Film-Union, der Deutschen Orchestervereiner, der Deutschen Angestelltengewerkschaft und der drei beim NDR vertretenen Landesverbände des deutschen Journalistenverbandes) an Ministerpräsident Ernst Albrecht (5.6.1979), in: Funk-Korrespondenz, Jg. 27, 1979, Nr. 23, S. 7, in: Funk-Report, 1979, Nr. 12, S. 7.

SPD-Präsidium verurteilt Albrechts Absichten (5.6.1979), in: Funk-Report, 1979, Nr. 12, S. 5.

Ernst Albrecht: 4-Punkte-Katalog für den NDR (20.6.1979), in: Funk-Korrespondenz, Jg. 27, 1979, Nr. 26, S. 8, in: Funk-Report, 1979, Nr. 13, S. 7.

Chronik der laufenden Erklärungen. Materialien zum NDR, in: Funk-Korrespondenz, Jg. 27, 1979, Nr. 30, S. D1-D5. Auch Hamburg erhebt Feststellungsklage, Niedersachsen und Hamburg weiterhin verhandlungsbereit (17./18.7.1979), (Martin) Neuffer schreibt (Erst) Albrecht (19.7.1979), Sprecher Niedersachsens weist Neuffer-Kritik zurück (19.7.1979), (Jürgen) Echternach: Hamburg inszeniert eine Krise (19.7.1979), Offener Brief der NDR-Mitarbeiter-Initiative (20.7.1979), Niedersächsische FDP gegen Radio Niedersachsen (14./15.7.1979), ARD-Vorsitzender (Friedrich-Wilhelm) von Sell: Sachverständige hinzuziehen (12.7.1979), Appell von NDR-Intendant (Martin) Neuffer (20.7.1979), Radio Bremen-Rundfunkrat teilt die Besorgnisse des ARD-Vorsitzenden (16.7.1979), Norddeutscher Rundfunk, der Intendant. Rundfunk Niedersachsen. Stellungnahme zu den Forderungen des niedersächsischen Ministerpräsidenten bei den NDR-Staatsvertragsverhandlungen (19.9.1979), in: Kirche und Rundfunk, 1979, Nr. 74, S. I-XII, in: Funk-Report, 1979, Nr. 19, S. 10-15, in: Media Perspektiven, 1979, Nr. 10, S. 709-714.

Vertrauliches Protokoll des CDU-Medienbeirats (20.9.1979), in: Funk-Report, 1979, Nr. 21, S. 6-7, Nachdruck aus der Frankfurter Rundschau vom 15.10.1979.

DJV-Appell an NDR-Vertragspartner: Staatsvertrag verlängern (Anfang November 1979), in: Funk-Report, 1979, Nr. 22, S. 14-15.

Werner Hess: Zukunft des NDR: Erklärung des amtierenden ARD-Vorsitzenden (zum Scheitern der NDR-Verhandlungen am 6./7.11.1979) - (7.11.1979), in: Media Perspektiven, 1979, Nr. 11, S. 765-766.

Stellungnahmen zum Scheitern der NDR-Verhandlungen (November 1979), in: Funk-Report, 1979, Nr. 23, S. 10-16. Stellungnahmen von Martin Neuffer, Werner Hess, den SPD-Landesvorsitzenden und Fraktionsvorsitzenden Schleswig-Holstein, Hamburg und Niedersachsen, Willy Brandt, der SPD-Länder-Regierungschefs, Egon Bahr (Vorsitzender der Medienkommission beim SPD-Parteivorstand), Helmut Rohde (SPD-Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen), der RFFU, Manfred Buchwald (DJV) und Helmut Kohl.

Sozialdemokratische Partei Deutschlands zu NDR, in: Funk-Report, 1979, Sonderausgabe, S. 50-60, Stellungnahmen zum Scheitern der NDR-Verhandlungen vom 6./7. November 1979, Egon Bahr (15.11.1979), Willy Brandt (9.11.1979), Helmut Schmidt (13.11.1979), Herbert Wehner (15.11.1979), Hans-Ulrich Klose (7.11.1979), Norddeutsche SPD (8.11.1979) Erklärung der Ministerpräsidenten (Holger) Börner, (Hans-Ulrich) Klose, (Hans) Koschnik, (Johannes) Rau und (Dietrich) Stobbe vom 9.11.1979, Präsidium der SPD (12.11.1979), Gert Börnsen (14.11.1979), Jungsozialisten in der SPD (15.11.1979).

Kompromißvorschlag Schleswig-Holsteins für die Grundzüge eines Staatsvertrages über den NDR als Drei-Länder-Anstalt - vom 19.11.1979 - auf der Grundlage der Verhandlungen der Regierungschefs, in: Kirche und Rundfunk, 1979, Nr. 91, S. (1)-(4), in: Funk-Korrespondenz, Jg. 27, 1979, Nr. 47, S. 4-6.

Wilhelm A. Kewenig: NDR-Kündigung ist Auflösungskündigung, in: Funk-Korrespondenz, Jg. 27, 1979, Nr. 47, S. 6-8, Gesamtergebnis und Zusammenfassung der wichtigsten Ereignisse des von der niedersächsischen Landesregierung in Auftrag gegebenen Gutachtens "Zu den Voraussetzungen und zur Wirksamkeit der Kündigung des NDR-Staatsvertrages durch den schleswig-holsteinischen Ministerpräsidenten" in 12 Thesen.

Analysen, Kritiken, Meinungen

Gert Börnsen: Einigungsfähig - Anmerkungen zum FDP-Entwurf für einen neuen NDR-Staatsvertrag, in: Funk-Report, 1979, Nr. 4, S. 1-2.

Horst O. Halefeldt: In der Verfassung zu verankern? Alte Antworten auf aktuelle Fragen, in: Kirche und Rundfunk, 1979, Nr. 11, S. 6-8.

(Heinz-Josef) Hu(bert): Ein Ende des NDR wäre katastrophal. Ruinöse Kostenwelle mit einschneidenden Auswirkungen auf WDR-Programm. WDR-Chefs zum Konflikt um die Dreiländeranstalt, in: WDR-print. Nr. 47, 1979, S. 1-16.

Immer wieder und immer noch: der NDR, in: Funk-Korrespondenz. Jg. 27, 1979, Nr. 26. S. 1-8, Herbert Janssen: Der NDR muß klagen. Neue Rechtsgutachten: Kündigung ungültig; nur "Austrittskündigung", Brigitte Knott: Über die Zukunft des Rundfunks entscheidet die Zukunft des NDR. Eindrücke von den zweiten Hamburger Medientagen (21./22. Juni 1979), Brigitte Knott: Mehr Markt oder wirksamere Kontrolle - oder besser ausgebildete Journalisten? Tagung "NDR: Zur Zukunft des Rundfunks in Norddeutschland" der Evangelischen Akademie Loccum (11./12. Juni 1979), (Ernst) Albrecht legt 4-Punkte-Katalog für den NDR vor.

Jürgen Itzfeld: Interview mit Hans-Ulrich Klose, Erster Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg, in: Funk-Report, 1979, Nr. 23, S. 1-4.

Herbert Janssen: Niedersachsen schafft eine völlig neue Lage. Albrecht will dem NDR Frequenzen für andere Veranstalter wegnehmen, in: Funk-Korrespondenz, Jg. 27, 1979, Nr. 23, S. 4-6.

Herbert Janssen: Schach! - Matt? Niedersächsische Rösselsprünge und Hamburger Rochade führten zu einer Hängepartie um den NDR, in: Funk-Korrespondenz, Jg. 27, 1979, Nr. 30, S. 1-5.

Herbert Janssen: Vor dem Zerfall? Das Scheitern der NDR-Verhandlungen markiert einen Wendepunkt der Rundfunkpolitik, in: Funk-Korrespondenz, Jg. 27, 1979, Nr. 46, S. 1-4.

Manfred Jenke: Programmöglichkeiten des NDR im Vergleich zu möglichen Nachfolgeanstalten, in: Funk-Report, 1979, Nr. 11, S. 1-6.

(Klaus) Kel(ler): Ende offen. Rundfunkstreik: Chronik der laufenden Ereignisse, in: Funk-Korrespondenz, Jg. 27, 1979, Nr. 51/52, S. 6-9.

Ulrich Knickrehm: Medienpolitische Machtergreifung, in: Journalist. Jg. 30, 1979, Nr. 12, S. 8-11.

Brigitte Knott: Überflüssig? Anmerkungen zum FDP-Entwurf eines Staatsvertrags über den NDR, in: Funk-Korrespondenz, Jg. 27, 1979, Nr. 6, S. 1-3.

Udo Kölsch: Wenn die Daumenschrauben angezogen werden, tun die Kopfschmerzen nicht mehr so weh! (Zur Situation des) Verband(s) Norddeutscher Rundfunk (der RFFU), in: Hörfunk Fernsehen Film, Jg. 29, 1979, H. 11, S. 20-22.

Kommentare zu Albrechts Privatisierungsplänen, in: Funk-Report, 1979, Nr. 12, S. 1-4. Egon Bahr: Den Systemveränderern Einhalt gebieten, Klaus Matthiesen: Der NDR als Albrechts Prestigeobjekt, Karl Ravens: Albrecht kündigt Grundkonsens der Bundesländer auf.

Ernst Gottfried Mahrenholz: Wie man den überparteilichen CDU-Funk etabliert, in: Hörfunk Fernsehen Film, Jg. 29, 1979, H. 10, S. 10-11.

NDR: Ab 1. Januar 1981 nur noch ein "ausgewogenes Sendezeichen"? Zum NDR-Hearing der SPD-Fraktion im Niedersächsischen Landtag (17./18.5.1979), in: Funk-Korrespondenz, Jg. 27, 1979, Nr. 21, S. 3-7.

Hendrik Schmidt: Cuius regio - eius radio? Der Länderstreit um den Norddeutschen Rundfunk, in: Vorgänge, Jg. 18, 1979, H. 4/5 (40/41), S. 33-36.

Hendrik Schmidt: Den Fortbestand des NDR nicht von Personen abhängig machen. Ein Interview mit Martin Neuffer, in: Kirche und Rundfunk, 1979, Nr. 36, S. 1-3.

Will Teichert: Wollen hätten wir schon mögen. Zum Konzept für den Ausbau der NDR-Regionalprogramme (vom 5.2.1979), in: Kirche und Rundfunk, 1979, Nr. 11, S. 1-2.

Hinweise

Eine Zusammenstellung von Dokumenten, Stellungnahmen und ausgewählten Kommentaren aus Zeitschriften und Zeitungen legte der Norddeutsche Rundfunk vor, in: NDR Mitteilungen für Rundfunkrat, Verwaltungsrat und Programmbeirat, 1979, Nr. 1-17.

Gutachten und Memoranden sind abgedruckt in einer Reihe des Norddeutschen Rundfunks: NDR Materialien zur Staatsvertragskündigung. Folge 1-7, Hamburg 1978-1979.

Eine weitere Dokumentation veröffentlichte die Initiative Bürger für freien Rundfunk e.V. Hamburg: Der Vertrag. Vom selbstlosen Kampf "unserer" Politiker um unseren Rundfunk. Hamburg 1979.

BESPRECHUNGEN

Ludwig Maaßen, Der Kampf um den Rundfunk in Bayern. Rundfunkpolitik in Bayern 1945 bis 1973 (Rundfunkforschung, Bd. 7), Berlin: Verlag Volker Spiess 1979

Öffentlich-rechtliche Landesrundfunkanstalten sind als Objekte rundfunkpolitischer Machtkämpfe machtlos; anders ausgedrückt: Sie sind ohnmächtige und einflußlose Faktoren im Willensbildungs- und Entscheidungsprozeß der für die Rundfunkgesetzgebung zuständigen Landesparlamentarier. Zu diesem Schluß gelangt der Leser, wenn er als exemplarischen Fall Maaßens "Kampf um den Rundfunk in Bayern" heranzieht, wo die Politiker "statt für den Rundfunk und seine Unabhängigkeit zu kämpfen, ... sie um ihn ... (kämpften) ... mit dem Ziel, seine Funktionen im demokratischen Staat ihren parteilichen Wünschen unterzuordnen" (S. 5).

Im Kampf, der Begriff scheint besonders werbewirksam, gab es seit 1945 verschiedene "Gegnerschaften", die ihre jeweiligen rundfunkpolitischen Ziele durchzusetzen suchten:

- Die amerikanische Besatzungsregierung suchte gegen die bayerische Staatsregierung ihr Modell der Dezentralisierung, der Unabhängigkeit des Rundfunks von Staat, Regierung und Einzelinteressen durchzusetzen, nachdem ihr ursprüngliches Ziel eines privat-organisierten Rundfunks mangels ausreichender Frequenzen und fehlender finanzieller Mittel nicht zu realisieren war.

- Die bayerische Staatsregierung sah die Gefahr einer 'Vergesellschaftung' des Rundfunks und forderte eine im staatlichen Bereich angesiedelte Organisation, die "direkte Einflußmöglichkeiten von Staat, Regierung und Parlament zuließ" (S. 30).

- Entgegen der Exekutive waren die Parlamentarier einer öffentlich-rechtlichen Struktur mit ständisch-pluralistischer Aufsichtsstruktur durchaus nicht abgeneigt.

Durch erheblichen Druck der Militärregierung errichteten die Politiker Bayerns mit dem Bayerischen Rundfunk eine aus dem Staatsbereich ausgegliederte Anstalt des öffentlichen Rechts. Nach dem ausdrücklichen Willen der SPD-Parlamentarier gab die CSU dem Wunsch nach, Parlamentarier in den Rundfunkrat zu delegieren, wobei Wert auf politische Mehrheiten gelegt wurde, indem sich die beiden großen Parteien die ihnen zunächst zustehenden fünf Sitze aufteilten.

Die parlamentarische Repräsentanz im Rundfunkrat war seit 1950 mehrmals Anlaß rundfunkgesetzlicher Änderungsinitiativen. Scheiterte die SPD 1950 noch mit ihrem Versuch, mehr Parlamentarier in den Rundfunkrat zu bringen, am Widerstand der anderen Parteien, setzte sich die Legislative 1959, getragen von der CSU, SPD, FDP und GB/BHE, mit ihrem Ansinnen durch, "das vordem vorherrschende ständische Prinzip der Zusammensetzung ... durch eine Parlamentarisierung ..(zu).. konterkarier(en)" (S. 60). Statt fünf Mitglieder entsandte man nunmehr deren elf. Damit einher ging eine Kompetenzerweiterung des Rundfunkrats zu Lasten des Intendanten, dessen Position geschwächt wurde. Zur Ernennung der Direktoren sowie seines Stellvertreters bedurfte es nicht mehr nur seiner eigenen souveränen Entscheidung, sondern auch der Zustimmung des Rundfunkrats. Damit nicht genug: Vor der Ernennung von Hauptabteilungsleitern war ebenfalls der Rundfunkrat zu hören.

Die 1959 zu konstatierende Geschlossenheit der bayerischen Parteien, vor dem Hintergrund der in jener Zeit aktuellen Bestrebungen für eine bundesgesetzliche Rundfunkneuordnung nicht weiter überraschend, wich einem - bei Maaßen ausführlich dargestellten - Parteienstreit um die Novellierung des Rundfunkgesetzes 1972, die mit Volksbegehren, Volksentscheid und einer erneuten Novellierung des Rundfunkgesetzes im Jahr 1973 endete. Als nennenswertes Ergebnis der historischen Rekonstruktion der Entscheidungsprozesse um Rundfunkgesetz-Novellierungen läßt sich festhalten: "Der Rundfunkrat wurde im Zuge der Rundfunkgesetzänderungen parlamentarisiert, d.h., mehr und mehr zu einem mehrheitsmäßigen Abbild des Landtags, da die an den rundfunkpolitischen Entscheidungen Beteiligten die zur Lösung anstehenden Fragen aus dem Blickwinkel ihres jeweiligen Einflusses auf Programm und Personal des Rundfunks beurteilten. Ausschließlich auf machtpolitische Kategorien fixiert, rückten sie den Problemen nicht qualitativ, sondern quantitativ zu Leibe..." (S. 123).

Die Beilegung des Rundfunkstreits 1973 durch das Einlenken von Franz Josef Strauss, der in der Darstellung bis dahin allenfalls am Rande erwähnt wird, hätte den Autor stutzig machen müssen über die Konzeption seiner Arbeit, die die rundfunkpolitischen Diskussionen und Entschlüsse auf einer quasi innerbayerischen Bühne abspielen läßt: So, als ob der "Kampf" um den Rundfunk in Bayern ausschließlich Angelegenheit besonders ehrgeiziger, der Rundfunkanstalt linke Tendenzen unterstellender Landespolitiker sei, die ihr rundfunkpolitisches Süppchen zu kochen gedachten wie es ihnen gefiel, und die nur Obacht auf eine Parlamentsmehrheit zu geben hatten.

An dieser Einschätzung ändert sich auch nichts durch die Aufnahme zweier Kapitel über die Fernsehurteile des Bundesverfassungsgerichts und den Streit um den Finanzbeitrag des BR für das ZDF; im Gegenteil, besonders diese Kapitel wirken innerhalb der Gesamtkonzeption wie Fremdkörper in einer ansonsten von bayerischen Regierungsmitgliedern, Senatoren, Parlamentariern, Akteuren der regionalen Presse und regionaler Ver-

einigungen getragenen Darstellung, die um einige Kommentare 'betroffener' BR-Redakteure ergänzt wurde. So kann man als Leser tatsächlich zu dem eingangs erwähnten Schluß kommen, daß die Landesrundfunkanstalten, hier der Bayerische Rundfunk, ausschließlich Objekt der (bayerischen) Rundfunkpolitik seien, fehlen doch ausnahmslos Passagen über die intern im BR geführten Diskussionen (möglicherweise auch Machtkämpfe?) zur Verhinderung (vielleicht auch Förderung?) der von den Landespolitikern verfolgten Ziele nach mehr politischem Einfluß auf die Anstalt. Da existiert beispielsweise die ARD, deren Mitglied der BR war und ist. Über ihre Haltung und Einstellung und ihren möglichen Einfluß erfährt der Leser ebenso nichts wie über mögliche Funktionen der Ministerpräsidenten, die auf ihren Konferenzen sicherlich auch ein Stück bayerische Rundfunkpolitik betrieben haben dürften. Dieses muß Mutmaßung bleiben.

Diese Kritik übersieht freilich nicht das Problem der Quellenlage für den bearbeiteten Zeitraum 1945 bis 1973, über die der Autor selbst schreibt, daß die vorliegenden rundfunkpolitischen Untersuchungen über jene Zeit durchweg auf einen bestimmten Zeitraum begrenzt oder auf andere thematische Aspekte konzentriert seien. Allgemein sei eine Tendenz feststellbar, die den Historiker nicht überrasche: "Je größer der zeitliche Abstand der Arbeiten zu den untersuchten Vorgängen ist, desto brauchbarer sind sie aus heutiger Sicht" (S. 6). Die von Maaßen genutzten allgemein zugänglichen Quellen reichten jedenfalls nicht aus, alle an den Auseinandersetzungen um den Rundfunk in Bayern beteiligten Gruppen und ihre jeweiligen Interessen darzustellen. Von daher ist in der Arbeit jedenfalls kein 'Gefälle' zwischen brauchbaren Ergebnissen über die vierziger/frühen fünfziger Jahre und den weniger brauchbaren in den siebziger Jahren festzustellen.

Noch einmal zur Quellenlage: Wie nützlich und sicherlich auch ertragreich wäre der Zugang zu Quellenmaterial des BR gewesen, um diese Anstalt drehte sich schließlich der Kampf der Rundfunkpolitiker. Man darf wohl behaupten, daß das Fehlen dieser Quellen nicht dem Autoren zugeschrieben werden darf, der die Archivtore verschlossen vorgefunden haben dürfte ... Nützlich, ja erforderlich wären Hintergrundgespräche mit "historischen Zeugen" gewesen, freilich ein etwas mühsames Unterfangen.

Zweifelhaft scheint schließlich die Frage nach der Verantwortung für das Fehlen eines Sach- und Personenregisters, das den Benutzerwert mindert. Unter dem Sachwort "Privatfunk" und dem Namen "Strauss", jeweils auf Seite 115, wäre folgende Äußerung des bayerischen Politikers vom 18.12.72 schneller auffindbar: "Ich sehe keine Möglichkeit, einen Privatfunk einzurichten, ohne daß dabei eine mächtige Kapitalgruppe dominiert, und das wollen wir nicht."

Klaus Wehmeier

Handbücher der Deutschen Welle 1972/74/76/78/80

Ein Hauptunterschied zwischen Auslandssendungen und Inlandfunk liegt darin, daß die ersten zwar vom Steuerzahler bezahlt, aber gewöhnlich in der Heimat kaum gehört werden können. Und das wieder bedeutet, wie wir auf Englisch sagen: "there are no votes in overseas broadcasts" (mit Auslandssendungen sind keine Stimmen zu gewinnen). So sind "Public Relations" für einen Auslandsdienst äußerst wichtig. Ich nehme an, ein Hauptziel der Handbücher der Deutschen Welle ist es, die deutsche Öffentlichkeit über die Arbeit und die Leistung der Deutschen Welle zu informieren. Das sollte ihnen gelingen. Die Bände sehen gut aus. Jeder Band enthält etwa zwanzig Artikel über die verschiedensten Themen wie auch statistische Informationen.

Eines fällt einem sofort auf. Einige der Berichte sind nicht auf Deutsch sondern auf Englisch verfaßt. Und das deutet auf ein wichtiges Problem für die Deutsche Welle hin. Die Hauptziele für Kurzwellensendungen westlicher Rundfunkanstalten sind heute die Entwicklungsländer in Asien und Afrika. In diesen Erdteilen ist die "lingua franca" Englisch. Die BBC hat es also relativ leicht. Der Kern ihrer Auslandssendungen ist der "World Service" - 24 Stunden täglich auf Englisch. Bei der Deutschen Welle ist das Gegenstück das Deutsche Programm: drei Stunden und 50 Minuten lang - in 24 Stunden sechs mal ausgestrahlt. Man muß sich aber fragen, wieviele Menschen in Afrika und Asien ein solches Programm verstehen können. Es ist interessant, aber nicht überraschend, zu erfahren, daß 1978 zum ersten Mal die Zahl der Hörerbriefe an die Deutsche Welle auf Englisch größer war als die auf Deutsch.

Das soll aber keineswegs bedeuten, daß die Deutsche Welle erfolglos geblieben ist, ganz im Gegenteil. In den zehn Jahren von 1970 bis 1979 hat sie erstaunliche Fortschritte erzielt. Auf technischem Gebiet sind zu den zehn 100 Kilowatt-Sendern bei Jülich zwölf 500 Kilowatt-Sender im Wertachtal hinzugefügt worden - im modernsten Senderkomplex in Europa. Und auf den Relaisender bei Kigali in Afrika folgten in diesen Jahren andere in Portugal, auf Malta und auf der karibischen Insel Antigua (in Zusammenarbeit mit der BBC). Bald soll auch ein Relaisender auf Sri Lanka in Betrieb genommen. Der Empfang der Sendungen der Deutschen Welle ist also in den meisten Erdteilen heute gut. Die Hörerpostzahlen aus diesen Jahren weisen auf eine immer stärker zunehmende Hörerschaft hin: 1970 etwa 10000 Briefe, 1978 über 40000. Für einen Spätanfänger ein schöner Erfolg.

Verantwortlich für diesen Erfolg ist vor allem wohl Walter Steigner, der in dieser ganzen Zeit Intendant der Deutschen Welle gewesen ist. Er hat also jeden Grund, mit ihrer Leistung zufrieden zu sein. Doch in fast allen seinen Berichten kehrt er immer wieder zu einem Thema zurück: die ständige Kritik aus Moskau, die Deutsche Welle mische sich in die

internen Angelegenheiten der kommunistischen Länder ein. Nun, wenn ich an seiner Stelle wäre, würde ich besorgt sein, wenn ich keine solche Kritik bekäme. In den Jahren, in denen ich Leiter des Deutschen Dienstes der BBC gewesen bin, war unser Programm oft das Ziel von kommunistischer Propaganda. Ich habe das immer als Beweis dafür betrachtet, daß die Sendungen ihre Wirkung hatten. Es gehört nämlich zum Wesen von totalitären Staaten, daß sie alle Meinungen, die nicht mit denen des Regimes übereinstimmen, unterdrücken möchten. Wenn ein westlicher Sender in russischer Sprache Berichte bringt, die für die Sowjetunion irgendwie unbequem sind, so heißt es sofort: "Einmischung".

Noch in einem weiteren Punkt unterscheidet sich die Deutsche Welle von den External Services der BBC. Sie hat nämlich nach dem Rundfunkgesetz einen gesetzlichen Auftrag, und zwar: ein umfassendes und objektives Deutschlandbild zu vermitteln. Fellhauer, Verwaltungsdirektor und Stellvertreter des Intendanten, schreibt in einem interessanten Artikel (Handbuch 80): "Wenn wir aber Wert darauf legen, in einem aktiven Kommunikationsprozeß zu unseren Hörern zu stehen, dann ist deren Interesse, die von ihnen gewünschten Informationen zu erhalten, genau so hoch zu veranschlagen wie unsere, bestimmte Informationen abzugeben". Das ist das Kernproblem für alle Auslandsrundsendungen. Die erste Aufgabe eines jeden Kurzwellendienstes liegt darin, Hörer für sich zu gewinnen. Sonst ist das Ganze sinnlos. Dabei kommt es nicht nur auf die technische Leistung an. Ein guter Empfang ist natürlich wesentlich. Zum Erfolg aber braucht man einen interessanten Programminhalt. Und es ist leider so, daß sich die meisten Leute in Indonesien oder Ghana, in Indien oder Zambia mehr für ihre eigenen Probleme als für, sagen wir, die Ereignisse im Bayerischen Landtag interessieren. Um von Köln oder von London aus bei solchen Hörern ein Echo zu finden, braucht man vor allem Phantasie - die Fähigkeit, sich in die Mentalität von anderen hineinzudenken. Deswegen hätte ich gerne mehr darüber erfahren - und das scheint mir die größte Lücke bei diesen Handbüchern -, welche Programme der Deutschen Welle die populärsten sind. In dem Bericht über die Hörerpost (Handbuch 80) schreibt Ernst Peterssen, daß viele Hörer (besonders in Japan) DXer sind, die deswegen QSI-Karten verlangen. Er erwähnt auch, daß viele wegen Wettbewerben oder Quizsendungen schreiben.

Es wird, wie ich aus den Handbüchern erfahre, heute von fast vierzig Ländern aus auf Deutsch gesendet. Um bei einer solchen Konkurrenz doch Erfolg zu haben, muß man wohl etwas Besonderes bieten. Gewiß ist das auch bei der Deutschen Welle der Fall. Nur erfährt man aus den Handbüchern wenig über die Spitzenprogramme für Afrika und Asien. Bei uns in England sind die Regierungen (ob Labour oder Konservativ) geneigt zu meinen: wir brauchen kaum mehr für unsere Freunde auf der Welt zu senden. Die Leute sind heute viel besser informiert als früher. Wie oft hörte ich dieses Argument, was BBC-Sendungen für die Bundesrepublik betrifft. Man wollte mir erzählen:

Heute reist fast ein jeder, und durchs Fernsehen und andere Medien ist der Bundesbürger reichlich über England informiert. Wir haben aber aus Preisausschreiben, bei denen sich der Hörer über England äußern sollte, erfahren, daß das Englandbild vieler Deutscher auch heute noch verzerrt ist.

Nach einem gescheiterten Artikel von Günther Scholz (Handbuch 80) zu urteilen, ist es mit dem Deutschlandbild im Ausland kaum anders. Scholz berichtet, daß eine große Umfrage in den USA und sieben europäischen Ländern über die Vorstellungen von Deutschland enttäuschende Ergebnisse gebracht hat. "Wie ernst das genommen werden soll, das hängt sicher von der Frage ab, ob durch Medien oder auf andere Weise überhaupt etwas zur Aufhellung des Deutschlandbildes beigetragen werden kann. Wer etwa an den gesetzlichen Auftrag der Deutschen Welle denkt, sie solle über die deutsche Wirklichkeit berichten, darf aus dieser Wirklichkeit nichts ausklammern, nichts beschönigen. Gerade dadurch kann er zu einem Wandel des Deutschlandbildes im Ausland, besser zu einer Anpassung an die Wirklichkeit beitragen." Das stimmt natürlich. Ich kann mich erinnern, wie vor fast zwanzig Jahren, in den ersten Tagen der Deutschen Welle, eine Delegation aus Köln zu uns nach London kam und der Vorschlag gemacht wurde, die Welt zwischen der BBC und der Deutschen Welle aufzuteilen. Die BBC sollte nur in bestimmte Länder senden, die Deutsche Welle in die anderen. Worauf mein damaliger Direktor zu den deutschen Kollegen sagte: "Das geht leider nicht. Wir sind zwar Verbündete, Ihr habt aber eure eigenen Interessen zu vertreten, wir von der BBC unsere. Jedes Land soll für sich - und für sich allein - sprechen."

Das gilt heute noch. So eng und gut die Beziehungen zwischen Deutscher Welle und BBC in diesen Jahren gewesen sind, so bleiben doch ihre Aufgaben verschieden. Nur die Deutsche Welle kann der Welt ein wahres Bild der heutigen Bundesrepublik vermitteln. Der Vorsitzende des Rundfunkrates der Deutschen Welle, Dr. Ernst Heinsen, schreibt: "Der Nationalsozialismus hat ... die Kurzwelle zu seinen Zwecken mißbraucht. Umso mühsamer, aber umso notwendiger war es, nach dem Zweiten Weltkrieg den Versuch zu unternehmen, das verlorengegangene Vertrauen wieder zurückzugewinnen. Diese Aufgabe wurde der Deutschen Welle übertragen, die aus bescheidenen Anfängen heraus eine vielbeachtete und meist geschätzte Rolle im internationalen grenzüberschreitenden Rundfunk spielt." Das scheint mir eine sehr faire Zusammenfassung von Aufgabe und Leistung der Deutschen Welle in diesem Jahrzehnt zu sein.

Richard O'Rorke

Christopher H. Sterling and John M. Kittross: Stay Tuned. A Concise History of American Broadcasting. - Belmont/California 1978: Wadsworth Publishing Co., 562 Seiten.

Die beiden Verfasser ("We think that the history of broadcasting is important"), Professoren am Department of Radio-TV-Film der Temple-Universität in Philadelphia, sind bereits als Herausgeber von Texten und Textsammlungen zur amerikanischen Funk- und Rundfunkgeschichte hervorgetreten (s. MITTEILUNGEN Nr. 2/1979, S. 82). Das Konzept der vorliegenden Geschichte des Rundfunks in den Vereinigten Staaten weist unter historiographischen Gesichtspunkten ein gutes Stück über den Dreibänder von Erik Barnouw, erschienen zwischen 1966 und 1970, hinaus. Während Barnouw - vielleicht sogar auch Asa Briggs für den britischen Rundfunk - noch in der "Jäger- und Sammlerphase" der Rundfunkgeschichtsschreibung Personen und Ereignisse aufzeichnen und beschreiben, mehr oder minder ungewichtet, versuchen Sterling-Kittross Entwicklungen auszumachen und Schlüsselpersonen zu erkennen, und zwar systematisch jeweils in den Bereichen Technik, Organisation, Wirtschaft, Programm, Publikumsforschung, Politik und Staatsaufsicht.

Aus diesem Grund haben sie die Gliederung ihrer Darstellung zweidimensional angelegt. Die Kapitel folgen der Chronologie, während die einzelnen Abschnitte der Kapitel - mit Ausnahme der beiden ersten Kapitel - gleichbleibend thematisch angeordnet sind. Dieses Gliederungsprinzip geht deutlich aus den Überschriften der Kapitel und Abschnitte hervor:

Kapitelsystematik (chronologisch)

1. The Context of Broadcasting
2. The Prehistory of Broadcasting (to 1919)
3. The Beginning of Broadcasting (1920-1926)
4. The Coming of Commercialism (1926-1933)
5. Radio's Golden Age (1934-1941)
6. Radio Goes to War (1941-1945)
7. Era of Great Change (1945-1952)
8. The Age of Television (1952-1960)
9. Accommodation and Adjustment (1961-1977)
10. Lessons from the Past for the Future.

Auffallend ist die Epochalisierung, die ungefähr der des europäischen Rundfunks entspricht; die Überschrift des 9. Kapitels dürfte eher eine Verlegenheitslösung sein. Die Kapitel 3 bis 10 sind dann nach folgenden Themen untergliedert:

Kapitelsystematik (thematisch)

- | | |
|-----------------------------|---|
| 1. Technical Innovations | 6. Radio-Television Programming |
| 2. Broadcasting Stations | 7. The Broadcast Audience |
| 3. Broadcast Networks | 8. Regulatory Trends |
| 4. Educational Broadcasting | 9. Broadcasting and Society and Foreign Broadcasting. |
| 5. Broadcast Advertising | |

Diese thematische Substruktur der Darstellung wird von den Verfassern zwar begründet, und sie entbehrt auch nicht einer

gewissen kommunikationshistorischen Plausibilität. Gleichwohl ist kritisch anzumerken, daß der technische Determinismus, wie er in der Voranstellung der "technischen Innovation" zum Ausdruck kommt, zunächst einmal ablenkt von den wirtschaftlichen Bestimmungsmerkmalen eines kommerziellen Rundfunksystems, die - wie im vorliegenden Fall - erst an fünfter Stelle der Themengliederung behandelt werden.

Charakteristisch für die amerikanische Rundfunkgeschichtsschreibung ist die geringe Beachtung, die auch Sterling-Kittross der staatlichen Rundfunkaufsicht durch die Bundesfernmeldevverwaltung (FCC) zuteil werden lassen. Die publizistischen Randbedingungen der Rundfunkentwicklung, die Verhältnisse bei den übrigen Medien, haben die beiden Verfasser - im Gegensatz zu Barnouw und Briggs - wenigstens mit ein paar Sätzen in jedem Zeitabschnitt angedeutet.

Am Schluß eines jeden Kapitels versuchen die Autoren Verbindungen zum allgemeingeschichtlichen Geschehen zu knüpfen, doch diese Versuche fallen recht bescheiden aus. Auch die sehr kurzen Blicke über die Grenzen reichen allenfalls einmal bis Großbritannien - hier lag eben ein englischsprachiger Text vor. Nach jedem Kapitel folgt schließlich ein kommentierender Literaturbericht anstelle der mit Bedacht weggelassenen Fußnoten.

Aufnahme in den Anhang fanden eine Rundfunkchronik, ein Glossar mit Wörtern und Begriffen, eine umfangreiche Tabellensammlung mit Statistiken sowie eine ausführliche Bibliographie. Die Ausstattung ist graphisch originell, doch in der Bildauswahl eher konventionell und spartanisch obendrein. Allenfalls die Idee, einzelne Bilder, Dokumente und Tabellen im Text in einem Kasten mit informativer Legende unterzubringen, kann als sehr nützlich durchgehen, obwohl eine solche lernfreundliche Aufmachung in amerikanischen Textbooks für den Hochschulunterricht nichts Ungewöhnliches ist.

Sterling-Kittross haben eine wissenschaftlich anspruchsvolle Mediengeschichte vorgelegt, die trotz ihrer Fixierung auf das Organisationsmodell der USA dem Benutzer häufig Gelegenheit zum Vergleich mit europäischen Rundfunksystemen bietet, besonders unter dem Aspekt der in den Vereinigten Staaten ebenso wie in zahlreichen anderen Ländern zu beobachtenden Entwicklung zu gemischten Organisationsformen der Rundfunkmedien, - der klassischen drahtlosen wie der neuen Kabelrundfunkmedien.

Winfried B. Lerg

Frank W. Peers: The public eye. Television and the politics of Canadian broadcasting, 1952-1968. Toronto 1979: University of Toronto Press, 459 Seiten.

Im ersten Band seiner Geschichte der kanadischen Rundfunkpolitik (The politics of Canadian broadcasting, 1920-1951. Toronto 1969: Toronto University Press, 466 S.) schilderte Peers die Entstehung und Entwicklung eines gemischten Rundfunksystems aus privaten und öffentlichen Programmträgern, nach u.s.-amerikanischen und britischen Vorbildern. Privatgesellschaften entstanden seit 1920. Eine Royal Commission on Radio Broadcasting legte im September 1929 den Plan für ein landesweites öffentliches Rundfunknetz vor, der 1932 zur Gründung der Canadian Radio Broadcasting Commission - seit Mai 1933 auch Programmträger - und 1936 zur Gründung der noch heute bestehenden Canadian Broadcasting Corporation (CBC) führte; die CBC ist eine öffentlich-rechtliche Anstalt körperschaftlicher Organisationsform. Die privaten Rundfunkgesellschaften bestanden weiter und verbreiten heute regionale und lokale Programme, während CBC für die landesweiten (nationalen) Programme zu sorgen hat. Bereits 1937 wurden grenzüberschreitende Rundfunkprobleme zwischen Kanada und den Vereinigten Staaten durch besondere Abmachungen (North American Regional Broadcasting Agreement) geregelt.

Die einstrahlenden Fernsehprogramme aus den USA diktierten dem kanadischen Rundfunk das Tempo für die Einführung des Fernsehens. Hier beginnt die Darstellung des zweiten Bandes der Geschichte der kanadischen Rundfunkpolitik. Seit 1947 konnten Kanadier u.s.-amerikanische Fernsehprogramme empfangen, und die kanadische Regierung stand vor einem publizistischen und kulturpolitischen Problem, wie es in der amtlichen Bezeichnung einer weiteren Kommission zum Ausdruck kam: Die Royal Commission on National Development in the Arts, Letters and Sciences legte 1951 ihren Bericht über den Aufbau des zweiten Rundfunkmediums in Kanada vor. Die CBC und die Privatgesellschaften sollten Fernsehprogramme herstellen und verbreiten, was dann von 1952 an auch geschah. Zunächst arbeiteten die Privatgesellschaften - wie beim Hörfunk - im regionalen und lokalen Bereich; die CBC baute langsam eine landesweite Fernsehorganisation auf. Sprachenpolitische Hindernisse führten zu anhaltenden Auseinandersetzungen. In den ersten Jahren erreichten die Privatgesellschaften rd. 70 Prozent der Zuschauer mit ihren Fernsehprogrammen; nur 30 Prozent konnten CBC-TV sehen.

Peers arbeitete vorwiegend mit Akten der CBC, zog allerdings auch zahlreiche Privatpapiere von Zeugen und Mitwirkenden für seine detaillierte Untersuchung heran. Wird er in zehn Jahren den dritten Band pünktlich herausgeben können?

Winfried B. Lerg

30 Jahre Bundesrepublik Deutschland, Bd. 2: Jürgen Weber, Das Entscheidungsjahr 1948. Mit Beiträgen von Gebhard Diemer, Ansgar Diller, Walter Roller, Jürgen Weber und Karl-Heinz Willenborg. München (Bayerische Landeszentrale für politische Bildungsarbeit) 1979, 356 S. Mit Tondokumenten in 2 Kassetten.

Ohne Verzögerung legt die Bayerische Landeszentrale für politische Bildungsarbeit den 2. Band ihrer Veröffentlichung aus Anlaß des 30jährigen Bestehens der Bundesrepublik Deutschland vor, der dem "Entscheidungsjahr 1948" gewidmet ist. Über Zielsetzung und Anlage der Gesamtpublikation wurde vor Jahresfrist an dieser Stelle berichtet, so daß auf das dort Gesagte generell zu verweisen ist (vgl. MITTEILUNGEN 5, 1979, S. 116-119). Im übrigen ist der Inhalt des 2. Bandes nicht auf Ereignisse des Jahres 1948 eingegrenzt; sowohl Ansgar Diller im einleitenden Abschnitt "Zwischen Kooperation und Konfrontation. Der Kalte Krieg und Deutschland" (S. 19-40) wie auch Gebhard Diemer im folgenden Teil über die Deutschlandpolitik der Alliierten (S. 41-70) greifen auf die Entwicklung seit 1945 zurück und erfüllen damit ein Desiderat, das bei Erscheinen des 1. Bandes offen geblieben war. Der Schwerpunkt der Veröffentlichung liegt jedoch den ursprünglichen Absichten von Herausgeber und Mitarbeitern entsprechend weiterhin bei der Darstellung der innenpolitischen Entwicklungen in Deutschland.

Vorzüglich wird der didaktische Zweck durch die betonte Behandlung der sozialen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen jener Jahre unterstützt, in denen um den Preis der Einheit Deutschlands die Voraussetzungen für die Begründung der Bundesrepublik Deutschland geschaffen wurden. Dazu gehörten der "Kampf um die Wirtschaftsordnung" ebenso wie die "Währungsreform" des Jahres 1948 mit ihren unmittelbaren wirtschaftlichen Folgen, die Karl-Heinz Willenborg behandelt (S. 234-258 und S. 175-200). Zur wichtigen Voraussetzung eines raschen Wiederaufbaus wurde die konstruktive Arbeit der Gewerkschaften, die sich organisatorisch jedoch ähnlich wie die Verbände der gewerblichen Wirtschaft nur allmählich entfalten konnten; Jürgen Weber beschreibt diese Entwicklung im Abschnitt "Kontrollierter Pluralismus" (S. 284-290) und steuert die Darstellung der auf die Eröffnung des Parlamentarischen Rates am 1. September 1948 in Bonn zielenden Verfassungsberatungen des Jahres 1948 ("Auf dem Weg zum Grundgesetz", S. 71-114) und der Tätigkeit des Wirtschaftsrates im Vereinigten Wirtschaftsgebiet bei ("Umrisse westdeutscher Staatlichkeit, S. 145-174). Unmittelbare Konsequenz der Währungsreform im Bereich der westlichen Besatzungszonen und gleichzeitig gefährliches Signal für die Sicherheit der westlichen Positionen in Berlin wurde die von der sowjetischen Besatzungsmacht vollzogene Blockade Berlins, die die Spaltung der Stadt manifestierte (Walter Roller, S. 201-233).

Zu den Rahmenbedingungen der Entwicklung Nachkriegsdeutschlands gehörte nicht zuletzt das von den nachwachsenden

Generationen in seiner sozialen Sprengkraft, im Ausmaß der menschlichen Not der Betroffenen nur schwer zu erfassende Flüchtlingsproblem; Karl-Heinz Willenborg beschreibt dieses Kapitel deutschen Schicksals mit gebotener Nüchternheit und bezieht dabei neben dem noch bis in die fünfziger Jahre fort-dauernden Problem der deutschen Kriegsgefangenen in alliierten Lagern auch die Frage der von deutscher Seite während des Krieges Verschleppten, der sog. displaced persons, ein (S. 115-144). Mit Recht hebt der Herausgeber des Bandes in seiner Einleitung hervor (S. 17 f.), daß die negative Bilanz der Wiedereingliederung der politischen Emigration aus NS-Deutschland während der Nachkriegsjahre und Fragen des kulturellen Neubeginns noch immer "in den Schulbüchern, aber auch in der historiographischen Standardliteratur so gut wie übergangen werden". Um so verdienstvoller die Schlußbeiträge von Ansgar Diller zu diesem Band, in denen er beide Themenbereiche skizziert (S. 291-316 und S. 317-340).

Auf das Verdienst der Bayerischen Landeszentrale, den Informationswert der Veröffentlichung zum 30jährigen Bestehen der Bundesrepublik Deutschland für die Erziehungs- und Bildungsarbeit durch die Beigabe ausgewählter Tondokumente zu unterstützen, habe ich in meiner Besprechung des ersten Bandes ausdrücklich hingewiesen. Auch dem zweiten Band wurden auf zwei Kassetten wiederum 34 Tondokumente aus den Jahren 1945-1950 beigegeben, ergänzt um zwei inhaltlich zugehörige Zeugnisse aus den Jahren 1933 und 1973. Wiederum erweisen sich Aufnahmen von Ansprachen von Regierungsvertretern, Partei- oder Gewerkschaftsführern während öffentlicher Veranstaltungen im Vergleich zur Wiedergabe der Redetexte im Druck wegen der unmittelbaren Reaktion ihres jeweiligen Publikums auf einzelne Aussagen, wegen der Intensität der Redeweise und des Gestus der Sprechenden als besonders eindrucksvoll. Um einen Eindruck von der Vielfalt dieser Quellen zu vermitteln, sei hier nur auf die Ansprachen von Winston S. Churchill, Harry S. Truman, Erich Köhler, Kurt Schumacher, Hans Böckler, Ludwig Erhard, Hermann Pünder, Peter Altmeier, Karl Arnold, Ernst Reuter, Konrad Adenauer und Carlo Schmid verwiesen, auf die Beiträge mit den Stimmen von Thomas Mann, Gustaf Gründgens oder Carl Zuckmayer und nicht zuletzt auf Rundfunkreportagen mit Flüchtlingen oder von Veranstaltungen aus Berlin. Wegen des Verzichts der Bearbeiter der edierten Tondokumente auf den Nachweis paralleler Presseberichte, Textüberlieferungen oder - im Falle einzelner Kundgebungen und öffentlicher Veranstaltungen sicher lohnend - auf filmische Darstellungen wird freilich noch der Charakter der Illustration zum Textband unterstrichen, die Tondokumente noch nicht als eigenständige Unterrichtsmittel eingeführt. Auch dazu verweise ich auf die kritischen Anmerkungen zu meiner vorausgegangenen Besprechung des ersten Bandes. Das Erscheinen des dritten, das "Gründungsjahr 1949" behandelnden Bandes ist für das Jahr 1980 angekündigt.

Friedrich P. Kahlenberg

Tondokumente im Schallarchiv des Norddeutschen Rundfunks, Bd. 7: Tondokumente des Jahres 1956. (Hg. von Dietrich Lotichius, bearb. von Marion Landau, unter Mitarbeit von Jürgen Gebert) Hamburg 1979, 3 ungezählte, 86 und XVIII Seiten.

In der seit 1972 in regelmäßiger Folge erscheinenden Katalogreihe von Tondokumenten des Norddeutschen Rundfunks liegt jetzt der Jahresband 1956 vor. Zum ersten mal mußte von der Praxis der Bearbeitung der Bestände aus zwei Entstehungsjahren in einem Jahresband abgewichen werden. Herausgeber und Bearbeiterin führen die zunehmend bessere Quellenlage und die fort-dauernd unzureichende personelle Ausstattung der Dokumentationsstelle als Gründe an. Wie bereits im vorausgegangenen Band für die Jahre 1954 und 1955 mußte erneut eine Auswahl aus dem vorhandenen Gesamtbestand getroffen werden (vgl. dazu meine Besprechung in MITTEILUNGEN 5, 1979, S. 158-162). Der Zwang der Beschränkung hat jedoch keinesfalls die Vielfalt der in den Katalog aufgenommenen Einzelproduktionen beeinträchtigt. Wer den Band mit den in zeitlicher Folge beschriebenen 226 Einzeldokumenten von Anfang an durchblättert, gewinnt ein gutes Bild von der Realität des Wortprogramms des Norddeutschen Rundfunks im Jahr der Stalin-Kritik Chruschtschows auf dem XX. Parteitag der UdSSR (Tondokument 41), der Unruhen in Polen (Nr. 84 und 185), des Suez-Abenteuers (Nr. 169), des Ungarn-Aufstands (Nr. 158, 161, 166, 170-173 usw.), aber auch im Jahr der Eröffnung des Atomkraftwerks Calder Hall in England (Nr. 41) und des Ausbaus der Bundeswehr. Kulturell hervorragende Ereignisse, Personen von Bühne und Film, Bildende Kunst, Musik und Literatur stehen im Vergleich zu vorausgegangenen Bänden der Katalogreihe nicht mehr im Vordergrund; bundes- und landespolitische Ereignisse spiegeln sich in der erhaltenen Überlieferung von Tonträgern ebenso wie die Arbeit politischer Parteien, Gewerkschaften und Kirchen. Besonders erfreulich ist die relativ große Zahl der im Katalog nachgewiesenen Rundfunkreportagen, die auch als Primärquellen für die Arbeit der Rundfunkjournalisten einen eigenständigen Überlieferungswert haben. Der chronologischen Reihe der Tondokumente folgt die Beschreibung von 29 Hörspielen (S. 79-86). Das in einen Personen- und in einen Schlagwortindex gegliederte Register erlaubt einen raschen Zugriff auf die einzelnen Tondokumente. Die vom Herausgeber mitgeteilte Erfahrung, daß am Arbeitsplatz des Rundfunkjournalisten in den Redaktionen das in Katalogform vorliegende Informationsangebot über ältere Tonträger eher benutzt wird denn daß sich der Redakteur jeweils durch eine Anfrage an das Schallarchiv informiert, leuchtet ein. Um so notwendiger erscheint die Fortsetzung der Katalogreihe, nicht nur im Interesse einer künftig wachsenden wissenschaftlichen Benutzung, sondern vor allem auch als praktisches Hilfsmittel in der Hand von Redakteuren und Rundfunkjournalisten für die Programmarbeit.

Friedrich P. Kahlenberg